

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Bedingungen: Vierteljahr 3,20 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Anzeigeband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 10. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der englische Kommissionsbericht über Armut und Arbeitslosigkeit.

III.

Die Armutsstatistik des Vereinigten Königreichs wird festgestellt, indem die Behörden die öffentlich unterstützten Personen an zwei Tagen im Jahre (1. Januar und 1. Juli) zählen lassen. So wurde die Zahl dieser Personen am 1. Juli 1907 auf 868 276 oder auf 21,3 pro 1000 der Bevölkerung festgestellt, am 1. Januar 1908 auf 928 671 oder 22,9 pro 1000 der Bevölkerung. Diese Zahlen geben indes keinen genügenden Einblick in die vorhandene und öffentlich unterstützte Armut, da sie nur auf Zählungen an einzelnen Tagen beruht. Eine Statistik, die das ganze Jahr umfaßt, wurde im Jahre 1906/07 von der Lokalregierung des Vereinigten Königreichs aufgenommen, wobei sich ergab, daß die Zahl der verschiedenen Personen, die im Laufe des Jahres unterstützt wurden, sich auf 1 709 436 oder auf 47,7 pro 1000 der Bevölkerung belief. Darunter waren 526 449 erwachsene Männer, 618 678 erwachsene Frauen, 564 314 Kinder.

Ueber die Altersstufen der öffentlich unterstützten Personen giebt die Armenzählung vom 31. März 1906 genaue Auskunft, die tabellarisch wie folgt zusammengestellt ist:

Table with 3 columns: Altersgruppen, Zahl der unterstützten Personen (auschl. von Irrenhäusern, Krankenhäusern usw.), Pro 1000 der Bevölkerung derselben Altersstufen. Rows include age groups from under 5 years to 85 years and over, and a total row.

Die Altersstufen zwischen 15 und 35, die zu den besten Arbeitsjahren gehören, zeigen die kleinsten Armutszahlen. Dann wachsen die Armutszahlen mit den zunehmenden Altersstufen.

Das Verhältnis zwischen Indoor und Outdoor relief ist wie 32:68, das ziemlich konstant ist.

Die Bewegung der öffentlich unterstützten Armut oder des Pauperismus in den letzten vier Jahrzehnten ist in folgender Tabelle veranschaulicht:

Table with 4 columns: Perioden, Durchschnittszahl der unterstützten Personen pro 1000 der Bevölkerung, Durchschnitt, Abnahme in Proz. gegen die vorhergehende Periode. Rows show periods from 1871/72 to 1907/08.

Die erhebliche relative Abnahme in der zweiten und dritten Periode ist einer strengeren Handhabung der Armen-gesetze zuzuschreiben. Dagegen ist die relative Armut in der Periode 1896-1908 konstant geblieben. Allein in der Zusammenfassung der Zahl der öffentlich unterstützten Personen ist eine Verschiebung vorgekommen. Ein Vergleich der Periode 1871-1879 mit der von 1896-1905 zeigt, daß im letzten Jahrzehnt die Zahl der unterstützten Männer um 18,4 Proz. zugenommen, während die Zahl der öffentlich unterstützten Frauen und Kinder um 20,8 Proz. abgenommen hat.

Trotz der relativen Abnahme des Pauperismus sind die Kosten der Armenverwaltung relativ und absolut gestiegen.

Folgende Tabelle zeigt das Wachstum der Kosten in den letzten vier Jahrzehnten:

Table with 3 columns: Jahre, Kosten der Armenverwaltung (Pfund Sterling), Pro Kopf der Bevölkerung (Mark). Rows show years from 1871-72 to 1905-06.

Die Zunahme der Ausgaben kam hauptsächlich bei der Indoor relief, also in den Arbeitshäusern, Asylen und Kinderheimen vor.

In den Jahren 1871-1880 beliefen sich die Kosten der Armenverwaltung pro Kopf der unterstützten Person im Jahresdurchschnitt auf ungefähr 200 M.; in den Jahren 1896-1906 ungefähr 295 M.

Beim Schluß der Uebersicht über die Armutsstatistik bemerken die Berichterstatter: „Es ist sehr unangenehm, bemerken zu müssen, daß, ungeachtet des allgemein angenommenen stillen und materiellen Fortschritts und ungeachtet der enormen jährlichen Ausgaben von beinahe 60 Millionen Pfund Sterling (1200 Millionen Mark) für Armenverwaltung, Sanitätswesen und Schulwesen, wir unter uns eine große Armee von Personen haben, die außerstande sind, sich zu erhalten - eine Armee, die in den letzten Jahren die Tendenz zeigt, der Zahl nach eher zu wachsen als abzunehmen.“

Welchen Umständen ist dieser Rückgang geschuldet? Er kann nicht dem Mangel an Aufwendungen zugeschrieben werden. Ist vielleicht die kostspielige und umständliche Maschinerie, die wir errichteten, mangelhaft, und wenn ja, wo liegt der Fehler, der sie verhindert, ihren Zweck zu erfüllen? Ist das Material, an dem sie arbeitet, den angewandten Hilfsmethoden weniger zugänglich geworden? Die Vorschläge, die wir später machen werden, dürften eine Antwort auf diese Fragestellung geben, aber die statistische Uebersicht über die gemachten Aufwendungen und die erzielten Resultate zeigt, daß etwas in unserer sozialen Organisation recht krank ist, und was auch die Uebel sein mögen, so sind sie nicht so beschaffen, daß sie durch noch so reichliche Wohlthätigkeit und öffentliche Aufwendungen gemildert oder beseitigt werden könnten.“

IV.

Ueber die Ursachen der Armut, die gesondert von der Arbeitslosigkeit behandelt wird, gehen der Mehrheits- und der Minderheitsbericht auseinander. Die Mehrheit kann sich zwar der Erkenntnis nicht verschließen, daß sie in den wirtschaftlichen Verhältnissen liegt, aber sie bemüht sich, sie mit den sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiter und mit den Charakteristika der Armen in Verbindung zu bringen. Nach dem Mehrheitsbericht ist die erste Ursache der Armut das zunehmende Alter der Arbeiter. Es darf im allgemeinen gesagt werden, daß, wo moderne Maschinerie gebraucht wird, auch das Tempo der Arbeit eine Beschleunigung erfährt - eine zunehmende Spannung, die den alternden Arbeiter hart mitnimmt. Diese Tendenz wird erkeus verschärft durch die Notwendigkeit, Gewerkschaftslöhne zu verdienen, die der Unternehmer den lang-sameren und minder gewandten Arbeitern nicht zahlen will; zweitens durch das Haftpflicht- und Unfallschadensgesetz, das den Unternehmer veranlaßt, bei der Auswahl seiner Arbeiter sorgfältiger zu Werke zu gehen. Eine große Zahl von Sachverständigen sagten vor der Kommission aus, daß die finanzielle Verantwortlichkeit der Unternehmer für gewerbliche Unfälle es den älteren und schwächeren oder mit irgend einem Gebrechen behafteten Arbeitern schwerer gemacht habe, Beschäftigung zu finden. Die zweite Ursache glaubt die Mehrheit zu finden im Trinken und Werten der Arbeiter. Die dritte Ursache in derjenigen Arbeiterschaft, die unqualifiziert und nur gelegentlich beschäftigt ist. Die gelegentlich beschäftigten Arbeiter liefern die größte Zahl der öffentlich unterstützten Personen. Eine weitere Ursache des Pauperismus liegt an den gefährlichen Gewerben, die die Arbeiter frühzeitig gesundheitlich ruinieren und sie der Armenverwaltung anheim-fallen lassen.

Die gegenwärtig bestehende Armenverwaltung erwies sich als unsäglich, diese Uebel zu heilen. Die Arbeitshäuser haben eine degradierende, charakterverwundende Wirkung und für die außerhalb des Arbeitshauses unterstützten Personen wird nichts getan, sie wieder zu selbständigen Bürgern und nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft zu machen. Dem Heiße der herrschenden Geseggebung sind diese Ziele fremd. Der Mehrheitsbericht schlägt deshalb folgende Änderungen in der Armen-geseggebung vor:

Die Einrichtung der Armenräte und des ihnen unterstehenden Verbandes wird abgeschafft. Die Armenverwaltung soll auf die Grafschaft (Municipalität) übergehen. Die Stelle der Armenräte wird von Kommissionen des Municipalrats übernommen. Diese Kommissionen bestehen zur Hälfte aus Municipalräten, zur anderen Hälfte aus ernannten Gemeindegürgern. Für alle Zwecke der öffentlichen Unterstützung sind die verschiedenen Gemeinden Londons zu einer Einheit zusammenzufassen und einheitliche Armen-steuern festzusetzen. (Bis jetzt hatten die verschiedenen Gemein-den Londons ihre besonderen Armenverwaltungen und Armensteuern, woraus sich ergab, daß die reichen Gemeinden geringe Armensteuern, während die armen Gemeinden hohe Armensteuern hatten.) Die Stellung der höheren Beamten der Armenverwaltung sollte gehoben werden, um bessere Kräfte für den Dienst zu erhalten. Für mittellose Kinder muß außerhalb des Arbeitshauses gesorgt werden; in diesen Fällen ist Out-door relief einzig und allein am Platze: also durch Weg-gaben in Pflege und in die Lehre. Das gemischte Arbeits-haus, in dem die verschiedenen Klassen von Armen, Frauen und Männer, jung und alt untergebracht werden, sind abzuschaffen. An dessen Stelle treten Heime, wo die Armen je nach Alter, Charakter, Föhrung, Beschäftigung und Geschlecht aufgenommen und behandelt werden. Die Unterstützung außerhalb dieser Heime soll genügend sein und die Unter-stützten sollen sorgfältig bewacht und beraten werden.

Diese Änderungen treffen indes nicht das Wesen des Armutsproblems. Sie sind tatsächlich nur Namensänderungen. Die Arbeitshäuser sollen nunmehr Heime genannt, aber keineswegs abgeschafft werden; es soll nur eine bessere Klassifikation eintreten. Das früher Armenrat hieß, soll jetzt Municipalrat oder Kommissionsbeisitzer genannt werden. Anders der Minderheitsbericht, mit dem wir uns dem-nächst beschäftigen werden.

Unter Vorbehalt.

In der Geschäftsordnungskommission sollte am 9. März die Entscheidung über das Antragsrecht bei Interpellationen fallen. Die Freisinnigen hatten in der vorausgehenden Sitzung den

Wunsch ausgesprochen, daß man ihnen Zeit lassen möge, mit ihren Fraktionskollegen zu konferieren, da sie ohne weiteres nicht in der Lage seien, sich zu entscheiden, ob sie dem sozialdemokratischen Antrag, der das Recht der Minderheit auf Antragstellung sichern will, zustimmen dürften. Diesem Wunsche entsprechend war die Abstimmung über den § 33a vertagt. In der Sitzung vom 9. März gab nunmehr vor der Abstimmung der Abg. Müller-Neuhagen namens der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft die Erklärung ab, da ihr Verhalten im Plenum wesentlich von der Annahme der Anträge auf Einführung der sogenannten kleinen Anfragen abhängt, würden sie zunächst „unter Vorbehalt“ gegen den Antrag der Sozialdemokraten stimmen. Ledebour erwiderte, bei den Freisinnigen scheine der Vorbehalt zu einer konstitutionellen Einrichtung zu werden. Zweimal sei nun schon ver-tagt worden, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich Klar-heit zu verschaffen, welche Stellung sie dem eigentlich in dieser Frage einnehmen sollte und doch kommen sie jetzt nur zu einer Abstimmung „unter Vorbehalt“. Sie möchten aber doch wenigstens in der Anwendung der Vorbehaltsklausel konsequent sein. Bei der Finanzreform hätten sie unter Vorbehalt für ein Kompromiß gestimmt, um die Weiterberatung zu ermöglichen. Wohlhab stimmten sie nicht jetzt unter Vorbehalt für den sozialdemokratischen Antrag, dann sei dessen Annahme gesichert. Müller-Neuhagen meinte indes, die Abstimmung unter Vorbehalt bedinge, daß sie sich für die Kommissionsfassung erster Lesung entschieden. Die Ab-stimmung ergab nunmehr entgegen dem sozialdemokratischen Antrage die Annahme des folgenden Satzes:

„Kas gegen die Zulassung eines Antrages Widerspruch von mindestens 30 Mitgliedern erhoben wird, beschließt darüber der Reichstag sofort ohne vorherige Diskussion.“

Dagegen stimmten Sozialdemokraten und Zentrum, dafür die Blokparteien, und zwar die Freisinnigen „unter Vorbehalt“.

Es kam nun zur Diskussion des Absatzes 2 des § 33a, der bezweckt, daß die Abstimmung über Anträge bei Inter-PELLATIONEN vertagt werden muß, wenn es mindestens 30 Mitglieder verlangen. Die Abstimmung soll dann in den drei nächsten Sitzungstagen vorgenommen werden.

Graf Westarp (L.) meinte, es müsse Vorkehrung getroffen werden, daß eine Kommissionsberatung über solche Anträge gesichert werde, da ja die Sozialdemokratie imstande sei, in ungeeigneten Momenten der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Gehe sie doch auch mit „ungeleglichen Straßendemonstrationen“ vor.

Singer richtete an den Vordredner die Frage, wo denn in irgend einem Gesetz etwas stünde, daß Straßendemonstrationen „ungeleglich“ seien. Hätten denn etwa auch die Straßendemonstranten in der Bahnhofs- und der Herren, die an diese Demonstrationen Reden aus dem Fenster hinaus gehalten hätten, nach Ansicht des Grafen Westarp sich ungeleglich benommen? Er gehehte dann aber auch in äußerst scharfen Worten diese Methode, völlig ungerech-tigerte Vorwürfe, die mit der Sache, die uns beschäftigt, obendrein gar nichts zu tun hätten, in die Erörterung von Geschäftsordnungs-fragen hineinzuworfen. Graf Westarp beklagte sich zwar sehr erregt über den „Ton“ Singers, vermied es aber auf die ihm vor-gelegten Fragen eine Antwort zu geben.

Die Herren Jund (natl.) und Kirck (Z.) regten an, der Sicherheit halber zu bestimmen, daß auch die Abstimmung über Anträge auf Kommissionsberatung auf drei Tage verschoben werden könnten. Graf Westarp (L.) brachte dann aber noch einen An-trag ein, daß die Kommissionsberatung sogar von einer Minderzahl von 50 Mitgliedern erzwungen werden könne. Er glaubte, diesen Antrag unterstützen zu können mit dem Hinweis darauf, es sei auch nötig, darüber Klarheit zu schaffen, ob der Reichstag auch das Recht habe, Labelsnoten gegen die Regierung abzugeben, was er unbeding bederferse. — Ledebour bekämpfte den Antrag Westarp, er auf eine neue Beeinträchtigung des Rechtes der Initiative hinauskomme, und zeigte an den letzteren Ausführungen des Grafen Westarp, wie bedenklich es sei, wenn Herren, die den gesamten früheren Beratungen nicht beigewohnt haben, sofort, nachdem sie in die Kommission eingetreten sind, Anträge ein-bringen und Fragen ansprechen, die in den früheren Beratungen längst erledigt wurden.

Die Abstimmung ergab nun folgendes: Der Antrag Westarp wurde gegen die zwei konservativen Gruppen abgelehnt. Der Antrag Jung-Kirck angenommen und dann der ge-jamte Absatz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten gleich-falls angenommen. Bei der Abstimmung über den gesamten § 33a kam es aber zu dessen Ablehnung. Dafür stimmten nur die Nationalliberalen und Freisinnigen, dagegen die Sozialdemokraten und das Zentrum, beide, weil sie ihren Erklärungen gemäß unter keinen Umständen dem Prinzip zustimmen wollten, daß die Mehrheit das Antragsrecht der Minder-heit zuzuschreiben könne; die Konservativen aber, weil sie über-haupt keine Anträge bei Interpellationen haben wollen.

Diese Abstimmung hatte ein Vakuum ergeben, indem nunmehr über Anträge überhaupt nichts gesagt war. Auf eine frühere An-regung des Vordredners Jung hin hatte für diesen Fall der Abg. Kretsch (L.) einen Antrag eingebracht, der unter Vernehmung der gegenwärtig rechtsgültigen Bestimmungen die Einbringung von Anträgen überhaupt untersagt. Dieser Antrag wurde angenommen gegen die Stimmen der Sozial-demokraten der Freisinnigen und des Zentrums, abgeordnet Kirck, weil nun plötzlich die Mehrheit der Zentrumslente auf die Seite der Konservativen und National-liberalen hinüberschwenkten. In den Auseinandersetzungen über diesen Ausgang wurde von sozialdemokratischer Seite betont, daß sowohl die schwankende Haltung der Freisinnigen wie die der

Die Interpellations-Gebühr

Beträgt für die sechsmonatige Rotations-geld oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Be-ratungs- und Besprechungs-Anfragen 30 Pf., „Kleine Anfragen“, das erste (frei-gebrachte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schloß-fellen-Anfragen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zentrumspartei es bewirkt habe, daß es zu einer Formulierung des Antragsrechts überhaupt nicht gekommen sei, trotz mehrwöchiger Beratung, und daß deshalb im Plenum erst die Entscheidung getroffen werden muß.

Dann wurde noch in die Beratung der Anträge betreffs der sogenannten „kleinen Anträge“ eingetreten, ohne daß sie zu Ende geführt wurde.

## Eine Niederlage der Kieler Wahlrechtsräuber.

(Privatbesuche des „Vorwärts“.)

Kiel, den 9. März.

Die Stadtkollegien verhandelten heute über den Antrag des Magistrats, die Staatsregierung zu ersuchen, durch ein Gesetz die Dreiklassenwahl für Kiel einzuführen. Die Debatte wuchs sich zu einer Sozialistendebatte großen Stils aus. Der Oberbürgermeister Fuß verhielt sich zunächst über die Verhandlungen mit dem Minister in Berlin. Der Minister habe die Geheimhaltung der Verhandlungen gewünscht. Im weiteren habe er erklärt, daß er nur dann seine Zustimmung zu dem Antrag geben könne, wenn die Kieler selbst mit Nachdruck ein solches verlangen. Auf die Frage der Deputation, ob eine andere Regelung der Wahlrechtsfrage möglich sei, habe er erklärt, daß eine Änderung nur im Rahmen des Dreiklassenwahlrechts erfolgen könne. Der Oberbürgermeister kam dann auf die Obstruktion der Sozialdemokratie in der Sitzung am Sonnabend zu sprechen. Er wies die Sozialdemokratie, auf diesem Wege weiter zu gehen und erklärte, daß er nicht die Absicht habe, nach Ablauf seiner Dienstzeit im Jahre 1912 weiter im Amt zu bleiben. Er sei zu alt und habe Ruhebedürfnis. Er werde sich aber durch Drohungen nicht aus dem Amt bringen lassen.

Der Bürgermeister Lindemann, der erst seit vier Monaten in Kiel ist, aus Magdeburg hierherkam, und der vor seiner Wahl auf die Anfrage des liberalen Vereins erklärt hatte, er glaube nicht, daß sobald eine Veränderung des Kommunalwahlrechts bevorstehe, hielt eine Kriegervereinsrede für das Dreiklassenwahlrecht, in der er in schwärzesten Farben die Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit schilderte, auch die Magistratsliste würden dann von den Sozialdemokraten besetzt werden.

Die Genossen Adler, Mindfleisch und Riendorf griffen wiederholt wirkungsvoll in die Debatte ein. Adler fertigte den Bürgermeister Lindemann ab und sprach deutlich aus, daß die Sozialdemokratie nicht gewillt sei, wie ihr von bürgerlichen Blättern unterworfen wurde, ständig Obstruktion zu treiben. Sie habe durch ihr Verhalten am Sonnabend zeigen wollen, daß auf dem Rathaus noch Leute sitzen, die sich nicht alles vom Magistrat bieten lassen. Der Magistrat und besonders der Oberbürgermeister Fuß hätten nicht mehr das Vertrauen der sozialdemokratischen Stadtoberordneten. Riendorf und Mindfleisch wiesen nach, daß die sozialdemokratische Mehrheit für die Stadt Kiel keine Gefahr bedeuten würde. Das kommunale Wahlprogramm der Sozialdemokratie zeige deutlich, daß sie in eifriger Weise bestrebt sei, das Wohl der Kommune zu fördern.

Die Verhandlungen nahmen einen sonst nicht im Kieler Stadtparlament gewohnten lebhaften Verlauf. Sie begannen um 10 Uhr vormittags und endeten kurz vor 7 Uhr abends bei einer zweifundigsten Mittagspause. Kurz vor 7 Uhr erfolgte die prinzipielle Abstimmung über den Magistratsantrag, die auf Antrag der Sozialdemokraten eine namentliche war. Von den Stadtoberordneten stimmten 10 Sozialdemokraten und 5 Bürgerliche gegen den Magistratsantrag und 13 dafür. Der Magistrat stimmte geschlossen dafür. Ein Stadtoberordneter, der als Vorkämpfer der Vorlage gilt, war durch Krankheit entschuldigt. Unter den bürgerlichen Stadtoberordneten, die mit den Sozialdemokraten gegen die Vorlage stimmten, waren auch der freisinnige Landtagsabgeordnete Hoff und der Ministerdeputierte Jürgensen. Die Vorlage des Magistrats ist damit gefallen und die Gefahr der Dreiklassenwahl für Kiel vorläufig abgewendet. Das Abstimmungsresultat wurde von den sozialdemokratischen Stadtoberordneten und dem größten Teil der Tribüne mit lebhaftem Bravo aufgenommen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. März 1909.

### Weingeseh.

Aus dem Reichstag, 9. März. Die zweite Beratung des Weingeseh wurde heute begonnen, aber nicht zu Ende geführt. Man kam nicht einmal an einer Art Generaldebatte heraus, da die Vertreter der verschiedenen Weingegenden die abweichenden Auffassungen, die über die Weinfragen herrschen, zum Vortrag zu bringen strebten. Das Gesetz soll bekanntlich den Weingegenden nach Möglichkeit entgegenwirken. Die Kommission ist nun bestrebt gewesen, den verschiedenen Interessenten gerecht zu werden, sowohl den Weinbauern wie den Großweingebietern, den Händlern, aber auch dem Publikum. Das ist natürlich unmöglich. Kein Interessentenkreis ist befriedigt. Ueber den Grad der zulässigen Verzuckerung und Vermässigung sowie über die Zulässigkeit des Verschnitts mit ausländischen Weinen gehen die Meinungen wesentlich auseinander. Genosse David suchte die Härten zu bekämpfen, die den kleinen Winzern aus der Vorlage erwachsen und warnte eindringlich vor Ueberspannung des Bogens.

Als die Beratung beschlossen war, gab es noch eine Geschäftsordnungsdebatte über die nächste Sitzung. Schließlich drang der Präsident mit seinem Antrage durch, die nächste Sitzung erst Donnerstag abzuhalten, damit der Mittwoch für die Budgetkommission frei bleibt.

### Wohnungsgeldzuschuß und Kommunalsteuerprivileg.

Am Dienstag beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus von neuem mit der Vorlage betreffs des Wohnungsgeldzuschuß der Beamten. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Regierung und bürgerlichen Parteien hatte man sich endlich auf das von uns bereits mitgeteilte Kompromiß verständigt, ein Kompromiß, das zwar den Forderungen eines großen Teils der Beamten, namentlich der unteren und mittleren Beamten, auch nicht entfernt gerecht wird, das aber doch einen gewissen Fortschritt bedeutet. Mit Rücksicht hierauf konnte sich auch der Fraktionsredner der Sozialdemokratie, Genosse Ströbel, damit einverstanden erklären. Ströbel beschwerte sich nicht darauf, die Beamtenbesetzung, von der ja der Wohnungsgeldzuschuß einen Teil bildet, zu kritisieren, sondern er demühte auch die Gelegenheit, den Herren von der Rechten, die sich so häufig über den sozialdemokratischen Kon beschwerten, gehörig den Text zu lesen und ihnen ihr eigenes, oft sehr unaufrichtiges Benehmen vor Augen zu führen. Obwohl Ströbel mehrmals den vor ihm sitzenden Konservativen v. Pappenheim apostrophierte, der sich bekanntlich besonders geschmacklos zwischen

rufe gegen Sozialdemokraten bedient hat, erwiderte weder der direkt herausgeforderte Herr v. Pappenheim, noch einer seiner Freunde — ein Beweis dafür, daß der Dieb gefessen hat.

Den zweiten Teil der Sitzung füllte die Beratung des Gesetzesentwurfs betreffs Aufhebung des Kommunalsteuerprivilegs. Entgegen der ursprünglichen Regierungsvorlage, die nur die nach dem 1. April zur Anstellung kommenden Beamten zur Gemeindeeinkommensteuer heranziehen wollte, hat die Kommission das Privileg auch für Lehrer, Geistliche und untere Kirchendiener aufgehoben. Die konservativ-kirchliche Mehrheit befreite nun im Plenum die den Geistlichen auferlegte Pflicht, so daß nach den neuesten Beschlüssen nur Beamte, Lehrer und untere Kirchendiener, nicht auch Geistliche, Gemeindeeinkommensteuer zu zahlen haben. Die Geistlichen können wohl ihren Nebenmenschen predigen, daß sie ihre Pflichten zu erfüllen haben, ihnen selbst aber werden die Kosten abgenommen.

Der sozialdemokratischen Fraktion wurde es durch die Mehrheit, die wieder in ihre alte Wortabstimmerei zurückfiel, unmöglich gemacht, ihre Stellung zu präzisieren.

Am Mittwoch stehen kleinere Vorlagen und die neuen Steuerergesetze auf der Tagesordnung.

### Kompromissliches.

Die Kompromißverhandlungen zwischen den Blockparteien sind unter der Regide des Herrn Geheimrats v. Loebell in vollem Umfang wieder aufgenommen. Dabei ist, wie das „Vorl. Tagebl.“ zu berichten weiß, den Führern und Sprechern der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, den Abgg. Wiemer, Müller-Meinungen und Payer seitens des Geheimrats v. Loebell nahegelegt worden, sich zunächst zur Bewilligung der indirekten Steuervorlagen der verbündeten Regierungen zu verpflichten; doch ist es bei diesen Besprechungen bisher zu keiner Einigung gekommen.

An den bayerischen Gesandten in Berlin soll heute ein Beschluß der bayerischen Regierung gegangen sein, wonach diese den Blokantrag zur Reichsfinanzreform entschieden ablehnt.

Die „Kreuz-Zeitung“ hat sich das niedliche Vergnügen geleistet, die topographischen Berichte des Reichstages daraufhin zu untersuchen, wie hoch im Jahre 1908 bei der Beratung der damaligen Erbschaftsteuerentwürfe die Herren Wiemer, Müller-Meinungen, Paaße und Weber zu der Frage der Besteuerung des an direkte Nachkommen und Ehegatten fallenden Erbes gestellt haben. Die Willenslose, die sie bietet, ist recht interessant. Dr. Wiemer sagte z. B. am 10. Januar 1908:

„Wiel umstritten ist die Frage der Besteuerung der Erbanfälle an Descendenten. Es stehen mancherlei Bedenken auch nach unserer Meinung dieser Besteuerung entgegen. Ich kann, ohne vorläufig eingehende Ausführungen darüber zu machen, vieles von dem unterschreiben, was der preussische Herr Finanzminister in der ersten Lesung des Etats darüber ausgeführt hat. Es läßt sich nicht verkennen, daß eine solche Besteuerung der Descendenten einen Eingriff in die Familien-einheit enthält; vielfach tragen erwerbsfähige Familienmitglieder dazu bei, durch ihre Arbeit das Familienvermögen zu erhalten und zu vermehren. Es läßt sich auch nicht verkennen, daß unter Umständen dieses Eingreifen in die intimen Familienverhältnisse äußerst peinlich wirken kann bei dem Tode des betreffenden Erblassers.“

Derselbe Abgeordnete machte am 11. Mai 1908 folgende Ausführungen:

„Wir wollen auch nicht die Besteuerung auf Descendenten und Ehegatten ausgedehnt wissen. Allerdings ist diese Frage für meine Freunde keine Prinzipien-, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage; es lassen sich manche Gründe dafür, aber auch manche Bedenken dagegen anführen. In der ersten Lesung habe ich einige dieser Bedenken gekennzeichnet, und ich bin auch heute der Meinung, daß diese Bedenken uns zur Ablehnung des jetzt wieder gestellten Antrages auf Ausdehnung der Steuer auf die Descendenten veranlassen müßten. Eine solche Maßnahme entspricht nicht der deutschen Rechtsauffassung von der Einheit des Familienvermögens. Tragen doch auch vielfach die Kinder dazu bei, erst das Vermögen zu schaffen, das nachher vererbt werden soll.“

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Paaße erklärte am 21. November 1908:

„Auch in der Mitte meiner Freunde sind die lebhaftesten Bedenken gegen diese Nachlasssteuer vorhanden, die nicht zu beschließen sind. Sie liegen nicht etwa darin, daß wir nicht wollen, daß das Vermögen als solches besteuert wird, sondern sind darin begründet, daß selbstverständlich bei einer so hohen Steuer, die bei Erbschaften zwischen Ehegatten, Kindern und Eltern bis zu 3 Proz. und vielleicht sogar noch höher geht, die Einkünfte eine so rigorose und so schilfenernde sein muß — wie es tatsächlich schon heute bei der Erbschaftsteuer ist —, daß ich einer Verallgemeinerung nicht das Wort reden kann und der festen Ueberzeugung bin, eine solche Steuer wird namentlich in ländlichen und kleinstädtischen Kreisen eine beratige Erbitterung hervorgerufen, daß ich ungern die Verantwortung dafür übernehmen möchte.“

Die „Kreuz-Ztg.“ hat damit erwiesen, daß die Abneigung gegen die Nachlasssteuer sich bis tief in die Reihen der Freisinnigen und Nationalliberalen erstreckt. Allerdings können die Freisinnigen mit gleichem Recht den Spieß umkehren und nachweisen, daß früher die Agrarier für die Nachlasssteuer eingetreten sind. Weiden Parteien gilt eben das Prinzip nichts, der Profit alles! —

### Konservative Gehe gegen die Sozialpolitik.

Die „Kreuz-Ztg.“, das führende konservative Organ, hält den Sturm der Raskewitz, Hammer und Konsorten gegen die Sozialpolitik offenbar für noch nicht eindrucksvoll genug. Sie setzt den konservativen Vorstoß gegen den Arbeiterschutz durch einen Leitartikel fort, in dem es heißt:

„Es war an der Zeit, daß sich einmal eine ernst mahnende Stimme dieser einseitigen Sozialpolitik gegenüber erhebe. Dies geschah am Sonnabend im Abgeordnetenhause, wo bei Beratung des Etats für die Handels- und Gewerbeverwaltung der bekannte konservativste Vertreter gewerblicher Mittelstandsinteressen, Abg. Pallewicz forderte, daß der fortgeschrittenen Belastung der Arbeitgeber durch sozialpolitische Bestimmungen ein Halt geboten werden müsse. ... Weizsäcker ist, daß der „Vorwärts“ diese verdienstliche Warnung mit Schimpfereien und Drohungen begleitet. Er schreibt, die „Dreiklassenmänner“ suchten die sozialpolitische Reichsgesetzgebung zu durchkreuzen und bei ihrem Einflusse bedeuete ihr Vorgehen die bedenklichste Gefährdung des Arbeiterschutzes. Schon allein um diesen unheilvollen Einfluß der Junker und Schlotbarone“ auf die Regierung zu brechen, gebe es kein dringenderes Erfordernis als die Einführung des gleichen Wahlrechts für Preußen. Aus diesen Worten sieht man, welche bedeutenden Wert für die Sozialdemokratie das sozialpolitische Experimentieren hat. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung in ihrer die Arbeiterwohlfahrt fördernden Wirkung sucht die sozialdemokratische Partei stets möglichst herabzusetzen; aber sie erkennt sehr gut, welche unschätzbare Bedeutung der sozialpolitischen Gesetzgebung in manchen Stunden für die sozialdemokratische Agitation innewohnt. Das hat man denn auch in

weiten Kreisen der Bevölkerung erkannt, und deshalb sind wir davon überzeugt, daß die erste Wahlung der konservativen Abgeordnetenhausfraktion im Lande lebhaften Widerhall finden wird.“

Die Arbeiter werden sich nach dem Vorbild der notleidenden Agrarier doppelt zu rühren haben, um die reaktionären Bremsversuche unwirksam zu machen!

### Verden-Hoya.

Die Nationalliberalen haben den Wahlkreis Verden-Hoya verloren. Bei der gestrigen Stichwahl im Reichstagswahlkreis 6 Hannover erhielt von Dannenberg (Welfe) 13 575, Dr. Heiligenstadt (natl.) 10 119 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Der Wahlausfall bedeutet eine jämmerliche Niederlage des Nationalliberalismus. Bei der letzten allgemeinen Reichstagswahl im Jahr 1907 wurde der nationalliberale Kandidat Held schon im ersten Wahlgange gewählt mit 13 851 gegen 6915 welfische und 3491 sozialdemokratische Stimmen. Ebenso wurde 1903 Held, wenn auch erst in der Stichwahl, mit 11 163 gegen 7108 Stimmen gewählt.

### Erfolg der preussischen Polenpolitik.

Die preussische Polenpolitik hat trotz der Hunderte von Millionen, die sie im letzten Jahrzehnt gekostet hat, lediglich den Erfolg erzielt, die Polen aufs äußerste zu erbittern, nicht aber ihnen irgend welches Terrain abzugewinnen. Soweit in einzelnen östlichen Gegenden eine Verminderung der polnischen sprechenden Bevölkerung in ihrem Verhältnis zur deutschen Bevölkerung erfolgt ist, erklärt sich diese Abnahme lediglich aus dem Wegzug polnischer Arbeiter nach dem Westen in die rheinisch-westfälischen Industriegebiete, in denen ganze polnische Ortschaften entstanden sind.

Nach einer Aufstellung des Direktors des Statistischen Amtes in Posen, Dr. Franke wurden im preussischen State 1890 insgesamt 2 922 475, im Jahre 1900 3 305 740 und 1905 3 646 446 Polen, Masuren und Kasubien gezählt. Hiervon entfielen auf die vier östlichen Grenzprovinzen 1890 96,56 Proz., 1900 93,28 Proz. und 1905 90,48 Proz. Diese rasch abnehmenden Prozentätze des preussischen Lebens bedeuten ein schnelles Wachstum der polnischen Bevölkerung in den westlichen Landesteilen, in welche die Polen in immer größerer Zahl abgewandert sind. Die Polen haben sich in der Zeit von 1890 bis 1905, absolut genommen, fast in allen Teilen Preußens stark vermehrt, besonders erheblich ist ihre Zunahme jedoch in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnberg, Münster, Potsdam, sowie in Berlin gewesen. Im Bezirk Düsseldorf ist die Zahl der Polen von 4672 auf 45 023, in Arnberg von 20 131 auf 97 703, im Münsterlande von 5490 auf 40 723, in Potsdam von rund 9000 auf 30 000 und in Berlin von 12 000 auf 24 000 gestiegen.

### Katholische Arbeiter gegen das Zentrum.

In dem rheinischen Wahlkreis Düren-Jülich hat das Zentrum an Stelle des gestorbenen Grafen Hompesch den Fürsten Salm-Dyck-Reifferscheid als Reichstagskandidaten aufgestellt. Viel weiß die Öffentlichkeit nicht über diesen Herrenhändler; aber was sie weiß, das genügt volllaut, um den Herrn als einen patriarchalisch-agrarischen Antisozialpolitiker schlimmster Art zu kennzeichnen. Es sei nur daran erinnert, daß vor einiger Zeit auf einem Gute des Fürsten die Landarbeiter streikten, weil sie als Familienväter nicht mehr für 1,50 M. täglich im Sommer und 1,30 M. im Winter arbeiten wollten.

Am verflorenen Sonntag haben die katholischen Arbeiter sich mit der fürstlichen Kandidatur befaßt. Im Konventsaal in Düren drängte sich eine tausendköpfige Menge katholischer Arbeiter, bisheriger treuer Zentrumsanhänger. Das bage Bewußtsein, vom Zentrum betrogen und verkauft zu werden, kam in dieser Versammlung zu elementarem Ausbruch. Nicht von unbekanntem Zeuten war die Versammlung einberufen, sondern von Männern, die jahrelang Vertrauensmänner in der Zentrumsparlei oder in den Zentrumsvereinigungen bekleidet haben. Von der katholischen Arbeiterkassette waren sie zu der Versammlung gezwungen worden. Die Wahlkomitees der beiden Kreise, aus denen sich der Reichstagswahlkreis Düren-Jülich zusammensetzt, hatten, ohne die Wähler irgendwie zu fragen, autoritativ den Fürsten aufgestellt, darauf vertrauend, daß der Kreis einer der bombastischeren des Zentrums ist.

Der die Versammlung eröffnende christliche Gewerkschaftsleiter Ruschewich teilte mit, die Arbeiter hätten sich an das Wahlkomitee des Zentrums gewandt, damit man bei der Kandidatenaufstellung die im Wahlkreise zahlreich vertretene Arbeiterkassette berücksichtige; aber man habe sie nicht beachtet, sondern einen Fürsten aufgestellt, der allen die Arbeiter interessierenden Fragen fremd gegenüberstehe, der auf seinem Schloß, bei der Bewirtschaftung seiner Güter und beim Jagdsport groß geworden sei. Ein ohrenbetäubender Beifall erscholl, als der Redner mit erhobener Stimme erklärte: „Die Arbeiter brauchen und wollen keinen fürstlichen Vertreter!“

Als erster Diskussionsredner trat ein christlicher Gewerkschaftssekretär für die offizielle Kandidatur ein. Zwar sei, meinte er, vieles in der Zentrumsparlei zu beurteilen; besonders könne er sich mit dem letzten Vorgehen des Zentrums in der Steuerfrage nicht einverstanden erklären; aber die Aufstellung eines auf dem Boden des Zentrums stehenden Gegenkandidaten sei ausfichtlos. Der Fürst Salm sei ein Mann, der alle Stände vertreten wolle. Hohngeächel der Versammlung war die Antwort. Anderen Rednern, die die fürstliche Kandidatur zu retten suchten, erging es nicht viel besser. Selbst nicht das rote Gespenst, das gerissene Demagogen an die Wand malten, wollte versengen. Redner gegen die „arbeiterfeindliche Sozialdemokratie“, die man ehemals bejubelt hatte, wurden diesmal mit eifrigem Schweigen aufgenommen. Die Freunde des Fürsten schickten zahlreiche gewiegte und in allen Kreisen erfahrene Redner ins Feld; die Gegenseite verfügte über nur wenige, ungeübte Sprecher. Und dennoch errangen diese fast allgemeine Zustimmung. Mit Nachdruck wurde immer wieder gefordert: „Hinweg mit dem Fürsten!“

Auch höchste Sieg die Empörung, als die Arbeiter erfuhren, mit welchen Protiken man beim Zentrumswahlkomitee die Aufstellung der Arbeiter betriebe hat. Von der Unterschlagung von Briefen war da die Rede, und man erzählte, daß die Dürener Zentrumsparlei die Aufnahme der Anzeige für die Versammlung verweigert hat. Redner, die das Zentrum verteidigen wollten, wurden nun niedergeschrien. Schließlich, nachdem die nicht sehr zahlreichen Anhänger des Fürsten den Saal verlassen hatten, wurde das Komitee beauftragt, Schritte zur Aufstellung eines den Arbeitern genehmen Kandidaten zu tun.

### Nationalliberaler Parteitag.

In der letzten Sitzung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei wurde der geschäftsführende Ausschuß beauftragt, die Vorbereitungen für den diesjährigen allgemeinen Parteitag der Partei zu treffen. Dieser soll im letzten Drittel des Septembers in Eisenach stattfinden, und damit zugleich die 50-jährige Erinnerungsfest für den Nationalverein verbunden werden, zu dem am 14. August 1859 der Grundstein in Eisenach gelegt wurde. —

## Die Balkanreise.

### Die serbische Note.

Der „Reit Parisien“ teilt mit, daß Serbien Montag nachmittags die Zirkularnote an die Mächte und speziell an Oesterreich abgehandelt hat. In dieser Note erneuert die serbische Regierung die Versicherung ihrer friedfertigen Absichten und verzichtet auf alle territorialen Ansprüche. In dem Text heißt es weiter, daß die Vorschläge des Grafen Torgach über die Erneuerung des Handelsvertrages günstig aufgenommen werden.

In Petersburg wird die Note als erfreuliches Symptom angesehen und in einem Interview soll Jowitski erklärt haben, er werde einen Krieg nicht zulassen. Diese günstige Beurteilung der serbischen Note nimmt umsoweniger Wunder, als ihr Inhalt ja von der russischen Regierung der serbischen diktiert worden ist. Um so skeptischer wird man aber diesen immer aufs neue wiederholten Beteuerungen nach den schlechten Erfahrungen, die man mit der serbisch-russischen Wahrheitsliebe gemacht hat, gegenübersehen. Serbien handelt in allen Stücken nur als der gefügige Vasall Rußlands, dessen Friedensliebe nur die eine Würdigung aufzuweisen hat: die völlige Desorganisation der Armee, die in der geheimen Duma-Festsetzung sogar der russische Kriegsminister mit halben Worten zugestehen mußte.

In Wien ist man auch viel pessimistischer. Man bezweifelt die Meinung des Pariser Blattes und hält die Situation noch immer für gefährdend. Es ist dabei nicht zu verkennen, daß die lange Dauer der Krise und die unerträgliche Ungewißheit des schließlichen Ausgangs den Einfluß der österreichischen Kriegspartei mit dem Thronfolger, dem Urheber der Annexionspolitik an der Spitze, gestärkt hat. Die Mächte haben Oesterreich bereits mehr als eine Dreimilliarden Kronen gestiftet, und jeder weitere Tag erfordert 150 000 Kronen. Auf diese Ausgaben beruft sich die österreichische Regierung bei ihrem Verlangen, von Serbien endlich Klarheit zu erlangen. Ob und wann die serbische Nation diese Klarheit endlich bringen wird, muß abgewartet werden.

### Die Durchführung des Kriegsmaterials.

Konstantinopel, 9. März. In amtlichen Kreisen wird erklärt, daß der gestrige Ministerrat keine endgültige Entscheidung wegen der serbischen Kriegsmaterialtransporte getroffen habe. Man glaubt, daß die Erlaubnis nicht erteilt werden wird, wenn nicht Serbien befriedigende Aufschlüsse über den Zweck der großen Käufe von Kriegsmaterial gibt.

### Inrücken im Sandschal Kobibazar.

Konstantinopel, 9. März. Nach amtlichen auf der Pforte eingelaufenen Meldungen macht sich im Sandschal Kobibazar eine bedenkliche serbische Vandalenbewegung bemerkbar. Infolgedessen wurden die dortigen Militärkommandanten angewiesen, die umfassendsten Gegenmaßnahmen zu treffen.

Kattaro, 9. März. Aus Montenegro einlaufende Meldungen besagen, daß sich dort eine starke militärische Bewegung bemerkbar macht. Größere Militärabteilungen haben sich an die Grenze des Sandschals Kobibazar begeben. Es zirkulieren Gerüchte, daß Serbien und Montenegro einen Teil des Sandschals Kobibazar besetzen werden.

### Vulgariische Rüstungen?

Konstantinopel, 8. März. Sabah meldet, daß Bulgarien gegenwärtig öffentlich und in noch größerem Umfange als früher seine militärischen Vorbereitungen fortsetze. Es habe abermals die Mobilmachung der achten Division angeordnet.

### Die Konferenzfrage.

London, 9. März. Im Unterhaus richtete heute der irische Nationalist Dillon an den Staatssekretär Gresh die Frage, welche Schritte in der Richtung auf das Zustandekommen einer europäischen Konferenz gesehen seien, die sich mit der durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina geschaffenen Lage beschäftigen würde, und für welchen Zeitpunkt der Zusammentritt der Konferenz erwartet werden dürfe.

Der Staatssekretär erwiderte: Es gehen beständig Mitteilungen zwischen den Mächten hin und her zu dem Zweck, die allgemeine Verständigung zu fördern. Da Interessen anderer Mächte wesentlich berührt werden, kann ich gegenwärtig keine weiteren Aufschlüsse geben. Die Verhandlungen sind nicht weit genug fortgeschritten, daß ich sagen könnte, wann die Konferenz wahrscheinlich zusammentreten wird.

## Frankreich.

### Die zweite Serie der Erstwahlen.

Paris, 8. März. (Fig. Ver.)

Ungefähr mit derselben Wahrscheinlichkeit, womit sie die gestrige Rundgebung der Pariser Arbeiterschaft bei der Enthüllung des Denkmals Floquets als „einige Zwischenfälle“ hinstellt, kann die radikale Regierungspresse das Resultat der gestrigen Wahlen als einen Erfolg ihrer Patrone interpretieren. In der Tat hat die sozialistische Partei in der Stichwahl weder Crenteur in Marseille noch Renaudel in Toulon durchgebracht, und besonders dieses erstere das Herz der Regierungsradikalen. Nun stand in beiden Wahlkreisen die Sache in Wirklichkeit so, daß ein sozialistischer Sieg nur dann möglich gewesen wäre, wenn die ganze radikale Wählerschaft den demokratischen Prinzipien und Traditionen den Vorrang vor den Masseninteressen und der Klassenangst gegeben hätte. Jaures und die „Humanité“ haben mit einem auf fallenden Optimismus darauf gerechnet und so fällt denn über ihre Siegesfreude über die gestrigen Erfolge ein Schatten, den nur diese ungerückte Einschätzung erklärt. Der Sieg Renaudels hätte ja allerdings den baldigen Sturz Clemenceaus zur ziemlich sicheren Folge gehabt, während jetzt die radikalen Kräfte vielleicht noch an die Retikularität des Regierungsjahres glauben werden. So wünschbar der Fall einer Regierung ist, die, wie sie erst gestern wieder glorieus gezeitigt hat, ihre Sache nur noch auf die Kraft der Polizistenkäufe stellt, so ist für die sozialistische Politik die Hauptsache das Wachsen der sozialistischen Bewegung selbst und in diesem Sinne dürfen die Genossen der geeinigten Partei mit den Wahlergebnissen überaus zufrieden sein.

Sie haben ein Mandat aus eigener Kraft erhoben und in einem anderen Wahlkreise sind sie nur ein paar hundert Stimmen davon entfernt geblieben. Der vierte Wahlkreis von Lyon war Besitztum der Radikalsozialisten, nun ist Genosse Rognon, Bildhauer, dort gewählt. Er erhielt 4513 Stimmen — gegen 2658 im Jahre 1906 — die radikalen Stimmen aber fielen von 5774 auf 2270 Stimmen. Im ersten Wahlkreise von Amiens war 1906 ein Radikalsozialist mit 12 590 Stimmen gegen 6837 „liberale“, d. h. reaktionäre gewählt worden. Diesmal hat Genosse Decomte, Buchdrucker, 8396 Stimmen bekommen, die Reaktionäre gingen auf 5568, die Radikalen gar auf 3326 zurück! Erfreulich ist

auch das Anwachsen der sozialistischen Stimmen im Wahlkreis von Doullens (Departement Somme). Genosse Myrens, Gymnasialprofessor, steht mit 3222 Stimmen an zweiter Stelle, allerdings ohne viel Aussichten für den zweiten Wahlgang. 1906 hat aber die Partei in diesem Bezirk nur 605 Stimmen aufgebracht. Wie stark die Abkehr vom Radikalismus ist, zeigt die Stimmzahl von 2151, die der Herrbis Joseph, der eine Agitation im Sinne seiner Richtung betrieb, im ländlichen Departement Yonne aufbrachte.

Wie die Fortschritte des Sozialismus den Uebergang breiter Wählerschichten vom Radikalismus zur geeinigten Partei anzeigen — eine Tatsache, die auch das „Journal des Debats“ als das charakteristische Merkmal des gestrigen Wahltages anerkennt — so geben sich innerhalb der noch bei den Radikalen zurückbleibenden Wählerschaft direkt entgegengesetzte Tendenzen kund, die den alten Parteiverband schließlich sprengen müssen. In Toulon hat Renaudel gestern ein Mehr von 1700 Stimmen gegen die Hauptwahl aufgebracht. Es stammt von ultraradikalen Wählern, die der von Pelletan ausgegebenen Parole folgten, dem Aufruf des radikalen Parteivorstandes zum Trotz für den Sozialisten zu stimmen. Die große Mehrheit der radikalen Wähler aber stimmte lieber für den Kandidaten der sozialen Reaktion. Dem Siege des Pseudo-radikalen Betin aber ist die Stichwahlverlage des redlichen Radikalsozialisten Prof. Levy-Mann im Pas-de-Calais gegenüber, wo die demokratische Union, trotz der berühmten republikanischen Solidarität, dem Konserwativen, das heißt Antirepublikaner zum Siege verhalf. Die gestrigen Wahlen beweisen so, daß nicht nur der Bloch im combistischen Sinne ein leeres Wort geworden ist, sondern daß der fortschreitende Klassenkampf sogar dem Bloch des bürgerlichen Fortschritts ein Ende gemacht hat. An seiner Stelle steht jetzt der der Gesellschaftsrichtung und Clemenceau ist sein Prophet.

## Italien.

### Die Wahlen.

Rom, 9. März. Von 508 Wahlen waren bis mittag 477 Resultate bekannt. Es sind 214 Ministerielle wiedergewählt und 61 neugewählt, 40 von der konstitutionellen Opposition wiedergewählt, 9 neugewählt, 22 Radikale wiedergewählt, 9 neugewählt, 12 Republikaner wiedergewählt, 5 neugewählt, 13 Sozialisten wiedergewählt, 10 neugewählt, 4 Katholiken wiedergewählt, 11 neugewählt. In 60 Wahlkreisen kommt es zur Stichwahl.

## Rußland.

### Die Desorganisation der Armee als europäische Friedensbürgschaft.

Petersburg, 9. März. In der gestrigen geheimen Abend-sitzung der Reichsduma waren der Kriegsminister, der Marine- und der Finanzminister anwesend. Der Führer der Oktoberisten Gutschkow erstattete als Präses der Heereskommission Bericht über den Gesuchentwurf betreffend Bewilligung eines außerordentlichen Kredites für unauflösliche Bedürfnisse der baltischen Flotte. Gutschkow beantragte die Bewilligung von 7 485 000 Rubeln. Sawitsch (Monarchist) warf dem Minister vor, daß er die für die Kriegsbereitschaft der Flotte dringenden nötigen Forderungen nicht rechtzeitig eingebracht habe. Für die Arbeitsguppel stimmte Dulak gegen den Kredit, da seine Partei von der Kommission ausgeschlossen gewesen sei, ebenso stimmten die Sozialisten. Tschelnulow (Radikal) war für Bewilligung der Kredite, da die Forderungen des Ministers zum Schutze der baltischen Küste unabwendbar seien. Mehrere Redner der Rechten sprachen sich auch für die Vorlage aus, die darauf in allen drei Lesungen angenommen wurde.

Die Duma votierte sodann die Forderung des Kriegsministeriums von 40 Millionen Rubel für Kompletierung von Kriegsvorräten und Munition. Ueber die Vorlage referierte Gutschkow in längerer Rede, in der er unter anderem ausführte: Unser strategischer Mißerfolg war kein Zufall, sondern die Folge der inneren Mängel unserer militärischen Organisation. Wir erwarteten, daß diese Lehre, die Rußland beinahe an den Rand des Verderbens brachte, die Regierung zwingen werde, der Schaffung von Ordnung in der Landesverteidigung ihre erste Aufmerksamkeit zu schenken. Wir hofften, daß das Verantwortungsgefühl die Träger der Gewalt auf die gebührende Höhe heben werde. Wir sind in die Duma gekommen, bereit, schwere Opfer zu bringen und haben die Bewilligung der vom Kriegsministerium geforderten Kredite niemals verweigert. Dreimal ist in den letzten anderthalb Jahren ein Kriegsgewitter heraufgezogen: dreimal hätten wir zur Abwehr dieses Gefahr bereit sein müssen. In materieller Hinsicht sind zweifelhafte einige Verbesserungen eingetreten, jedoch von denjenigen Gebieten des Militärwesens, die unserer Kritik nicht unterliegen, kann letzteres nicht behauptet werden. Wir sehen dort keinen günstigen Ausblick.

Redner führte weiter aus, er sei überzeugt, daß die Vernunft und Mäßigkeit in der auswärtigen Politik Rußlands durch das Bewußtsein der strategischen Schwäche des Landes hervorgerufen sei. Wenn diese Politik unpopulär sei, so sei sie doch im gegenwärtigen Augenblicke richtig. Wenn Rußland die Geduld nicht schließlich reifen werde, so würden bei den Nachbarn die Gelfäße immer noch größer werden. Wir können uns, fuhr Redner fort, nicht in die Lage Persiens oder der Türkei begeben, die von der Gnade oder der Eiferlust ihrer Nachbarn leben. Wir stehen vor der qualenden Frage, ob der Zustand der Landesverteidigung dem erhabenen Führer der Armee bekannt ist, und ob die, auf denen die Verantwortung liegt, den sittlichen Mut haben, ihm ein wahres Bild von der Lage der Dinge zu geben. Man kann über die Duma und ihre diesem Zustand zu geben. Man kann über die Duma und ihre Rechte verschiedener Ansicht sein, in der Pflicht aber, unserem Monarchen die Wahrheit zu enthüllen, müssen wir uns vereinigen. Ich hoffe, daß unsere Stimme den Thron erreichen und dort jenes lange Gefühl hervorrufen wird, von dem wir allein die Wiedergeburt unserer Landesverteidigung und die Sicherheit unseres Vaterlandes erwarten können. (Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum.)

Nach Gutschkow befürwortete im Namen der Radikalen General Bobuanski die Verringerung des Heeres und eine gründliche Reorganisation der gesamten Armee. Ferner verlangte er Befreiung der Truppen von Dienstleistungen in der inneren Politik. Kriegsminister Rodiger stellte angelehnt des waffenstarken Europas für die nächste Zeit weitere Heeresreformen in Aussicht.

Wolitschnikow (Sozialist) verweigerte im Namen der russischen Proletariats dem gegenwärtigen Regime jeden Respekt. Marlow II (Extremes Rechte) betonte, daß die Befreiung der Führerstellen im Heere Sache des Monarchen sei und dessen Handlungen nicht kritisiert werden dürften. Er protestierte dann gegen den Kriegsminister, der gewisse Mängel in der Armee kritisiert habe, wozu er nicht berechtigt sei. (1) Hierbei schlug der Redner laut auf das Volt und erhielt einen Ordnungsruf vom Präsidenden. Der Kriegsminister verwarf die dazugehörigen Persönlichkeiten an leitender Stelle im Heere kritisiert zu haben; er habe nur gesagt, ideale Zustände seien erst allmählich erreichbar.

## Derlien.

### Die Kämpfe am Tabris.

Tabris, 8. März. Gestern gingen die Reiter Gomad Khans zum Angriff über. Die Revolutionäre konnten nicht

schnell genug größere Streitkräfte zusammenziehen, und mußten daher sechs Straßen des Stadtviertels Chofanabad räumen. Die nachdringenden Reiter plünderten und steckten einige Häuser in Brand. Als die Revolutionäre nach einstündigem Kampf Verstärkungen erhielten, zwangen sie die Reiter zurück zu ziehen und machten einige Gefangene.

## Aus der Partei.

### Der Organisationsentwurf in den Organisationen.

Die Generalversammlung des Wahlkreises Dortmund-Hörde beschloß, beim nächsten deutschen Parteitage zu beantragen: Falls der regelmäßige Parteitag wie bisher im Monat September jeden Jahres stattfinden soll, den § 6 des Organisationsentwurfs dahin abzuändern, daß das Geschäftsjahr für alle Parteiorganisationen vom 1. April bis 31. März läuft. Ablehnend-falles ist der § 9 des Entwurfs dahin abzuändern, daß der Parteitag im November jeden Jahres stattfinden habe. Im § 6 ist dementsprechend die Verjährungsfrist der Kreisvereine an den Parteivorstand bis zum 15. August verlängert festzusetzen. Zum Parteitage wird der Wahlkreis drei Delegierte entsenden.

### Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Dortmund-Hörde hielt am letzten Sonntag seine Generalversammlung ab. Der Geschäftsbericht des Vorstandes umfaßte das letzte Halbjahr. Trotz der Krise, deren Wirkungen auch im Industriebezirk sich außerordentlich scharf bemerkbar machen, sind in der Organisation erfreuliche Fortschritte nach jeder Richtung hin zu konstatieren. Der Verein zählt nunmehr 61 Aktiven. Beim vorigen Geschäftsabschluss betrug die Mitgliederzahl 6707. Im letzten halben Jahre stieg die Zahl der männlichen Mitglieder um 519. Es sind also beim diesmaligen Geschäftsabschluss 7126 organisierte Genossen vorhanden. Hierzu kommen seit dem 1. Oktober die weiblichen Mitglieder, deren Zahl damals 1110 betrug und inzwischen auf 1401 gestiegen ist. Die Gesamtmitgliederzahl der Kreisorganisation stellt sich somit auf 8527. Ein Flugblatt gegen das persönliche Regiment wurde in 120 000 Exemplaren verbreitet. Die „Arbeiterzeitung“ hatte im Bereich des Wahlkreises im letzten halben Jahre einen Abonnentenzuwachs von 2500 zu verzeichnen. Unser Parteiorgan wurde um zwei Verlagen erweitert: um die Frauenbeilage „Die Genossin“ und die Jugendbeilage „Der junge Kamerad“. Bei den Kommunalwahlen, die letzten Herbst vornehmlich in den ländlichen Orten vorzunehmen waren, wurden in zwölf Orten sozialdemokratische Kandidaten gewählt. Die Partei brachte bei diesen Wahlen 2914 Stimmen auf, mehr als die verschiedenen gegnerischen Parteien insgesamt. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher des Wahlkreises beträgt nunmehr 89. — Gemäß den Beschlüssen des Hamburger Gewerkschaftskongresses und des Nürnberger Parteitages hat sich auch hier eine Jugendkommission gebildet, die ihre Tätigkeit zu Beginn des Jahres aufgenommen und überall die Vorarbeiten zu einer intensiven Agitation unter der arbeitenden Jugend getroffen hat. Es bestehen schon eine ganze Reihe Organisationen mit einem erfreulichen Mitgliederbestand. Es ist zu erwarten, daß die Jugendorganisation im Laufe des nächsten Jahres große Fortschritte zu verzeichnen haben wird. — Der Kassenbericht verzeichnet für das halbe Jahr eine Einnahme von 15 892,69 M.; darunter befindet sich ein Posten für 34 657 Beitragsmarken a 30 Pf. 10 397,16 M. An den Parteivorstand in Berlin wurden abgeführt 2101,10 M., an den Landesvertrauensmann 1608 M.

Aus den Beschlüssen ist mitzutellen, daß ein Antrag, die Parteifeier diesmal auf den folgenden Sonntag zu verlegen, mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Außerdem wurde ein Beschluß zum Organisationsstatut gefaßt, der an anderer Stelle verzeichnet ist.

## Soziales.

### Staatliche Arbeitslosenversicherung in Bayern.

Auf der vom Ministerium des Inneren einberufenen Konferenz, die im November v. J. in München tagte, wurde nach einer allgemeinen Erörterung der Arbeitslosenfrage ein Referent, der Nürnberger Rechtsanwalt Fleischmann, und zwei Korreferenten, der Zentrumsgewerkschafter Graf Pechalozza und der sozialdemokratische Abgeordnete Simon bestimmt und beauftragt, einer späteren Konferenz Vorschläge zu machen. Die Berichte sind jetzt an das Ministerium abgegangen. Fleischmann hat mit seinen „Normalvorlagen“ ein Nachwort geliefert, das ganz den reaktionären Geist der Nürnberger Stadtverwaltung atmet, an der er als Jurist angestellt ist. Er ist weiter nichts als eine verböberte Auflage des bekannten Berner Systems, das bekanntlich überall, wo es angewandt wurde, schlechte Erfahrungen gezeitigt hat. Die Arbeiter sollen sich selbst gegen Arbeitslosigkeit versichern und Beiträge an die von den Gemeinden zu errichtenden Arbeitslosenversicherungskassen bezahlen; dabei werden die Nichtheimatberechtigten ausgeschlossen, die Unterstützung ist nur unter erschwerenden Bedingungen zu erlangen, sie wird erst nach einer Karenzzeit von zwei Jahren ausbezahlt. Arbeiter, die dadurch arbeitslos werden, daß sie eine Stelle selbst kündigen, bekommen nichts, bei der Zubereitung von Arbeit an die Arbeitslosen wird Streitarbeit nicht ausgeschlossen, nur braucht sie der Betreffende nicht anzunehmen usw. Die Verwaltungsstellen soll großmütig die Gemeinde tragen, daß sie oder der Staat aber sonst noch was leisten sollen, davon ist mit keinem Wort die Rede. Die Verwaltung ist so raffiniert zusammengesetzt, daß der Einfluß der Arbeiter ausgeschlossen ist.

Diesem freimütigen Nachwort kündigt Genosse Simon in seinem Bericht schon im voraus ein vollständiges Fiasko an; denn befrägt er die verschiedenen bisher angewendeten Systeme der Arbeitslosenversicherung und empfiehlt, in erster Linie das sogenannte Genter System zu wählen, das die Unterstützung in Form von Zuschüssen an die Gewerkschaften gewährt. Die Unorganisierten könne man dabei ebenfalls berücksichtigen, wenn man bestimmte Beiträge festsetze und jedem arbeitslosen Mitgliede denselben Zuschuß aus Staats- oder Gemeindegeldern gewähre, den die Gewerkschaften erhalten. Die Ausführung ist so gedacht, daß die Gemeinden einen bestimmten Fonds gründen, dem alljährlich ein bestimmter Betrag überwiesen wird. Aus diesem Fonds sollen die Gewerkschaften für jeden Arbeitslosen einen Zuschuß von 60 Pf. pro Tag erhalten, ebensoviel die Unorganisierten, die der oben vorgeschlagenen Arbeitslosenklasse beitreten. Die Gewerkschaften müßten den städtischen Zuschuß verauslagern und allmählich eine Liste mit den Namen der betreffenden Arbeitslosen, Angabe ihrer letzten Arbeitsstelle usw. dem Magistrat zur Prüfung einreichen, worauf der Zuschuß ausbezahlt wird. Aus Staatsmitteln müßte den Gemeinden mindestens ein Drittel der verauslagerten Summe ersetzt werden. Die Arbeitslosen müßten sich auf dem Arbeitsamt täglich zur Kontrolle melden und ihnen nachgewiesene, für sie passende Stellen annehmen. Die Verpflichtung, unter dem tariflichen oder ortsüblichen Lohn Arbeit anzunehmen, darf nicht auferlegt werden, da dies der Lohnbrüderlei Vorschub leisten würde. Die Gewerkschaften müßten ihre Statuten und Unterstützungsregeln dem Magistrat einreichen, sowie einem dazu angestellten magistratischen Beamten Einblick in die Bücher der Arbeitslosenliste gewähren. Gewerkschaften, die gegen die Satzungen verstoßen oder deren Beamte dazu beitragen, daß der gemeindliche Zuschuß an Unberechtigten bezahlt wird, werden auf ein Jahr vom Bezug des gemeindlichen Zuschusses ausgeschlossen. Wenn dieses System zunächst in den größeren Städten durchgeführt, daneben die städtischen Arbeitsämter besser ausgebaut und planmäßig für Winterarbeit gesorgt würde, bei denen in erster Linie Bau- und Erdarbeiter zu beschäftigen wären, so würde nach Simons Ansicht der Boden vorbereitet, auf dem sich später eine Staats- oder Reichs-Arbeitslosenversicherung aufbauen könne. Auf keinen Fall aber dürften die Vertreter der Kommunen bloß nach dem Staat rufen und, weil dieser zurzeit selbst nichts tut, jedes Eingreifen der Gemeinde verweigern.

# Gewerkschaftliches.

## Schwarze Liste.

In Berlin, Hamburg, Kiel sowie an der Unterweser und einigen bedeutenderen Binnenwasserstraßen besteht eine eigenartige Industrie, die geschulte Spezialarbeiter erfordert und dafür den — Unternehmern ungeheure Gewinne bringt. Es ist dies der Yacht- und Bootbau. Die meisten der jetzigen Bootswerkzeuger haben sich aus kleinen Anfängen in die Höhe gearbeitet. Ursprünglich meist reine Praktiker, gaben sie sich entweder dem theoretischen Studium des Bootbaues hin oder wußten sich die Mitarbeit gewiegter Konstrukteure zu sichern. Dadurch und durch die peinlich saubere und gewissenhafte Arbeit ihrer Angeestellten kamen sie in die Höhe. Da es sich um die Befriedigung eines Luxusbedürfnisses handelte, wurden natürlich Liebhaberpreise für die hergestellten Yachten und Boote gezahlt und ungeheure Gewinne aus den Vertrieben herausgeholt. Solange die Arbeiter unorganisiert waren, partizipierten sie daran nicht. Jetzt wo sie ihren Anteil verlangen kommen, rückt man ihnen ganz nach Art der großindustriellen Scharfmacher zu Leibe.

Vor uns liegt folgendes Schriftstück:

Verein der Flußschiffswerften Deutschlands.

Sprechender: Amt 2, Nr. 702 und 3223.

Hamburg, den 3. März 1900.

Eimsbütteler Straße 34.

P. P.

Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß die Flußschiffswerften Deutschlands sich im vorigen Jahre zu einem Verein zur Wahrung ihrer Interessen zusammengeschlossen haben. Obgleich wir noch nicht das Vergnügen haben, Sie als Mitglied dieses Zusammenschlusses rechnen zu dürfen, so glauben wir doch annehmen zu können, daß Sie unseren Bestrebungen freundlich gegenüberstehen und erlauben uns aus diesem Grunde heraus, Ihnen die ergebene Bitte vorzutragen, uns in dem uns aufgezwungenen Kampf mit den Werftarbeitern, welcher am 1. März ausgebrochen ist, zu unterstützen.

Zur geälligen Kenntnisnahme gestalten wir uns hinzuzufügen, daß wir den Tarif, welcher bis zum 1. März zwischen der Gruppe Berlin mit den Werftarbeitern bestand, gezwungen waren, zu kündigen. Die Arbeiter reichten uns hierauf Forderungen auf Erhöhung des Lohnes und Zeitverkürzung ein, ohne die auf ihren eigenen Antrag gestellten Verhandlungen abzuwarten. Es handelt sich deshalb hier um einen reinen Streik, der nicht allein die Interessen unserer Mitglieder schädigt, sondern auch diejenigen aller Flußschiffswerften. Wir glauben deshalb auf Ihre Unterstützung dahingehend rechnen zu dürfen, daß Sie die auf der beiliegenden Liste näher bezeichneten Arbeiter bis nach Beendigung dieses Streiks nicht einstellen. Wir sprechen Ihnen im voraus verbindlichsten Dank für Ihre Unterstützung aus und halten uns zu Gegenleistungen jederzeit zur Verfügung.

Indem wir uns der angenehmen Hoffnung hingeben, daß Sie die Bestrebungen unseres Vereins prüfen und sich uns ebenfalls anschließen, stehen wir Ihnen mit Auskünften gerne zu Diensten.

Hochachtungsvoll

(Stempel.) Verein der Flußschiffswerften Deutschlands.

(gez.) Thiemann.

Die angehängte Liste enthält 29 Namen von Bootbauern und Tischlern der Werft von Engelbrecht in Reuthen, die neben Segeljachten hauptsächlich Luxusmotorjachten baut. 9 Bootsbauer und Tischler der Liste gehören zur Schiffswerft und Maschinenfabrik „Anker“ in Rummelsburg, deren Spezialität jene hübschen und eleganten hölzernen Fährboote sind, die jetzt zu Hunderten die Gewässer der Berliner Umgebung bevölkern. 9 Bootsbauer, Schiffsbauer, Tischler und Schlosser läßt die Bootswerft von Albert Buller in Spandau in Verrent erklären, und 5 Bootsbauer, Tischler und Eisenbahnschrauber schließlich die Werft von Klaus u. Müller in Stralau, ein neueres Unternehmen.

Schaden für die Arbeiterchaft wird ja hoffentlich die Liste nicht anrichten. Die kleineren Werftbetriebe neueren Datums werden sich hüten, beim Eingang von Aufträgen so tüchtige Arbeiter, wie etwa die der Firma Engelbrecht, auf der Straße liegen zu lassen. Dies ganze Vorgehen aber auch dieser kleinen Vernegroße im Chorus der Scharfmacher ist so charakteristisch, daß wir es unseren Lesern nicht vorenthalten wollten.

## Berlin und Umgegend.

### Scharfmachertheorie.

Ueber „Neuere Lohnsätze“ sprach im Verein deutscher Kallwerke, der seine 18. Hauptversammlung im Architektensaal in Berlin abhielt, Dr. Tänzler vom Verein deutscher Arbeitgeberverbände. Er erwähnte die Anwesenheit, wenn möglich keine Lohnsätze abzuschließen, da hierdurch die Interessen der Arbeitgeber für immer gefährdet würden. Im übrigen sei die beste Taktik die, engen Zusammenschluß mit den Arbeitgeberverbänden zu suchen.

### Achtung, Metallarbeiter!

Die Kesselschmiede bei der Firma Schwarzkopff in Wilbau bei Königs-Wusterhausen befinden sich noch im Streik. Da auch eine Anzahl Kollegen anderer Branchen seitens der Betriebsleitung wegen dieses Streiks ausgesperrt sind, so ist die Firma Schwarzkopff bis auf weiteres für jeden Metallarbeiter gesperrt.

Im Auftrage der beteiligten Organisationen:  
Deutscher Metallarbeiter-Verein, Ortsverwaltung Berlin.

### Achtung, Metallarbeiter und Arbeiterinnen!

Die Differenzen bei Woffe, Wiener Str. 93, sind noch nicht erledigt. Die Arbeiterchaft dieser Firma steht noch im Streik. Deshalb ersuchen wir alle Kollegen und Kolleginnen, jedes Arbeitsangebot dieser Firma zurückzuweisen.

Die Firma Woffe ist bis auf weiteres gesperrt.  
Deutscher Metallarbeiter-Verein, Ortsverwaltung Berlin.

### Stellungnahme zur Kündigung des Schlossertarifs.

Am 1. Juli d. J. läuft der Schlossertarif ab, falls er beantragungsgemäß gekündigt wird. Sonst läuft er ein Jahr weiter. Mit dem Bauhofschartarif läuft auch der Tarif in den einzelnen Geldschrankfabriken ab. Da der Tarif spätestens am 31. März gekündigt werden müßte, so mußte jetzt zu der Frage Stellung genommen werden. Dem Zwecke diente eine allgemeine Versammlung der Schlosser Berlins und Umgegend, die zum Montag vom Deutschen Metallarbeiterverband einberufen worden war. Die Versammlung war äußerst zahlreich besucht. Sie füllte den großen Saal des Gewerkschaftshauses bis zum letzten Platz. Cohen hatte das Referat. Die Vertrauensmännerkonferenz habe sich, so führte er aus, auf folgende Resolution geeinigt:

Die Konferenz beschließt, der am 8. März stattfindenden Versammlung vorzuschlagen, den Schlossertarif für Berlin, der am 1. Juli abläuft, trotz verschiedener ihm anhaftender Mängel nicht zu kündigen. Sollte er aber von den Arbeitgebern gekündigt werden, dann behalten sich die Schlosser vor, eine Vorlage auszuarbeiten und den Unternehmern zu unterbreiten, durch welche die Mängel im jetzt bestehenden Tarif beseitigt werden.

Wenn wir von einer Kündigung Abstand nähmen, sagte Cohen, sei es ganz gemäß nicht deshalb, weil wir etwa meinen, daß der Tarif ideal wäre. Nein, die Gründe seien ganz andere. Wir hielten die gegenwärtige Tarif einfach nicht für angebracht, und in solche Kämpfe, sagen wir, unnötigerweise einzulassen. Wenn wir aber von der anderen Seite zum Kampfe gezwungen würden, dann wollten wir auch, daß aus den Verhandlungen etwas herauskomme. Redner schloß mit der Mahnung, ruhigen Mutes die Situation zu überdauern und zu würgen.

Es entspann sich eine lebhafteste Diskussion, in der einige Redner für Kündigung des Tarifs eintraten, während von anderer Seite angeregt wurde, die Angelegenheit erst in Werkstatthaltungen durchsprechen zu lassen und sie dann in einer anderen Versammlung zur Entscheidung zu bringen. Cohen suchte in längeren Ausführungen im Schlußwort nachzuweisen, daß es eine taktische Unklugheit wäre, wenn die Schlosser den Tarif kündigten. Der Antrag, in 14 Tagen eine neue Versammlung abzuhalten, wurde angenommen. Dieser Versammlung soll die obige Resolution zur Beschlusfassung darüber vorgelegt werden. Die Versammlung beschloß ferner, die Agitationskommission, wie sie jetzt ist, so lange beizubehalten, als die Tarifbewegung im Gange ist. — Schließlich stimmte die Versammlung dem zu, daß bei der Verbandsgeneralversammlung beantragt werde, sie möge beschließen, den Vorstand zu beauftragen, spätestens im Jahre 1910 eine Reichskonferenz für Kunst- und Bauhofschar zu einberufen.

## Das Tarifverhältnis der Herrenmähneider.

Eine öffentliche Versammlung der Herrenmähneider fand am Montag im großen Saale der Arminshallen statt, während zu gleicher Zeit für die größten Geschäfte der Branche Werkstatthaltungen abgehalten wurden. Auf der Tagesordnung stand: Die gegenwärtige Situation in der Herrenmähneiderbranche, und welche Aufgaben erwachsen den Herrenmähneidern daraus? — Der Versammlung war am Sonntag eine Hausagitation vorausgegangen, und diese wird fortgesetzt, um alle noch Säumnigen oder Gleichgültigen für die eingeleitete Bewegung zu gewinnen. Es handelt sich, wie der Referent Runge ausführte, hier nicht um eine eigentliche Lohnbewegung, sondern um die allgemeine Durchführung des vor zwei Jahren mit dem Arbeitgeberverband vereinbarten Tarifvertrages. Es gilt, diejenigen Geschäfte, die damals, und die auch von der Bewegung im Frühjahr 1908 noch nicht erfaßt werden konnten, heranzuziehen. Daß auch diese Geschäfte beauftragt werden, die vereinbarten Lohnsätze anzuerkennen und unverzüglich zu zahlen, liegt sowohl im Interesse der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber, die denn auch ihrerseits darauf drängen, daß in dieser Richtung vorgegangen wird. Demgemäß ist bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern beschloffen worden, daß von beiden Seiten auf die betreffenden Geschäfte eingewirkt werden soll. Es kommt natürlich nun vor allem darauf an, daß die Schneider selbst den ersten Anstoß unternehmen. Ein Teil der Firmen, die für die Bewegung in Betracht kommen, zählt schon mit geringen Abweichungen die Tarife, so daß es sich hier in der Hauptsache nur um die formelle Anerkennung handelt. Andererseits gibt es eine ganze Reihe von Firmen, die sich darauf berufen, daß sie offene Kaufmannsgeschäfte seien, daß sie auch Vagrarbeit anfertigen ließen, und die deshalb in der Tariffrage anders behandelt sein möchten, als die reinen Mähneidergeschäfte. Hier sind u. a. die Firmen „Prince of Wales“, Herpich Söhne, Hermann Gerson, Herzog sowie Peet u. Kloppe zu nennen. Man versucht, Anzüge, für die die Preise von 80—120 M. erzielt werden, zu Konfektionslöhnen herstellen zu lassen, worin ja nicht nur eine Schädigung der Schneider, sondern auch eine Täuschung gegenüber dem Publikum liegt, da die Arbeit selbstverständlich dann auch nicht so gut wie sonst ausgeführt werden kann. Es ist wiederholt mit den Arbeitgebervertretern über diese Angelegenheit verhandelt, und auch in einem Schiedsspruch gegenüber der Firma „Prince of Wales“ entschieden worden, daß Arbeiten, die die nach Tarif I B versehen sollen, auch diesem Tarif entsprechend bezahlt werden müssen. Eine andere Firma, Selig, Unter den Linden, pflegt in Annoncen Schneider für den I A-Tarif zu suchen, stellt auch nur solche ein, die nachweisen, daß sie zu diesem Tarif gearbeitet haben, will aber gleichwohl stets nur den I B-Tarif zahlen. Ferner kann man immer wieder beobachten, daß Firmen, die zum Tarifvertrag herangezogen werden, dazu übergehen, Reparatur in der Konfektion herstellen zu lassen. Dieser Umstand lehrt, daß die Herrenmähneider sich nicht nur um ihre eigene Branche kümmern müssen, sondern daß auch dafür gesorgt werden muß, die Schneider aufzuklären, die jenen Ersatz für Reparatur herstellen sollen.

Die Firmen, an die nun Anträge auf die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gestellt sind, wurden ersucht, sich bis zum 13. März darüber zu äußern. Für die allgemeine Lage im Schneidergewerbe kommt dann für Berlin noch vor allem die Tarifbewegung in der Kostümbbranche in Betracht, außerdem sind im Reich in einer großen Anzahl von Städten Forderungen gestellt, die sich zum großen Teil auf die Herrenmähneider beziehen. Die allgemeine Lage ist ungefähr dieselbe wie vor zwei Jahren, nur daß jetzt zwischen den Organisationen Vorschriften vereinbart sind, um auf bestimmtem Wege eine Regelung herbeizuführen. Die Arbeitgeber haben aus der Bewegung von 1907 die Lehre gezogen, daß es besser ist, eine Einigung anzustreben, als einen Kampf heraufzubekommen. Es soll denn auch in nächster Zeit zwischen den Vorständen der beiderseitigen Organisationen verhandelt werden. Vor allem kommt es nun darauf an, daß die Schneider hier in der Reichshauptstadt auf dem Posten sind, um das in vollem Maße durchzuführen, was in den letzten zwei Jahren zu erreichen noch nicht gelungen ist. Die allgemeine Wirtschaftskrise kommt für diese Bewegung weit weniger als in anderen Gewerben in Betracht, denn im Schneiderberuf kehrt jedes Jahr die Saison wieder, wo die tüchtigen Arbeitskräfte notwendig gebraucht werden, und wenn es den Mähneidern bisher nicht gelangt ist, dem Tarifvertrag in allen Geschäften Anerkennung zu verschaffen, so liegt das vor allem an ihrer eigenen Nachlässigkeit.

Der Redner machte schließlich noch darauf aufmerksam, daß Beschwerden über tarifwidrige Bezahlung und Vergleichen, sofort im Bureau unter Vorlegung des Lohnbuches gemeldet werden müssen.

## Deutsches Reich.

### Die Sperre über die Waldorf-Astoria-Company.

Unter Hinweis auf die telegraphische Mitteilung über die Beilegung der über die Zweigniederlassung der Waldorf-Astoria-Company in G. S. Zigarettenfabrik Königsherg verhängten Sperre teilen wir noch folgendes mit: Die Sperre ist zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt worden. Die Inhaber der Waldorf-Astoria-Company gaben zu, daß ihr Filialleiter Herr Krüger widerrechtlich gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter verstoßen hat.

Die entlassenen Arbeiterinnen verzichten auf eine Wiedereinstellung.  
Deutscher Tabakarbeiterverband. (Zahlstelle Berlin).

### Ein Streik um längere Arbeitszeit.

Unter dieser Spitzmarke berichteten wir in Nr. 54 des „Vorwärts“, daß die im katholischen Arbeiterverein organisierten Arbeiter der Servais-Werke zu Ehrang eine längere Arbeitszeit verlangt hätten. Herr Arbeitersekretär Seinech in Trier schreibt uns dazu:

„Die Arbeiter der Servais-Werke zu Ehrang sind unorganisiert in den Streik eingetreten und haben mich als Arbeitersekretär zu Trier gebeten, die Versammlung, in welcher über die Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Arbeit beschloffen werden sollte, zu leiten. Diesem Wunsche bin ich selbstverständlich nachgekommen. Als Versammlungsleiter kann ich daher den betreffenden Beschluß wörtlich mitteilen. Derselbe lautet: „Die Versammlung beschließt, am Montag (1. März)

die Arbeit wieder aufzunehmen unter der Bedingung, daß die frühere Arbeitszeit (dieselbe war seit dem 8. Februar 1900 auf 8 Stunden herabgesetzt worden) beibehalten und über die Lohnfrage (zu gleicher Zeit war auch der Stundenlohn um 5 Proz. gekürzt worden) am Donnerstag, den 4. März, mit der Direktion verhandelt wird.“

Beide Bedingungen waren bereits vor der fraglichen Versammlung von der Direktion zugestanden worden.“

Dieser Beschluß spricht in der Tat nicht von 12 Stunden; aber eine Arbeitszeitverlängerung verlangt er offenbar. Wie lange dauerte die frühere Arbeitszeit?

## Ausland.

### Die Maschinenseher in Marseille

sind in den Streik eingetreten. Ihr Lohn beträgt bei siebenstündiger Arbeitszeit 8,50 Frank pro Tag; für Ueberstunden wurde 1,20 Frank bezahlt. Die Maschinenseher verlangen 10 Frank pro Tag und 2 Frank pro Ueberstunde. Ferner wünschen sie eine Regelung der Lehrlingsfrage. Die Unternehmer lehnten die Forderungen ab und so ist es zum Streik gekommen. Die Zeitungen haben ihre Erklärungen nicht einstellen brauchen; in einigen Druckereien wurden Setzerinnen eingestellt.

## Versammlungen.

Der Jugendbund hatte am Sonntag wieder eine Versammlung für die arbeitende Jugend einberufen. Sie fand in der Brauerei Friedrichshain statt und war sehr stark besucht. „Wellschöpfung und Darwinismus“ lautete das Thema, welches Genosse Baum behandelte. Er ging von der Tatsache aus, daß die Arbeiterjugend in der Volksschule von Darwin und seiner Lehre wenig zu hören bekommen habe und gab dann in großen Umrissen ein Bild von der Darwinischen Entwicklungslehre und der neuen Weltanschauung, welche sich aufbauend auf den Ergebnissen der modernen Naturwissenschaft, — Mit regem Interesse folgten die Zuhörer den lehrreichen Ausführungen und spendeten dem Vortragenden lebhaften Beifall.

Die Polizei hatte auch dieser Versammlung wieder besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Zwar trat die Schutzmannschaft nicht in so auffeherregender Erscheinung wie bei der vorigen Jugendversammlung, aber sie muß irgendwo in Vereitschaft gelegen haben. Wozu hätten sich sonst zwei Polizeioffiziere vor dem Versammlungsort aufhalten brauchen. Die Götter mögen wissen, durch welche Klüntereien von Spießeln die Polizei zu der Ansicht gekommen sein mag, daß die Jugendversammlungen die preußische Ordnung mit irgendwelcher Gefahr bedrohen.

Eine Mitgliederversammlung der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker usw. vom Deutschen Metallarbeiterverband fand am Donnerstag bei zahlreicher Beteiligung in den Arminshallen statt und nahm zunächst den Bericht der Agitationskommission über das Jahr 1908 entgegen. Es war ein schweres Krisenjahr. Die Arbeitslosigkeit machte sich viel stärker geltend als 1907, und soweit noch Beschäftigung vorhanden war, reichte sie oft nicht für den vollen Arbeitstag aus, so daß die Arbeitszeit verkürzt werden mußte. Erfreulich ist es, daß trotz dieser äußerst ungünstigen Verhältnisse die Mitgliederzahl der Gruppe von 4100 auf über 4200 gestiegen ist. In fast allen Betrieben, wo es vordem möglich geworden war, den Arbeitsverdienst einigermaßen in die Höhe zu bringen, verfuhrten die Unternehmer Lohnkürzungen durchzuführen. Darüber kam es in einer außerordentlich großen Zahl von Fällen zu Differenzen, die jedoch größtenteils durch Verhandlungen zugunsten der Kollegenchaft beigelegt wurden. In einem Betriebe mußte zwei Tage gestreikt werden, um eine befriedigende Regelung zu erzielen. Schwere Bedenken muß es erregen, wie die Unternehmer die männliche Arbeitskraft durch die weibliche zu ersetzen suchen, um die Preise auf das Unerträuliche herabzudrücken. Junge Mädchen werden zu Arbeiten herangezogen, die die geübte Arbeitskraft eines Mannes erfordern und der Konstitution des weiblichen Körpers keineswegs entsprechen. Die Meister geben sich alle Mühe, Arbeiterinnen, die am Schraubstock stehen, zu immer größerer Arbeitsleistung anzuspornen, und sagen ihnen zu dem Zweck Lebenswirdigkeiten wie: „Sie arbeiten ja wie ein tüchtiger Mechaniker“ und dergleichen mehr. In der Regel weigern sich die Arbeiterinnen, um nicht zusammenzubrechen, bald, die schweren Männerarbeiten weiter zu verrichten. Treffend wurde von einem Mitgliede der Agitationskommission hervorgehoben, wie die herrschenden Klassen den Frauen das Wahlrecht vorenthalten, weil das zarte Gemüt des Weibes gar so sehr unter der Teilnahme an politischen Kämpfen leiden werde, während ihnen das Unternehmertum andererseits Arbeiten aufbürdet, die den weiblichen Organismus zugrunde richten müssen, nur um die Löhne so herabzudrücken, daß schließlich selbst die genügsamste Arbeiterin nicht mehr damit auskommen kann. Unter diesen Umständen ist es natürlich um so dringender notwendig, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterinnen sich weit stärker als bisher dem Verbands anschließen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde über die gegenwärtigen Streiks in der Mechanikerbranche berichtet, von denen besonders der in der Telefonfabrik von Woffe zu erwähnen ist. In welcher Weise die Polizei sich dort der Unternehmerinteressen annimmt, ist bereits in der Wochensnummer des „Vorwärts“ geschildert. Es ist der Firma trotz aller Anstrengungen und trotz der Polizeihilfe keineswegs gelungen, irgendwie brauchbaren Ersatz für ihre alten geübten Arbeitskräfte herbeizuschaffen, und darum ist zu erwarten, daß die vorstehenden Verhandlungen zu einem guten Ergebnis führen werden. — Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die Renwahl der Agitationskommission.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Bei lebendigem Leibe verbrannt.

Sabze, 9. März. (B. S.) Die Ehefrau des Bergmanns Stahly füllte eine Petroleumlampe, als dieselbe plötzlich explodierte. Die Mutter und die sie umgebenden Kinder wurden im Ru von den Flammen ergriffen. Ein fünfjähriges Mädchen und ein siebenjähriger Knabe waren sofort tot, die Mutter, die ihrer Niederkunft entgegensteht, liegt hoffnungslos danieder.

### Ein verhängnisvoller Leichenschmaus.

Sudapest, 9. März. (B. S.) In Tokaradac vereinigten sich nach einem Leichenbegängnis 40 Personen zum übliden Leichenschmaus. Hierbei wurden zwei Kaiser Brantwein konsumiert, bis schließlich alle Teilnehmer tot oder bewußtlos dalagen. Als Hilfe herbeikam, waren 13 Personen bereits gestorben; vier Teilnehmer ringen mit dem Tode und auch die übrigen schweben noch in Lebensgefahr. Es wird angenommen, daß der Brantwein eine giftige Beimischung enthielt. Eine umfassende Untersuchung ist eingeleitet worden.

### Annahme des französischen Einkommensteuergesetzes.

Paris, 9. März. (B. T. S.) Die Deputiertenkammer hat den Gesetzentwurf betreffend die Einkommensteuer mit 407 gegen 166 Stimmen angenommen.

### Opfer des Unwetters.

Brinkley (Arkansas), 9. März. (B. T. S.) Durch den gestrigen Tornado, der Brinkley verheerte, sind 30 Personen ums Leben gekommen.

Reichstag.

223. Sitzung vom Dienstag, den 9. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsische: v. Bethmann-Hollweg. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Entwurfs eines Weingesetzes.

Die ersten beiden Paragraphen werden debattelos angenommen. § 3 bestimmt, daß dem aus inländischen Trauben gewonnenen Traubenmost oder Wein Zucker, auch in reinem Wasser gelöst, zugefügt werden darf, um einem natürlichen Mangel an Zucker bezw. Alkohol oder einem Uebermaß an Säure insofern abzuhelfen, als es der Beschaffenheit des aus Trauben gleicher Art und Herkunft in guten Jahrgängen ohne Zusatz gewonnenen Erzeugnisses entspricht.

Abg. Paasche (natl.) beantragt hierzu, den letzten Absatz von „als es“ an sowie das Wort „insofern“ zu streichen. Weiter heißt es in § 3, daß der Zusatz von Zuckersäure ein Fünftel der gesamten Flüssigkeit nicht übersteigen darf. Hier beantragt Abg. Paasche zu setzen „ein Viertel“ statt „ein Fünftel“.

Die nächsten Absätze des § 3 bestimmen: „Die Zuckermenge darf nur in der Zeit vom Beginn der Weinlese bis zum 31. Dezember des Jahres vorgenommen werden; sie darf in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. Dezember bei ungeduldeten Weinen früherer Jahrgänge nachgeholt werden. Die Zuckermenge darf nur innerhalb der am Weinbau beteiligten Gebiete des Deutschen Reiches vorgenommen werden.“

Hierzu beantragen die Abgg. Hormann (fr. Sp.) und Müller-Herloh (fr. Sp.) statt „31. Dezember“ zu setzen „31. Januar“ des folgenden Jahres, wie es auch ursprünglich in der Regierungsvorlage lautete.

Abg. Dr. Dahlem (Z.) wendet sich gegen den Antrag Hormann. Abg. Freiberger (Z.) wendet sich gegen den Antrag Müller-Herloh. Ich die von der Kommission gewählte Fassung des Gesetzes für die beste. (Hört! hört! im Zentrum.) An dem § 3 habe ich unter allen Umständen fest; sollte er, weil die Regierung sonst das Gesetz scheitern lassen will, wieder fallen gelassen werden, so würde ich gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. Dr. Köpcke (L.): Den gestellten Abänderungsanträgen können sich meine politischen Freunde nicht anschließen; sie stellen keine Verbesserung dar, sondern eine Verschlechterung; speziell würde die Annahme des Antrages Paasche unsere Weine im Auslande geradezu diskreditieren. Den Antrag § 3b wollen auch meine Freunde aufrechterhalten wissen. Das ist im Interesse der Reclität des Weinhandels notwendig. (Bravo! rechts.)

Abg. David (Soz.):

Wir haben uns in der Kommission darauf geeinigt, daß bei der Zuckermenge nur 20 Proz. der gesamten Flüssigkeit Zusatz sein darf, und an dieser Bestimmung halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen; dann aber auch den Produzenten und den Händlern. Der Vermittler zwischen Produzent und Konsument erfüllt eben eine volkswirtschaftliche Funktion, und deshalb müssen auch seine Interessen im Auge behalten werden. Geschlecht das, so bedeutet das Gesetz einen Schutz des Weinhandels gegen die unsoziale Konkurrenz. Und dann werden manche Bedenken der realen Weinhandeler dagegen schwinden. Dies vorausgeschickt, muß ich aber doch Bedenken gegen die von der Kommission gewählte Fassung des § 3 äußern. Der Passus über die Zweckbestimmung des Zuckers in diesem Paragraphen wird zu den mannigfaltigen Prozessen Veranlassung geben. Selbst wenn jemand nur 10 Proz. oder 5 Proz. zusetzt, so kann ihm auf Grund dieser Bestimmung ein Prozeß anhängig werden, der seine ganze Existenz vernichtet. Bei einem solchen Prozeß auf Grund der Zweckbestimmung würde die Beweisführung durch Sachverständige geschehen. Beide Parteien würden Sachverständige anführen, welche die verschiedensten Urteile abgeben. Nehmen Sie daher den ersten Antrag Paasche an, welcher diese Zweckbestimmung streichen will. Dann ist wenigstens Rechtssicherheit geschaffen und klar gesagt: bis zu dieser Grenze darf gezuckert

Kleines feuilleton.

Die Schauspieler und der Bühnenverein. In der soeben erschienenen Nummer der „Dokumente des Fortschritts“ (Verlag Georg Reimer, Berlin) gibt der Schauspieler F. Nolan eine eindringliche Schilderung der Zustände im Theaterwesen. Er läßt uns einen tiefen Blick in die Kulissen tun, läßt uns erkennen, welche Summe von Elend hinter dem so oft zum Lachen und Lächeln gezwungenen Künstler lauert, welcher Sklave seines Direktors der Schauspieler bis dato war. Er schreibt u. a.: „Die meisten Paragraphen des Kontraktes lauten überhaupt: Das Mitglied ist verpflichtet... die Direktion ist berechtigt... das Mitglied verpflichtet... die Direktion behält sich das Recht vor... Nur in ganz wenigen Fällen „darf“ das Mitglied, den Satz: der Direktor ist verpflichtet... habe ich, trotzdem ich viele Kontrakte vieler Direktoren gelesen habe, noch nirgends gefunden. Nur in einem Punkte sieht dem Mitgliede ein unbestreitbares Recht zu, nämlich dann, wenn es dem Herrn Direktor pränumerando einen Monat Arbeit geleistet hat, und der Direktor postnumerando die Bezahlung verweigert. Dann „darf“ der Schauspieler weitere Pränumerandoarbeit verweigern.“

Wenn auch bisher die deutschen Schauspieler aus Mangel an Einheit und zielbewusster Führung sich die unglücklichen, dem sozialen Empfinden hochprägenden Vertragsbestimmungen gefallen ließen, so darf man doch nicht glauben, daß sie deshalb damit zufrieden gewesen wären. Straft des vorhandenen Kapitals diffidieren die Direktoren die Vertragsbedingungen, aus denen klar und deutlich hervorgeht, daß niemand es wagen darf, an ihrer Ehrenhaftigkeit zu zweifeln, während sie von dem Schauspieler das Gegenteil anzunehmen geneigt sind. Wird z. B. ein Schauspieler krank und meldet dies seiner Direktion, so behält sich diese das Recht vor, die Krankheit so lange für Schwindel zu halten, bis ihr angestellter Vertrauensarzt das Gegenteil bescheinigt. Zeugnisse von Hausärzten haben der Direktion gegenüber keine Gültigkeit. Erklärt der Theaterarzt, er könne die Krankheit nicht konstatieren, so muß das Mitglied spielen. Die Bat über solche beschämende Bestimmungen kommt am besten zum Ausdruck durch die in Theaterkreisen kursierenden Garberobertwörter. Zum Beispiel: Wenn ein Schauspieler während der Vorstellung auf offener Szene stirbt, so macht er sich dadurch eines großen Vertragsbruches schuldig, und seine Erben sind verpflichtet, der Direktion den ererbten Schaden in Höhe der Einnahme eines ausverkauften Hauses zu ersetzen. Außerdem verfährt der Direktion die vereinbarte Konventionalsstrafe. Dagegen verleiht die Leiche im Besitz der Direktion, so lange es zugänglich ist, und hat nach wie vor ihre ganze Kraft zur Verfügung zu stellen für stumme Rollen, Komparierte und Statisten. Die Desinfektionskosten sind von den Erben zu tragen. Das Geschickliche ist noch nicht einmal zu Ende, die innere Empörung, die nur den Witz, von Mund zu Mund erzählt, als Ventil hat, zeitigt dertbere Äußerungen, die sich nicht wiedergeben lassen.

Weiter! Die Direktion behält sich einseitigen Kündigungsrecht vor: nach 14 Tagen im Probemonat, zum Ablauf der ersten Spielzeit bei zweijährigen Kontrakten, zum Ablauf der ersten und dritten Spielzeit bei fünfjährigen Verträgen, während der Schauspieler unbedingt gebunden ist, ob ihm das Engagement gefällt

werden, bei Zuckermengen unterhalb dieser Grenze bleibt es dem sachverständigen Ermessen der Produzenten überlassen. Wenn die Traube ausgereift ist und einen guten Wein gibt, so würde der Produzent riskieren, durch Zudern eine solche Verschlechterung der Qualität herbeizuführen, daß die Vermehrung der Quantität diesen Schaden nicht ausgleicht. (Sehr richtig! bei den National Liberalen.) Der Antrag Hormann will die Zeit für die Zuckermenge vom 31. Dezember bis zum 31. Januar hinausschieben. Hieraus machen meine Freunde natürlich keine prinzipielle Angelegenheit. Für den späteren Termin führen die Herren von der Wofel an, daß sonst gerade die Produzenten der Mostweine gezwungen würden, zu zudern, bevor sich die Notwendigkeit dazu herausstellt, nur um die Frist nicht zu versäumen. Wir sind bereit, dieses Argument auf uns wirken zu lassen, aber keineswegs, um eine Ausnahmebestimmung für die Mostel zu machen, sondern wir wollen eine einheitliche Bestimmung für das ganze Reich. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Deklarationszwang im § 3b scheint ja noch einmal Erwörterungen hervorgerufen, wenn es wirklich richtig ist, daß die Regierung gelangt hat, sie wolle das Gesetz daran scheitern lassen. Im allgemeinen stehen wir auf dem Standpunkt einer möglichst weit getriebenen Deklaration. Hier handelt es sich zunächst darum, ob deutscher Weiswein, der mit ausländischem Weiswein vermischt ist, auch als solcher Veräußerung deklarieren werden soll. Jene eine Benachteiligung des Auslandes kann darin nicht gefunden werden, und in bezug auf die Ehrlichkeit und Wahrheit ist es ein Fortschritt. Weiter verlangt der § 3b, daß ein Gemisch von Weiswein und Mostwein nicht schlechtere als Mostwein, sondern nur unter einer die Mischung kennzeichnenden Bezeichnung in den Verkehr gebracht werden darf. Wenn man Most von Trauben hat, der als Weiswein gar nicht verwendbar ist und wenn man diesen nun durch Mostwein zudekt, — denn Mostwein färbt sehr stark — und dies Produkt dann dem Publikum als „Mostwein“ vorgelegt, so ist das ein Betrug, eine Fälschung, eine Verleumdung solcher Tatsachen; denn es ist kein Mostwein, sondern rotgefärbter Weiswein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mostwein wird auch als Krankenwein benutzt, und ein solches Produkt würde geradezu gesundheitschädlich sein. Deshalb verlangen wir diese Deklaration, und der Widerstand der Regierung ist in keiner Weise gerechtfertigt. (Lebhafte Zustimmung.)

Ihren Widerstand gegen die Kontrolle durch das ganze Reich hat die Regierung damit begründet, daß die Beamten nicht genügend beschäftigt sein würden. Ich verweise darauf, daß seit Jahren ein Gesetz aussteht, welches die

Nahrungsmittelkontrolle überhaupt

regeln will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Würden wir eine solche Nahrungsmittelkontrolle durch das ganze Reich bekommen, so würden alle Schwierigkeiten gegen die Aufsichtsbeamten im Weinbau schwinden. Wäre daher das an sich sehr wichtige Weingesetz ein Aufsporn sein, daß uns möglichst bald das noch viel wichtigere Gesetz vorgelegt wird, welches die Nahrungsmittelkontrolle überhaupt regelt. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hormann (fr. Sp.): Das Gesetz, wie es aus der Kommission hervorgegangen ist, ist so, daß Weinhandel und Weinbau damit auskommen können — aber eben auch nur auskommen können. Auf den vielen bedenklichen Klautschul im Geleze hat schon Kollege Dr. David hingewiesen. Solange keine Bestimmungen über die Kontrollausübung getroffen sind, werden die Kontrollvorschriften nur ein Anreiz zur Übertretung sein. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg bittet um Annahme des Antrages Hormann, als Endtermin der Zuckermenge statt des 31. Dezember den 31. Januar zu normieren und so den Winzern größere Bewegungsfreiheit zu geben.

Auf das eindrucksvolle möchte ich vor Annahme des § 3b warnen. (Hört! hört!) Das völlige Verbot des Verschneidens ausländischer Weine würde eine differenzierte Behandlung der ausländischen Weine gegenüber den inländischen bedeuten, die mit Geist und Buchstaben der Handelsverträge nicht vereinbar ist. (Sehr richtig! und Hört! hört! links.) Dem Beschluß der Kommission auf Umstellung von Sachverständigen für das ganze Reich schließen sich die verbündeten Regierungen an und werden dafür sorgen, daß beim Inkrafttreten dieses Gesetzes diese Sachverständigen bereits vorhanden sind.

oder nicht. In Krankheitsfällen entfällt sofort das Spielhonorar, meist die Hälfte der Gage betragend; nach kurzer Zeit, oft nach einer Woche, ist der Direktor berechtigt, den Vertrag für gelöst zu erklären. Wird aber ein Mitglied gar kontraktbrüchig, so ist eine einzige Strafe gar nicht mehr ausreichend, das Vergehen zu sühnen. Erstens verfährt die vereinbarte Konventionalsstrafe, meist in Höhe einer Jahresgage. Hat das Mitglied diese aber bezahlet, so ist es nicht etwa frei, sondern muß weiterer seinen Verpflichtungen gegen die Direktion nachkommen und tut es das nicht, so treten die Bestimmungen in Kraft, nach denen es an keiner dem Bühnenverein angehörenden Bühne mehr auftreten darf für die Dauer von drei bis fünf Jahren. Tritt der Kontraktbrüchige an einer Nichtvereinbühne auf, so gelten diese Bestimmungen gar bis zu fünf Jahren nach Ablauf des gedrohenen Vertrages. Man sieht, daß das Geschickliche von den Verpflichtungen des toten Schauspielers auf ganz realen Boden gewachsen ist.

So stand es zu lesen in dem neuen Vertrage, den der Bühnenverein einstimmig angenommen hatte und den die deutschen Schauspieler in der Delegiertenversammlung vom Dezember 1908 ebenso einstimmig abgelehnt haben. Zum ersten Male waren die Delegierten einig, daß es unwürdig sei, einen solchen Vertrag zu sanktionieren.

Es soll in Zukunft von zwei Gleichberechtigten ein Vertrag geschlossen werden. Der eine zahlt und der andere leidet, und der Vertrag soll beiden Teilen gleicher Weise Rechte und Pflichten auferlegen.

Daß der Bühnenverein den Versuch macht, die sehr lebenskräftige Bühnengemeinschaft totzuschweigen, ist sein Privatvergnügen. Sie lebt und wirkt weiter. Daß der Bühnenverein aber den unwürdigen Versuch gemacht hat, die Pensionenanstalt der Schauspieler zu zerstören, daß er durch Schädigung der Invaliden, der Witwen und Waisen die Schauspieler niederzwingen will, hat ihn um den letzten Rest der Sympathie gebracht, und der Schauspieler darf stolz sagen, daß die gesamte Öffentlichkeit auf seiner Seite steht.

Humor und Satire.

Schweine.

Adolf Wagner stieg auf den Katheder. „Gott zum Gruß, Ihr Herrn!“ sprach er. „Jeder, den ich hier erblickt in diesem Kreise hohen Adels, liebt nach väterlicher Weise unsere deutsche Heimat. Ihr zu dienen, war von je die höchste Ehre Ihnen!“

Bravo! Bravo! Ichrie's von jeder Bank, Scharie's von recht und links und mittenman, Bravo, Wagner! Ei, wie Donnerhall Braust zum Redner dieser Freudenhall.

„Ergo“, fuhr Professor Wagner weiter (und der Jubel stimmt ihn sichtlich feiter), „Ergo, weil wir so die Heimat lieben, Glühend lieben und mit heißen Telegen, Wollen wir nicht bloß mit Worten prahlen, Nein, wir wollen alle kräftig zahlen!“

Wui und Wui! so kräftig's von jeder Bank, Brätk's von rechts und links und mittenman

Staatssekretär des Antwärtigen v. Schön warnt ebenfalls einbringlich vor Annahme des § 3b.

Abg. Dr. Blantenhorn (natl.) bedauert lebhaft die ablehnende Regierungserklärung, da gerade der § 3b für den deutschen Weinbau von allergrößter Wichtigkeit sei. Scheitert aber trotzdem das Gesetz nicht an der Ablehnung dieser Bestimmung seitens der Regierungen, scheitern lassen zu wollen. (Manche Einzelheiten bleiben unverständlich, da Redner vom Blase aus spricht.)

Abg. Stauffer (wirtsch. Sp.) wendet sich gegen den Antrag Hormann, die Frist für die Zuckermenge bis zum 31. Januar auszudehnen. Weiter spricht der Redner für Aufrechterhaltung des § 3b.

Abg. Ranmann (fr. Sp.): Der Gesetzentwurf ist entzanden aus dem Wunsch, die Qualität des Weines zu schützen. Wie man menschlichen Schwächen Rechnung trägt, trägt man auch der Schwäche des Weines Rechnung und gestattet die Zuckermenge für sauren Wein. Aber der Grundgedanke des Gesetzes würde verschwinden, wenn man die Zweckbestimmung bei der Erlaubnis der Zuckermenge im § 3 streichen würde, wie es der erste Antrag Paasche will. Ich bitte daher, diesen Antrag abzulehnen. Weiter beantragt Herr Paasche, die Zuckermenge bis zu einem Viertel statt bis zu einem Fünftel zu gestalten. Je weiter man hierbei geht, desto mehr entfernt man sich vom Wein. Deshalb habe ich mich geäußert, daß mein Parteigenosse Hormann nicht nur selbst dieser Bestimmung zustimmt, sondern auch hoffte, daß seine Parteigenossen ihm zustimmen werden. Ich kann diesem Antrag Paasche nicht zustimmen, und ebensoviele dem Antrag Hormann, der die Frist zur Zuckermenge bis zum 31. Januar hinausschieben will.

Abg. Gräfe (Antik.) tritt gegen alle Abänderungsanträge für die Vorschläge der Kommission ein und bezeichnet es als unerhört, daß die Regierung das Gesetz scheitern lassen will, wenn man verlangt, daß ein fremder Wein nicht als deutscher bezeichnet werde.

Abg. Regierungsrat Febr. v. Stein: Der § 3b ist überflüssig, da die notwendigen Bestimmungen, welche die Reclität des Handels garantieren sollen, schon in § 3a enthalten sind.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Präsident Graf Stolberg schlägt vor, morgen sitzungsfrei zu lassen, da die Budgetkommission den Tag für ihre Arbeiten zu haben wünscht.

Abg. Dahlem (Z.) widerspricht diesem Vorschlage.

Abg. Ledebour (Soz.): Auch ich bitte, morgen die Sitzung nicht ausfallen zu lassen. In der Budgetkommission wird überflüssig viel geredet. (Große Heiterkeit.) Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß alle möglichen Dinge dort vorgebracht werden, die uns Plenum gehören. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die Budgetkommission kann auf andere Weise dafür sorgen, daß sie fertig wird als dadurch, daß sie alle Abgeordneten, auch die, die keiner Kommission angehören, einen Tag zu feiern zwingt.

Die Abgg. Erzberger (Z.), Bassermann (natl.), Febr. v. Gerling (Z.) schließen sich dem Vorschlag des Präsidenten an.

Es wird mit großer Mehrheit beschlossen, daß morgen sitzungsfrei sein soll.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 2 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Weingesetzes, Gesetz zur Beseitigung der Doppelbesteuerung.

Schluss 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung, Dienstag, den 9. März, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Febr. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Novelle zum Gesetz, betreffend die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Schröder-Kassel (natl.)) hat die Unterscheidung zwischen verheirateten und unverheirateten Beamten fallen lassen, ferner beschlossen, daß die Orte, die nach den bisherigen Kommissionsbeschlüssen deklariert bleiben, in die Ortsklasse einzureihen sind, die ihrer bisherigen Stellung in der Servisklasseneinteilung entspricht, und endlich festgelegt, daß die nächste Revision des Ortsklassenverzeichnis

Jeder Adelsge wurde blau, Brätkle rasend wie die Heimatfau.

Rämlich — sagte Wagner — opfertwillig Ist die wahre Liebe. Man soll billig Nicht bloß jene Leute zahlen lassen, Welche, wie man sagt, die Heimat hassen. Nein, man soll in adeligen Kreisen Der Gefühle Wahrheit auch beweisen.

Halt Dein Maul, Des Adels Liebe rostet, Wenn's nichts trägt, im Gegenteil was kostet. Alter Wagner, ich bin kein Professor, Aber dieses weiß ich wirklich besser.

(Peter Schlemm im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— Neue Dramen. Mara Siebigs neues Drama „Das letzte Glück“ wird demnächst im Frankfurter Stadttheater aufgeführt; Heijermans „Seltsame Jagd“ wird in München die erste deutsche Aufführung erleben.

— Zwei Violinkonzerte Haydns neu aufgefunden! Im vorigen Jahre wurde die musikalische Welt durch die Mitteilung überrascht, daß ein noch nicht veröffentlichtes Violinkonzert von Mozart wieder aufgefunden sei. Jetzt teilt der Verlag von Breitkopf u. Härtel in Leipzig mit, daß er in seinen Manuskripten zwei Violinkonzerte aufgefunden habe, die seit 140 Jahren dort unbekannterweise gelagert hätten. Joh. Gott. Jan. Breitkopf, der Sohn des Begründers der Firma, hatte Ende der fünfziger Jahre des 18. Jahrhunderts eine Kontraktstelle für Verlagsdruckschriften aufgegeben und sich in dem Jahre dieses Lagerd fanden sich die Stimmen zu beiden Konzerten, die beide bisher als verlohren galten. Die Konzerte stammen aus den Jahren 1766 bis 1768. Die langsame Sätze der Konzerte sollen zu den besten Adagios gehören, die Haydn geschrieben hat.

— Eine „deutsche Gesellschaft für Soziologie“ (Gesellschaftswissenschaft) wurde am Sonntag in Berlin gegründet. Dem Vorstand gehören u. a. die Professoren Hertner, Simmel, Tönnies an. Im Ausschuß befinden sich auch die Genossen Eduard Vernstein und David.

— Leo Tolstoi soll nach einer an deutsche Zeitungen gelangten Mitteilung an einem Werk arbeiten, deren Stoff der letzten russischen Revolution entnommen ist. Die Aufstände in Pskow, Sebastopol, Kronstadt und Sweborg, die Revolutionen in Sibirien und Laisand, der Januartaug in Petersburg und die großen Streiks sollen darin zur Darstellung gelangen.

— Altgermanisches Rähzeug wurde fast völlig erhalten in einem germanischen Grabe aus der Zeit vor Christi von Hel Westorf, der Direktorin des Museums Schiedwiger Kreitzlmer in Kiel, gefunden. Es war, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, einer Frau mitgegeben und ruhte in einem Steinfaß. Es fanden sich da eine Schere, die nach unseren heutigen Begriffen recht grob und plump gearbeitet ist, ferner ein aus Horn gefertigtes Messerchen mit einer Schneide aus Eisen, ein Pfriem und mehrere Dornen, die die Nadel erlegten. Auch ein „Gendelstein“ lag bei, ein Stein, der zum Malen der Röhre bestimmt war. Die Flächen des aufgefundenen Steinens sind noch spiegelglatt.

folgen solle mit Wirkung vom 1. April 1911. Das Staatsministerium wird ermächtigt, in der Zwischenzeit bei bevorstehendem Bedürfnis in besonderen Ausnahmefällen die Einreichung einzelner Orte oder Ortsteile in eine andere Ortsklasse anzugehen.

Abg. Frhr. v. Maltzahn (L.): Das Kompromiß befriedigt uns zwar durchaus nicht, aber es ist als Provisorium annehmbar. Dadurch, daß nur ein Provisorium geschaffen wird, ist die Möglichkeit gegeben, später die Beschlüsse im Reich mit denen in Preußen in Übereinstimmung zu bringen. Die Befreiung der Differenzierung von verheirateten und unverheirateten Beamten begraben wir.

Abg. Schmedding (Z.): Die übergroße Mehrheit meiner Freunde wird für das Kompromiß stimmen, da es immerhin eine Reihe von Verbesserungen gegenüber den früheren Kommissionsbeschlüssen enthält. Ein Teil meiner Freunde hält die Herabsetzung des Wohnungsgeldzuschusses um nur 33 1/2 Proz. statt um 50 Proz. für zu gering und wird daher gegen die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Abg. Hausmann (Nl.) begrüßt es, daß die Kommission einen gangbaren Weg für die Zwischenzeit bis zur endgültigen Regelung der Frage des Wohnungsgeldzuschusses gefunden habe.

Abg. Brühl (Nl.): Auch meine Freunde stimmen den Kommissionsbeschlüssen zu, wenn auch teilweise mit sehr schwerem Herzen. Ganz unverständlich für den gesunden Menschenverstand ist die Differenzierung der Berliner Vororte. Von der Verringerung der Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses von 50 Proz. auf 33 1/2 Proz. werden besonders die Beamten betroffen, die bei der Beförderung nicht bedacht worden sind. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Voßling (Fr. Vp.): Wir begrüßen es mit Freunden, daß sich alle Parteien auf den Antrag der Kommission vereinigt haben und daß die Frage des Wohnungsgeldzuschusses nicht zum Spielball der Parteien gemacht wird. Die Unterbeamten sind durch das Kompromiß in jeder Weise benachteiligt, während nach der Regierungsvorlage ein Teil der Unterbeamten überhaupt keine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses bekam. Die Differenzierung der Junggeheilen wird hoffentlich für immer begraben sein.

Abg. Peltzahn (Fr. Vg.) begrüßt das Zustandekommen eines einheitlichen Beschlusses der Kommission ebenfalls mit Genugtuung.

Abg. Ströbel (Soz.):

Ich habe in der Kommission gegen den Kompromißantrag gestimmt, um dadurch der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß er den berechtigten Wünschen namentlich der unteren und mittleren Beamten nicht genügend Rechnung trägt. Wir werden heute dafür stimmen, aber nicht ohne daß ich vorher dem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck gegeben habe, daß diese Wünsche der unteren und mittleren Beamten so wenig berücksichtigt worden sind. Es war ein Fehler, daß das Wohnungsgeldzuschußgesetz nicht in Verbindung mit der Beamtenbeförderung beraten wurde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wurde bei der Beratung der Beamtenbeförderung immer auf die zu erwartende Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, namentlich für die unteren Beamten, hingewiesen. Ich habe schon damals der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß man den Ausgleich zwischen den unteren und mittleren Beamten dadurch herbeiführen werde, daß man die mittleren Beamten statt um 50 nur um 33 1/2 Proz. und die unteren Beamten nicht über 33 1/2 Proz. erhöhen werde. Diese Befürchtung ist leider eingetroffen. Der Zuschuß beträgt nun 50 M. im Durchschnitt weniger als nach der Regierungsvorlage. Das wurde nötig durch die Reklassifizierung der früher defizitären Orte. Gerade bei den Unterbeamten wäre eine stärkere Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses absolut notwendig gewesen. Er beträgt jetzt nach der Erhöhung um 33 1/2 Proz. 150—180 M., im Durchschnitt 160 M. Das ist viel zu wenig. Wenn man auch darauf hingewiesen hat, daß die unteren Beamten bei der Beförderung um 20 Proz. aufgebessert sind, die mittleren nur um 15 Proz., die höheren Beamten um 7 1/2 Proz., so hätte man statt dieser schönen Prozentzahlen lieber die konkreten Zahlen anführen sollen. Dann hätte sich ergeben, daß eine Aufbesserung um 7 1/2 Proz. bei den höheren Beamten in der Tat mehr als das Doppelte des Beitragtes ausmacht, den eine Prozententgehung bei den Unterbeamten bedeutet. Im Durchschnitt wird der Zuschuß für die Unterbeamten um 77 M. erhöht, bei den mittleren Beamten aber um 183 M. usw. und in Klasse I um 328 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbst wenn man die Prozententgehung vom Jahre 1906 hinzurechnet, so ergibt sich, daß bei den unteren Beamten der Zuschuß nur um 150 M. gegenüber 328 M. in Klasse I aufgebessert ist. Wenn man also davon spricht, daß seit 1906 der Wohnungsgeldzuschuß der Unterbeamten um 100 Proz. aufgebessert ist, so beweist das nur, wie gänzlich unzulänglich der Wohnungsgeldzuschuß vor dem Jahre 1906 war. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts dieser Tatsachen waren die Angriffe des Herrn v. Pappenheim bei der dritten Lesung der Beförderungsvorlage gänzlich unberechtigt, der mit Unwissenheit oder Willkür vorwarf, weil ich nicht von der 100prozentigen Erhöhung für die Unterbeamten gesprochen hätte. Diese Art der persönlichen Angriffe scheint ja zu den Gepflogenheiten des Herrn v. Pappenheim zu gehören, denn auch meinem Freunde Leinert gegenüber hat er dieselben Ausdrücke gebraucht. Es hat sich also gezeigt, daß Herr v. Pappenheim der Erziehung angehört, die die Gerechtigkeit ist. Dadurch ist ja auch die Leg Pappenheim nötig geworden, durch welche alle Witzchenrufe wie „Wengel“, „Freiheit“ usw., die den schönen Kammerherrn beweisen, in Zukunft aus dem amtlichen Stenogramm herausbleiben sollen. Wir werden uns mit Geduld und Nachdruck dem Erziehungswert widmen. (Zuruf rechts: Herr Hoffmann! — Abg. Hoffmann (Soz.): Gehn Sie mit gutem Beispiel voran! Heiterkeit.) Wir brauchen wohl manchmal kräftige Ausdrücke zur Kennzeichnung des Standpunktes einer Gruppe, aber persönliche Ungezogenheiten ohne Provokation begehren wir nicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Spannung zwischen den einzelnen Klassen des Wohnungsgeldzuschusses ist noch viel zu hoch. Es ist durchaus unfolgsam, wenn man den obersten Beamten zwar eine anständige Wohnung gibt, aber den unteren Beamten höchstens ermöglicht, eine Zweigimnervohnung zu mieten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Mittel für eine Erhöhung des Zuschusses an untere und mittlere Beamte durch Sparmaßnahmen an geeigneteren Stellen sehr wohl aufzubringen wären, haben wir Ihnen wiederholt nachgewiesen. Ich erinnere an die Gehälter der Geistlichen, an die 300 000 M. für den Geheimfonds der Polizei usw. Nun, die Sache ist ja noch nicht endgültig gelöst. Ich hoffe, daß man sich im Jahre 1911 nicht nur mit einer Neuordnung der Ortsklassen begnügen, sondern das ganze System des Wohnungsgeldzuschusses in einer Weise umgestalten wird, daß die Forderungen der unteren und mittleren Beamten befriedigt werden als durch dieses Kompromiß. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen.

In der Abstimmung werden die Kompromißanträge angenommen. Ebenso wird das Mantelgesetz in der Fassung der Kommission angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Herabsetzung der Beamten zur Gemeindefinanzsteuer.

Die Kommission hat im § 1 das Kommunalsteuerprivileg der Geistlichen, Elementarlehrer und der bisher bevorzugten unteren Kirchendiener, soweit sie nach dem 31. März 1900 in das Amtverhältnis eintreten, beseitigt.

Abg. v. d. Grevchen (L.) befürwortet einen Antrag der Konservativen, den Geistlichen das bisherige Kommunalsteuerprivileg zu belassen.

Abg. Dr. Feißig (Z.) tritt für einen Antrag des Zentrums auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein.

Ministerialdirektor v. Champy tritt für das Steuerprivileg der Geistlichen ein.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopf bittet gleichfalls dringend, die Regierungsvorlage auch hinsichtlich der Lehrer wiederherzustellen.

Abg. Gies (Nl.) erklärt, daß seine Freunde trotz wichtiger Bedenken für die Aufhebung des Steuerprivilegs der Lehrer und Geistlichen stimmen würden, da aus den Kreisen dieser Beamten vielfach Wünsche auf Gleichstellung mit den übrigen Beamten laut geworden wären.

Abg. Rietzen (Fr.) tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein. Abg. Waldstein (Fr. Vg.): Uns befriedigen die Kommissionsbeschlüsse sehr wenig. Wir halten eine Gleichstellung aller Beamten, auch der Lehrer in bezug auf ihre Rechte und Pflichten für geboten.

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen. Abg. Gies (Soz.) stellt zur Geschäftsordnung fest, daß ihm durch den Schlußantrag die Möglichkeit genommen sei, die Stellung seiner Freunde zu den Kommissionsbeschlüssen darzulegen.

In der Abstimmung wird der Antrag Feißig auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen abgelehnt, der konservativere Antrag, das Steuerprivileg der Geistlichen aufrecht zu erhalten, wird mit den Stimmen der Konservativen, des Zentrums und der Polen angenommen.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr. (Außerdem Beratung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Erweiterung des Stadtkreisbesitzes und erste Beratung des Stempelsteuergesetzes.)

Schluß 5 Uhr.

## Die Parteipresse zum Entwurf des Organisationsstatuts.

I.

„Dresdener Volkszeitung“:

„Eine durchgreifende Aenderung trifft der § 7: Teilnahme am Parteitag betreffend... Wenn auch die Höchstzahl von sechs Delegierten für Kreise über 18 000 Mitglieder nicht als übertrieben angesehen werden kann, so ist vielleicht doch zu empfehlen, um ein allzu großes Anwachsen des Parteitages, worunter zweifellos die Verhandlungsmöglichkeiten leiden, zu verhindern, eine geringere Zahl als Höchstzahl anzunehmen. Mit dem Prinzip der verhältnismäßigen Vertretung sind wir aber durch-aus einverstanden... Und sowie die Partei zu einer festen, zusammengefaßten Organisation wurde, war sie die notwendige Folge.“

Der Vorschlag, daß unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein soll, ist sehr unbestimmt gehalten und dürfte wohl eine präzisere Fassung am Platze sein, wenn man ihn nicht gänzlich fallen lassen will. Schon unter dem bisherigen Zustand war immer eine ganz stattliche Frauendelegation auf dem Parteitag zu finden. Und es ist wohl anzunehmen, daß die Genossinnen in den meisten Fällen, in denen 3 oder mehr Delegierte zu wählen sind, eine Frau mitbringen, wenn eine nennenswerte Mitgliedschaft von Genossinnen vorhanden ist.“

An der Zulassung der Reichstagsabgeordneten als vollberechtigte Teilnehmer am Parteitag ist nichts geändert worden, obgleich schon seit jeher einzelne Stimmen laut wurden, die einer Aenderung dahin, daß sie dieses Recht verlieren oder wenigstens nur eine Vertretung zugelassen werden soll, das Wort redeten. Wir sehen nicht auf diesem Standpunkt, meinen vielmehr, daß die Reichstagsabgeordneten doch in hohem Maße die Vertrauensleute der Partei sind. Es dürfte wohl auch nicht stimmen, wie ein Parteiblatt schrieb, daß der Zufall einen Genossen zum Reichstagsabgeordneten mache. Ein Genosse muß doch in der Regel — Ausnahmen bestätigen sie nur — eine intensive und langjährige Parteitätigkeit hinter sich haben, ehe er zu diesem Ehrenposten berufen wird. Ein vollständiger Ausschluss vom Parteitag würde naturnotwendigerweise die Konsequenz nach sich ziehen, daß auch von den einzelnen Landesparteitagen usw., auf denen jetzt nicht nur die Reichstagsabgeordneten des in Frage kommenden Bezirkes, sondern auch die eventuellen Landtagsabgeordneten zugelassen sind, ausgeschlossen werden müßten. Die Folge würde in den meisten Fällen ihre Delegation durch den von ihnen im Reichstage vertretenen Kreis sein und diese Mandate würden dann den übrigen Genossen entzogen. Eine Vertretung der Fraktion hätte aber ziemlich Schwierigkeiten, da doch nun einmal verschiedene Ansichten über gewisse Fragen vorhanden sind. Am besten bleibt es also bei dem bisherigen Modus.“

Die Ausschlussgründe sind durch die Bestimmung erweitert, daß zur Partei nicht gehören kann, wer wiederholt in bestimmter Weise die Parteinteressen schädigt. Ein etwas auslegungsfähiger Parteipublizist, der hier und da leicht zu unbedachtigen Folgen führen könnte. Unserer Meinung nach wäre es richtiger und bestimmter, zu sagen: „Wer sich beharrlich den Beschlüssen des Parteitages und der Parteioorganisationen nicht fügt.“

„Leipziger Volkszeitung“:

Die wichtigste Aenderung ist in den Bestimmungen über die Zusammensetzung des Parteitages enthalten; hier wird eine Art Proportionalvertretung eingeführt... Aus der Fassung dieser Bestimmung scheint hervorzugehen, daß die volle Zahl der Delegierten zu wählen und ein Bezirkt unzulässig ist... Die neue Bestimmung entspricht ohne Frage der Gerechtigkeit. Die großen Wahlkreise, die die Hauptträger der Parteibewegung bilden, die die größten Geldsummen aufbringen und die Hauptlast der Agitation zu tragen haben, sie kommen hiermit endlich zu einer ihrer Stärke entsprechenden Vertretung auf dem Parteitage, ohne daß die kleineren Wahlkreise des ihnen zustehenden Einflusses beraubt werden. So erfreulich diese Neuerung anmutet, so bedauerlich ist, daß die zweite Bestimmung über die Zusammensetzung des Parteitages beibehalten ist; wonach die gesamte Reichstagsfraktion nach wie vor zur Teilnahme an den Parteitagen ohne weiteres berechtigt ist. Diese Bestimmung ist ein alter Hops aus einer Zeit, wo sie noch Sinn und Verstand hatte, aus der Zeit des Ausnahmezustandes und vorher, wo die Bedeutung der Fraktion bei der losen Form und der relativen Schwäche der Organisation natürlich viel größer für die Partei war als jetzt. Heute liegt auch nicht der mindeste Anlaß mehr vor, der Reichstagsfraktion eine Extramur zu braten. Bei ihrer numerischen Stärke, die bei den kommenden Wahlen hoffentlich noch ganz gewaltig steigen wird, wäre ihr durch eine volle Vertretung auf den Parteitagen ein nicht zu rechtfertigender Einfluß eingeräumt. Wir halten überhaupt dafür, daß die parlamentarische Vertretung der Partei nichts mit ihrer Organisation zu tun hat, daß sie keine durch das Statut anerkannte Sonderstellung einnimmt. An anderer Stelle des Entwurfs ist ein veraltetes Vorrecht der Fraktion glücklich beseitigt worden. Bisher mußte bekanntlich ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden, wenn die Mehrheit der Reichstagsfraktion es verlangte. Dieses Vorrecht will der Entwurf beseitigen. Warum aber auf halbem Wege stehen bleiben? Man beseitigt auch das letzte Vorrecht der Fraktion und erlennt damit auch formell an, was wir tatsächlich alle Tage anerkennen, daß der zufällige Besiz eines Reichstagsmandats seinem glücklichen Inhaber noch keine vermehrten Rechte in einer demokratischen Bewegung einräumt.“

Was die Gliederung der Partei angeht, so scheint uns die Bestimmung in § 4 zu weit zu gehen. Nach ihr müssen Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, diesen eine Vertretung im Vorstand gewähren. Die Unabhängigkeit der Genossinnen von dem häufig nur paternalistischen „Wohlvollen“ der Genossen, die hier durchgesetzt werden soll, ist sicherlich zu begrüßen, aber in ihrer vollen Bedeutung bedingungslos (soweit nicht jene Bestimmung nicht recht passend, auch nicht immer durchführbar. Ein wenn auch noch so niedrig angelegter Prozentsatz der organisierten Frauen im Vergleich zu dem der Männer scheint uns hier vorzuziehen zu sein. Daß wir die Erweiterung des Parteivorstandes durch ein weibliches Mitglied freudig begrüßen und als notwendig anerkennen, verzieht sich von selbst.“

Eine präzisere Fassung oder zum mindesten einer authentischen Interpretation bedarf nach den Erfahrungen des Nürnberger Parteitages fraglos der § 3 des Entwurfs, der den Landesorganisationen die „selbständige Führung der Parteigeschäfte“ zuweist, sowie § 7, der den Parteitag als die „oberste Vertretung der Partei“ anerkennt. Durch die Erklärung der 66 ist bekanntlich die organisatorische Einheit der Partei — bisher nur auf dem Papier — zerfallen. Wenn man es nicht zu einem wirklichen Bruch kommen lassen will, ist der Parteitag genötigt, hier anzupacken, was ist. Da einmal in Nürnberg die Frage aufgeworfen ist, so muß in Leipzig die Antwort folgen. Eine aus Laßigkeit oder Absicht unvertopft gelassene Laide konnte sich später schwer rächen.“

Ebenso bedarf nach den Erfahrungen, die wir mit den bayerischen Genossen gemacht haben, die Bestimmung des § 5 des Entwurfs einer Ergänzung, wonach mindestens 20 Proz. der erhobenen Mitgliederbeiträge an die Zentralkasse abzuliefern sind. Die bayerische Landesorganisation hat bekanntlich in ihrem Statut eine, wie Genosse Gerlich in Nürnberg sagte, abschließliche Bestimmung, wonach der Parteitag zur Hälfte abgelegt wird in einem eigentlichen Parteibeitrag und einen lokalen Zuschlag. Die 20 Proz., die nach Berlin abzuliefern sind, beziehen sich nun bloß auf den eigentlichen Parteibeitrag, wodurch die Leistungen an die Gesamtpartei, wie ebenfalls Genosse Gerlich schon in Mannheim ausführte, „zwar in legalisierter Form, aber in schroffem Gegensatz zu dem Sinn und Geist des Organisationsstatuts und entgegen allen Parteitraditionen auf das äußerste Minimum herabgedrückt“ werden. Wie stark durch dieses illoyale Vorgehen die Parteikasse geschädigt wird, geht daraus hervor, daß beispielsweise 1906 ganz Bayern nur die Hälfte von dem abgibt, was München und Nürnberg allein hatten abliefern müssen. Bei der Berichterstaltung über den Nürnberger Parteitag erklärte nun der Referent Schmitt in München föhrl, daß die bayerischen Genossen gar nicht daran dächten, von ihren „nach reichlicher Ueberlegung aufgestellten Grundätzen“ abzuweichen. Auch hier wird der Leipziger Parteitag zu entscheiden haben, ob sich die Gesamtpartei mit dieser Art „selbständiger Führung der Parteigeschäfte“ durch die Landesorganisationen einverstanden erklären will.“

„Volksstimme“ (Chemnitz):

Der Beitrag wird auf mindestens 30 Pfennig für männliche, 20 Pfennig für weibliche Mitglieder festgesetzt. Diese Schadloshaltung ist sehr erfreulich, um endlich in höchstem Maße ungenügenden Zustand beseitigen zu helfen, daß unsere ärmsten Erzgebirgskreise nach dem Beschluß der Landesorganisationen einen Beitrag von 10 Pf. wöchentlich zu zahlen verpflichtet sind, während Berlin und andere leistungsfähige Großstädte sich mit wesentlich geringeren Beiträgen der Partei gegenüber abfinden. Das Ausschlußverfahren ist wesentlich vereinfacht worden, indem an Stelle der Gesamtpartei in erster Instanz die Landesorganisation gesetzt ist. Rein realistisch ist zu bemerken, daß es an einer Bestimmung über diejenigen fehlt, die nach Beginn eines Ausschlussverfahrens aus der Partei austreten, um später ohne Schwierigkeiten vielleicht an anderen Orten wieder Mitglied zu werden. Viel Wert haben juristische Fragen über die Mitgliedschaft im Parteistatut nicht. Für die Delegiertenwahl zum Parteitag wird ein Proportionalwahlverfahren vorgeschlagen, das die Macht der mittelstarken Großstadtkreise, die sie bisher kraft ihrer größeren Geldmittel besaßen, naturgemäß festlegt. Ob die Grenzen richtig abgesteckt sind, bedarf der Prüfung. Die zurückgebliebenen Bezirke sollten ihre agitatorischen Interessen auf dem Parteitag in weitestem Maße vertreten können. Wünschenswert bleibt für die Beschäftigung des Parteitages eine Bestimmung, daß im Unermöglichen die Kreise die Landesorganisation die Delegationskosten trägt. Unbedingt zu fordern ist im Anschluß an den Proporz zum Parteitag die Anordnung, daß auch die Delegierten durch Umrwahl und bei mehr als einem nach dem Proportionalwahl-system bestimmt werden. Den organisierten Frauen ist mit vollem Recht weit entgegengekommen worden. Ihre Rechte sind groß, aber ihre agitatorischen Aufgaben entsprechen ihnen.“

Einem alten Wunsch läßt das Statut unerfüllt: Der „Parteisitz“ bleibt Zentralorgan, wird nicht den Berliner Genossen als ihr Blatt ausgehängt. Es ist ganz unverständlich, was in einer Zeit, in der fast alle Parteiblätter Eigentum der Parteigenossen geworden sind, ein Zentralorgan soll. Alle Parteiblätter können verpflichtet werden, Veröffentlichungen des Parteivorstandes an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen, und alle unterstehen der Aufsicht des Parteivorstandes, der darüber wacht, daß ihre prinzipielle und tatsächliche Haltung der Partei nicht schädigt. Was soll da noch die Sonderstellung des „Vocantis“, die seiner Bedeutung nicht entspricht und schon längere Kämpfe in der Partei verursacht hat, die sich vielleicht in Zukunft wiederholen könnten?“

„Sächsisches Volksblatt“ (Zwickau):

Genen die Höhe der Beiträge wird kaum etwas einzuwenden sein. Vielleicht wird mancher Genosse die Höhe der Beitragsleistung der weiblichen Mitglieder beanstanden, weil nun einmal die weiblichen Mitglieder sich zuweilen aus Ehefrauen rekrutieren. Allein es ist dabei nicht aufgezogen zu lassen, daß die „Gleichheit“ an die weiblichen Mitglieder dafür unentgeltlich geliefert werden soll.“

Einem schon längst ausgesprochenen Bedürfnis kommt der § 7 entgegen, der vom Parteitag handelt. Er räumt damit auf, daß Wahlkreise, die in finanzieller und anderer Beziehung sozusagen das Rückgrat der Partei bilden, durch Wahlkreise majorisiert werden können, in denen die Parteioorganisation noch auf sehr schwachen Füßen ruht... Die Aenderung ist nur zu begrüßen. Auch die vorgeschlagene Staffierung erscheint uns angemessen...“

Nicht befreundeten können wir uns dagegen damit, daß nach wie vor sämtliche Mitglieder der Reichstagsfraktion allein schon auf Grund dieser Eigenschaft berechtigt sein sollen, an den Parteitagen teilzunehmen... Zwar hat Kollmar bereits auf dem Parteitage in Jena sich lebhaft dagegen gewandt, dieses Recht der Reichstagsfraktion irgendwie zu beschränken, damit sich die Abgeordneten gegen etwaige Angriffe aus der Mitte des Parteitages verteidigen könnten; allein diese Begründung wirkte schon damals auf uns nicht gerade überzeugend. Eine Delegation aus der Mitte der Fraktion würde denselben Zweck erfüllen, ganz abgesehen auch davon, daß es doch jedem Reichstagsabgeordneten unbenommen ist, falls er etwa Angriffe auf seine Person zu gewärtigen hat, sich in irgend einem Bezirke um ein Parteitagmandat zu bewerben. Der Zustand, wie er jetzt besteht, legt der Partei große Opfer auf, die eine weit bessere Verwendung zu anderen Zwecken finden könnten...“

## Parlamentarisches.

In der Finanzkommission des Reichstags wurde am Dienstag die Generaldiskussion über die

Tabaksteuer

fortgesetzt. Nachdem Ministerialdirektor Rahn das Vnderolesteuersystem gegen alle Angriffe in der vorigen Sitzung verteidigt hat, wird dieses von Schmidt-Altenburg gründlich gerügt und als völlig unannehmbar bezeichnet. In gleicher Weise wird es von Hermann bekämpft.

Darauf ergreift der neueste Tabakfachverständige der Regierung, Dr. Bihner, das Wort. In längerer, fließender Rede entrollt der Herr von den segensreichen Wirkungen der Vnderolesteuer — wie Sittart später richtig bemerkte — „ein so wunderbares Gemälde“, daß es schier als ein gegen das allgemeine Wohl des gesamten deutschen Volkes gerichteter Verbrechen erscheinen muß. Gegner dieses Systems zu sein. Alle Bedenken, wie Mängel des Konsums, Lohnrückgang, Arbeitslosigkeit, Gefährdung in Verwundung der Kleinfabrikation, beseitigte er spielend unter Hinweis auf die Erfahrungen, die man angeblich in Amerika mit der Einführung des Systems gemacht hat. Die von Rollenbuhr in der vorigen Sitzung und von Schmidt heute bestrittenen Erfahrungen, die man 1878/79 mit der Einführung der Tabaksteuer in Deutschland

gemacht hat, existieren für Herrn Ligner nicht. Im Gegenteil: die Folgen jener Steuererhöhung sind nach ihm nur segensreiche, die Tabakindustrie fördernde gewesen! Das von ihm entworfene „wunderbare Gemälde“ führte dazu, daß das Zentrum, wie Sittart erklärte, alle die von Müller-Jalda in der vorigen Sitzung gegen die Vorlage geltend gemachten Bedenken nun, dreimal unterstrichen, aufrecht erhält! Da Schmidt-Altenburg der Regierung ein Mehr von 80 Millionen aus dem Tabak angeboten hat, kommt das Zentrum auf seinen früheren Vorschlag zurück, dann lieber die Zundersteuer in der bisherigen Höhe beizubehalten, die Tabaksteuer aber ganz in der Verrentung verschwinden zu lassen.

Gegen die Vandalensteuer erklärte sich auch der National-Liberale Dr. Gouge, und nur Kreth bekannte sich als Freund dieses Systems, ist aber auch bereit, für eine andere Form zu stimmen, wenn nur die von der Regierung geforderte Summe herausbringt.

Der Reichshaussekretär nimmt seinen Sachverständigen Ligner gegen Sittart in Schutz und erklärt abermals sehr energisch, daß die dem Tabak zugeordnete Summe herausgeholt werden müsse! Dadurch, daß man etwa jetzt die Vorlage ablehne, werde der Tabakindustrie keine Ruhe geschaffen. Eine Vorlage werde immer der anderen folgen, bis der Tabak mehr bringe als bisher! Die von Schmidt angebotenen 80 Millionen seien nicht genügend. Der Tabak könne und müsse mehr ergeben.

Genosse Kadon antwortet darauf, daß das energische Auftreten des Staatssekretärs den Besitzenden gegenüber angebracht gewesen wäre als den armen Zigarrenarbeitern gegenüber. Merkwürdig sei ferner, daß man sich mit der Forderung indirekter Steuern so auf das Ausland berufe, was bei den direkten weniger stark betont worden sei! Die Drohung, daß die Tabakindustrie keine Ruhe bekommen werde, sei schon von mehreren Ministern ausgesprochen, die jetzt längst a. D. seien. Aus eigener praktischer Erfahrung mit den triftigsten Gründen die Vorlage bekämpfend als verderblich für die mittleren und kleinen Betriebe, ganz besonders aber für Tausende von Arbeitern, die dadurch direkt dem Hunger überliefert werden, schließt er mit der Aufforderung, sofort Klarheit zu schaffen und die beantragte Subkommission sowohl wie die gesamte Vorlage glattweg abzulehnen.

Der Schatzsekretär Sydow bestreitet die Möglichkeit der Behauptung Kadons, daß das Deutsche Reich seit den letzten 20 Jahren seine Aufgabe darin gesehen habe, alle Lasten den armen Leuten aufzubürden, was schon durch die Sozialpolitik, die dem Reich doch auch Geld koste und nur den Arbeitern zugute komme, zur Genüge widerlegt werde. Auch im Vandalensteuerrecht komme die Gerechtigkeit nicht zu kurz, denn der reiche Mann solle für seine teure Zigarre eine höhere Steuer bezahlen als der arme für seine billige.

Darauf folgte Vertagung. Die Debatte soll am Mittwoch fortgesetzt und nach der wahrscheinlichen Ablehnung der Vorlage soll dann mit der Beratung der Biersteuer begonnen werden.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle verhandelte am Dienstag über die

**Einführung von Handelsinspektoren**

im Handelsgewerbe. Sowohl von unseren Parteigenossen wie auch von dem Abg. Schad (wirtsch. Gg.) wird die Einführung der Handelsinspektoren verlangt. Unsere Genossen beantragen ferner, daß auch das Transportgewerbe unter die Aufsicht der Gewerbeinspektoren gestellt wird. Von den Regierungsvertretern wird erklärt, daß die Anträge unannehmbar sind. Näher begründet wird der ablehnende Standpunkt der Regierung nicht.

Genosse Hoch weist darauf hin, wie unhaltbar der Zustand ist, daß Schutzbestimmungen, die im Handelsgesetzbuch und der Gewerbeordnung enthalten sind, keine Uebersetzung zur Seite sieht. Trotz der verschiedenen Organisation der Handlungsgehilfen sind alle einzig in der Forderung, nicht der Polizei, sondern besonderen Inspektoren die Uebersetzung der Schutzvorschriften zu übertragen. Vorläufig haben sich die Handlungsgehilfen damit geteilt, Kommissionen zu bilden, die Denunziationen gegen die Prinzipale einreichen müssen, um die Beachtung der Gesetze zu erzwingen. Da der Vertreter der sächsischen Regierung diese Selbsthilfe für empfehlenswert hält, so wendet Hoch ein, daß diese Einrichtungen nicht angemessen sind und die Harmonie, die die Herren zwischen Unternehmern und Angestellten herbeiführen wollen, darüber sehr in die Brüche geht. Besser wird die Kontrolle natürlich sein, wenn sie den Handelsinspektoren übertragen wird.

Ein Antrag Hise (Z.) will die Gewerbeinspektion auf das Handelsgewerbe zunächst nur fakultativ ausdehnen; es sollen zu dieser Inspektion zunächst Beamte herangezogen werden, die mit dem Handelsgewerbe vertraut sind. Gegen die Anträge erklärt sich Abg. Wahn (natl.): Man könne nur an die Leiter der Verbände die Aufforderung richten, ergiebiger auf ihre Mitglieder zu wirken, daß nicht so unverständliche Forderungen von den jungen Leuten gestellt würden. — Abg. Schad (wirtsch. Gg.) schildert sehr eingehend die Ergebnisse einer Umfrage über die Nichterhaltung der Schutzvorschriften im Handelsgewerbe und gibt Erläuterungen der Polizeibehörde bekannt, die dahin lauten, daß von jener Seite die Uebersetzung nicht wirksam durchgeführt werden kann. — Abg. Hennig (L.) lehnt den Antrag Schad und den Antrag unserer Parteigenossen ab, er wird vorläufig für den Antrag Hise stimmen, der mehr eine Anregung gibt. Die gleiche Erklärung gibt Abg. Merkel (natl.) ab.

Genosse Stadthagen erinnert die Konservativen daran, daß die Bestellung von Gewerbeinspektoren als von der Polizei losgelösten Beamten im Jahre 1889 von unseren Genossen, dann aber auch von den Konservativen verlangt wurde und zwar mit einer Begründung, die heute auch für das Handelsgewerbe zutrifft. Zum Beweis zitiert Redner eine Rede des Konservativen Wagner-Kustettin vom Jahre 1889, in der dargetan wird, daß die Polizei nicht die Behörde ist, die eine sachgemäße Kontrolle des Arbeiterschutzes durchführen kann. Der Reichstag hat auch in letzter Zeit wiederholt mit großer Majorität die Forderung nach Handelsinspektoren unterstützt; oder sollte Graf Polodowsky recht haben, daß solchen Anträgen nicht immer die Absicht einer praktischen Durchführung imnewohnt?

Bei der Abstimmung wird der Antrag Schad von dem Zentrum, den Nationalliberalen und Konservativen abgelehnt, desgleichen der Antrag unserer Parteigenossen, für den nur unsere Genossen stimmen. Der Antrag Hise wird einstimmig angenommen.

Zur Beratung gelangen auf

**Auszeit**

abzielende Anträge. Ein Antrag Schad (zu § 139c) fordert für die Angestellten offener Verkaufsstellen eine 12 stündige Auszeit und für weibliche Angestellte eine 14 stündige Auszeit. Für männliche Gehilfen und Lehrlinge unter 18 Jahren soll eine Auszeit von 13 Stunden festgesetzt werden. Unsere Genossen beantragen eine 14 stündige Auszeit allgemein und auch für Kontor und Schreibstuben. Abg. Hise (Z.) erklärt sich gegen beide Anträge. Für das Nahrungsmittelgewerbe ist die Durchführung der Auszeit ganz unmöglich. Genosse Hoch begründet den Antrag damit, daß den Angestellten eine größere Auszeit gegeben werden muß, um ihnen eine Fortbildung zu ermöglichen. Ein Antrag Behrens (wirtsch. Vereinig.) will die Auszeit auch den Arbeiterinnen gewähren, die in Franzbierereien, die mit einem Labengeschäft verbunden sind, beschäftigt werden, während unsere Genossen die Ausdehnung der Vorschriften auf alle vom Unternehmer beschäftigten Personen verlangen.

Die Abstimmung über die Anträge wird erst in der nächsten Sitzung am Donnerstag erfolgen.

**Aus der Budgetkommission des Reichstags.**

(31. Sitzung vom 9. März.)

Die am Sonnabend beschlossene Resolution Liebermann, die Regierung solle feststellen, wie stark eine Ruffkapelle normalerweise

sein müsse, wurde von der Regierung nicht beantwortet, obgleich von einem Kommissionsmitglied ausdrücklich nochmals darauf hingewiesen und eine Antwort verlangt wurde! Mit Rücksicht darauf beantragt Erzberger, 700 Hobdosenpfenke zu streichen, welcher Antrag, nachdem der Kriegsminister sich dagegen gewendet hatte, abgelehnt wurde. Dagegen wurde eine Resolution Liebert angenommen, welche verlangt, die Militärverwaltung solle bei der Festlegung der nächsten Friedenspräsenzstärke erwägen, ob und eventuell wie weit die Zahl der Hobdosen bei den einzelnen Regimentern herabgesetzt werden könne.

Die Mannschaften in Berlin, Potsdam, Charlottenburg und Burg Hohenzollern erhalten für jeden Tag 1 Pf. Garnisonszulage, gewissermaßen als Gegenleistung für den strengeren Dienst. Hierfür sind 85 145 M. angelegt. Insgesamt umfaßt der Titel Zulagen die ungeheuer hohe Summe von 4 914 871 M. Verschiedene Ausschlässe des Korreferenten Erzberger werden von anderer Seite zurückgewiesen und die Position bewilligt.

**Für Tischgeld**

sind 807 379 M. in den Etat eingestellt. Die Differenz in der Höhe der gewährten Unterstützung ist sehr erheblich: ein Infanterieregiment ist mit 1900 M., ein Artillerieregiment mit 3200 M. eingestellt. Es wird nach kurzer Debatte eine Resolution angenommen, die den Wunsch nach einer anderen Regelung der Tischgelder ausdrückt. Dagegen stimmen Zentrum und Sozialdemokraten, welche eine ausgiebige Behandlung beim Titel Offiziersgehälter wünschten.

Der Posten für Kapitulationshandel wird von 850 000 auf 727 000 M. herabgesetzt. — Beim Titel „sachliche Ausgaben“ verlangt Erzberger zu wissen, wie hoch die den Regimentern zur Selbstverwaltung überlassenen Fonds sind. Von den hier in Frage kommenden Titeln, welche zusammen 5 586 000 M. betragen, beantragt Erzberger 400 000 M. abzustreichen. Die Anträge werden vom Bloch abgelehnt und nur 20 000 M. abgesetzt.

Für das Halten und Abräumen von Kriegshunden bei den Jägerbataillonen sind 3000 M. eingestellt, wozu einstimmig die Hälfte getrichen wird, weil die mit den Hunden gemachten Versuche sich nicht bewährten und einige Bataillone die Hunde bereits wieder abgeschafft haben, während andere die Versuche fortsetzen wollen.

Beim Titel „Kostlos für Mannschaften des Verlaubtenstandes“ befragt sich Abg. Stücklen über die den Mannschaften am Tage der

**Kontrollversammlungen**

zutell werdende Behandlung und verlangt eine Änderung der Bestimmung, wonach die Mannschaften am genannten Tage dem Militärgelehr unterstehe. Abg. Gotheim beantragt eine Resolution: „den Reichsanwalt zu ersuchen, einen Belegenentwurf vorzulegen, wonach bei geringen Vergehen auf Geldstrafe erkannt werden kann.“ Kostel wendet sich gegen diese Resolution, weil sie eine Abschwächung der bereits vor einem Jahre angenommenen darstelle, in welcher eine viel weitergehende Reform des Militärstrafgesetzes verlangt werde. Die Resolution wird mit knapper Mehrheit angenommen.

Beim Titel „Brot und Futterverpflegung“ werden von den eingestellten 67 981 570 M. 300 000 M. abgestrichen. Desgleichen werden von der für Ergänzung der Proviantvorräte usw. eingestellten Forderung von 7 948 500 M. 748 000 M. abgesetzt.

Nächste Sitzung: Mittwoch (Fortsetzung der heutigen Beratung).

## Aus Industrie und Handel.

### Ergebnisse der Banken.

Kunmehr liegen die Bilanzergebnisse der nachfolgend aufgeführten Großbanken vor. Die Zahlen geben einen Maßstab von der Bedeutung, die diese Finanzinstitute im Wirtschaftsleben einnehmen, sie lassen ferner erkennen, daß die Krise des Ertrags dieser Erwerbsunternehmen kaum beeinflusst hat. In der anschließenden Tabelle geben wir eine Uebersicht, die das investierte Kapital, sowie die Gewinnergebnisse der beiden letzten Jahre umfaßt:

Namen	Aktienkapital in Mill. M.		Reserven in Mill. M.		Reingewinn in Mill. M.		in % des Aktienkapitals	Gehaltende
	1907/1908	1907/1908	1907/1908	1908	1907/1908	1908		
Deutsche Bank	200	200	100,00	101,88	30,3	30,7	15,2	15,8
Dresdener Bank	180	180	51,50	51,50	19,5	19,3	10,8	10,7
Diskonto-Gesellschaft	170	170	57,59	57,59	10,0	20,1	11,1	11,2
Darmstädter Bank	154	154	39,50	39,25	9,8	10,6	6,4	6,9
Sächsische Bankverein	145	145	34,16	34,16	14,6	13,9	10,7	9,6
Beit. Hamb. u. Sächs. Komm.-u. Disz. G.	100	110	30,00	34,50	11,7	11,5	11,7	10,4
Comm.-u. Disz. G.	88	88	12,00	12,70	5,4	5,4	6,4	6,4
Rationalbank	80	80	12,82	12,82	6,9	6,2	8,2	7,8
Summa	1114	1124	323,17	335,35	117,7	117,7	—	—

Mit Ausnahme der Dresdener Bank, die hier das letzte Jahr  $\frac{1}{2}$  Proz. mehr ausschüttet, ist die Dividende für 1908 genau in der Höhe der vorjährigen festgesetzt. Das gilt im wesentlichen auch für andere Banken. Folgende Zusammenstellung illustriert das:

Banken	Dividende in Proz.	
	1907	1908
Württemberg. Vereinsbank, vorm. Pf. u. Co.	7	7
Privatbank Gotha	7	7
Königsberger Vereinsbank	7	7
Deutsche Ueberseeische Bank	9	9
Vereinsbank Nürnberg	10	11
Rheinische Bank, Essen	6	6
Mülhauser Bank	6 $\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{2}$
Deutsche Effektenbank, Frankfurt	4 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$
Magdeburger Privatbank	7	7
Siegerer Bank für Handel und Gewerbe	7	7
Genossenschaftsbank	8,05	8,05
Niederdeutsche Bank, Dortmund	7	7
Dresdener Bankverein	6	5
Lehrer Bank	10	10
Barmer Bankverein	7 $\frac{1}{2}$	7 $\frac{1}{2}$
Bergisch-Märkische Bank	8 $\frac{1}{2}$	8 $\frac{1}{2}$

Es sind fast gar keine Veränderungen eingetreten. Bei den Großbanken interessiert noch der Ausweis der rechnermäßigen Reingewinne. Deren Summe ist um  $\frac{1}{3}$  Million Mark gestiegen, bei Vergrößerung des Aktienkapitals um 10 Millionen Mark. Die Reserven machen nur 30 Proz. des Aktienkapitals aus. Der erzielte Reingewinn der acht Banken entspricht dem Jahresverdienst von 117 700 Personen, wenn man als Durchschnittseinkommen 1000 M. annimmt. Von sechs Banken — es sind die oben aufgeführten mit Ausnahme der Deutschen Bank und der Darmstädter — liegen auch Angaben über die an den Vorstand und Aufsichtsrat gezahlten Gewinnanteile vor. Danach wurden hierfür abgezogen für 1907: 9,91 Millionen Mark und für 1908: 10,53 Millionen Mark. Diese Gewinnanteile allein machen so viel aus, als 10 000 Familienväter für eine ganze Jahresleistung an Lohn erhalten. Daß die glücklichen Empfänger überzeugt sind, in der besten Gesellschaftsordnung zu leben, finden wir erklärlich — viele andere Menschen werden die gegenteilige Auffassung haben.

**Die Krise.** Eine weitere Einschränkung der Produktion — bis 5 Proz. — eintreten zu lassen, beschloß das Internationale Spiegelglasinstitut.

**Preisrückgang.** Der Gesamtanschlag der Spiritus-Zentrale hat eine Preisrückgang um 5 M. beschlossen, von der nur der Preis für vollständig denaturierten Branntwein ausgenommen ist.

**Die Chemische Industrie.** Unter den Industriezweigen, die sich eine Weltstellung erobert, zählt als einer der ersten die chemische Industrie. An der Berliner Börse werden nicht weniger als 31 Werte derselben gehandelt, die ein Nominalkapital von 293 Millionen Mark mit einem Kurswert von 692 Millionen Mark oder einem Durchschnittswert von 200 Proz. repräsentieren. Dabei sind wichtige Werte, wie die der Zement-, Kali- und Sprengstoffindustrie nicht einmal mitgerechnet. Die Höhe der im letzten Jahre gezahlten Dividenden betrug 64 Millionen Mark. Dividendenlosigkeit ist bei den Unternehmungen der chemischen Industrie so gut wie unbekannt. Zurzeit bestehen etwa 7500 Betriebe mit 175 000 Arbeitern. Drei Fünftel der Produktion, im Werte von 600 Millionen Mark, kommen für den heimischen Konsum in Betracht; mit zwei Fünfteln ist diese Industrie auf den Export angewiesen. — Diese Angaben zeigen, welche kolossale Werte in der chemischen Industrie investiert sind und daß mit einem Nominalkapital von 293 Millionen Mark das Vierfache an Umsatz erzielt wird. Zweitens ergibt sich, daß die Dividende für eine Hundert Million etwa 5 Proz. des Umsatzes ausmacht. Auf die Arbeiter verteilt, hätte die Erhöhung des Lohnes durch die Dividende über 800 M. ausgemacht. Wenn die chemische Industrie schon nicht den Arbeiter die werden läßt, dem Aktionär bringt sie die Gefahr der Pettiteiligkeit, ohne daß die Chemie mit diesem Fett etwas Rechtes anfangen könnte.

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauenrechtlerische Wahrheitsliebe.

Im Anschluß an eine Registrierung der über die Suffragettes verhängten Verurteilungen bemerkte Fräulein Dr. Anita Augspurg in Nr. 3 der von ihr geleiteten „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“: „Werkwürdig genug äußert hierzu der „Vorwärts“ sein Bedauern darüber, daß diese namhaften Opfer nicht einer großen und würdigen Sache gebracht worden seien!“

Werkwürdig genug gibt Fräulein Dr. Augspurg die betreffende Äußerung des „Vorwärts“ nicht korrekt wieder. Sie lautet nämlich wörtlich: „Zu bedauern bleibt, daß diese nicht unbedeutlichen persönlichen Opfer nicht für ein großes, der gesamten englischen Frauenschaft zugute kommendes Ziel eingesetzt werden.“

Fräulein Dr. Augspurg konnte die wortgetreue Äußerung des „Vorwärts“ nicht brauchen, weil sie ihr nicht in den Kram paßte. Von ihren Leserinnen ahnen die allermeisten nämlich gar nicht, was die „Vorwärts“-Leserinnen längst wissen, daß der Kampf der Suffragettes nicht der politischen Befreiung aller Frauen, sondern einem beschränkten Damen-Wahlrecht gilt und daß diese in ihrem innersten Kern reaktionäre Maßregel nur die Macht der herrschenden Klasse in England vermehren würde. Auch über die bedenkliche Tatsache, daß ein erheblicher Teil der Suffragettes das von ihnen vertretene, an 17 verschiedenen Eigentums- oder Beschlusqualifikationen gebundene Wahlrecht eingepandernmäßig als einen Woll gegen die Demokratisierung des Stimmrechts betrachtet, schweig sie die „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ ebenso wie die übrige deutsche frauenrechtlerische Presse bisher völlig aus. . . .

Unsere radikalsten Frauenrechtlerinnen mit Fräulein Dr. Augspurg an der Spitze behaupten, voll und ganz und unentwegt auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts zu stehen. Wenn sie es trotzdem fertig bringen, die Suffragettes kritisch zu verherrlichen, so ist das gelinde gesagt: insofern! Der „Vorwärts“ aber ist ein konsequenter Vertreter des allgemeinen Wahlrechts.

Eine Frauenkonferenz für Niederösterreich hat Sonntag, den 28. Februar, in Wien tagend, 30 Delegierte waren anwesend, davon waren 20 auch Delegierte des gleichzeitig tagenden Landesparteitags der niederösterreichischen Sozialdemokratie. Die Konferenz beriet über den Ausbau der politischen Frauenorganisation in Niederösterreich. Vor einem Jahre hat der Landesparteitag auf Antrag der Genossinnen beschlossen, freie politische Frauenorganisationen zu gründen, die die sozialistische Agitation unter den Frauen zu leiten haben. Innerhalb eines Jahres sind in acht Orten solche Organisationen gegründet worden, die zusammen fast 1000 Mitglieder haben. Außerdem hat der Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen in Wien 1200 Mitglieder, so daß in Niederösterreich 2900 proletarische Frauen politisch organisiert sind. Auch die Verbreitung der „Arbeiterinnenzeitung“ hat in Niederösterreich ganz erfreuliche Erfolge aufzuweisen. Jahrelang wurden in Niederösterreich nur 300 bis 400 Exemplare gelesen, gegenwärtig 3000 ohne Wien. Die Konferenz hatte den Genossinnen eine Richtschnur für planmäßiges Arbeiten zu geben, um die Mitglieder wirklich mit sozialistischen Gesetzen zu erfüllen und um neue Orte in die Organisation einzuführen. Auch über das Frauenwahlrecht wurde gesprochen und die Notwendigkeit betont, durch unablässige Agitation das Verständnis der Frauen für das Frauenwahlrecht zu vertiefen und sie auf einen Kampf um politische Rechte vorzubereiten. Eine Genossin wurde zur Landesvertrauensperson gewählt, die sich vorwiegend mit der Frauenagitation zu befassen hat. Dem Landesparteitag wurde über den Verlauf der Konferenz berichtet. Der Landessekretär hatte schon in seinem Bericht der Freude über die Fortschritte in der Arbeiterinnenbewegung Ausdruck gegeben und hatte mit Begeisterung auf die große Zahl der weiblichen Delegierten hingewiesen. Es wurde auch eine Genossin in die Landesvertretung gewählt, und zwar Genossin Schlesiener. In drei Landesvertretungen sind jetzt schon die Genossinnen vertreten, und selbstverständlich auch in der Reichsvertretung. Diese Landesfrauenkonferenz war die dritte, die seit Oktober 1908 stattgefunden hat. Schon im April wird die Landesfrauenkonferenz für Mähren stattfinden, was vor wenigen Tagen von der mährischen Landesparteivertretung auf Antrag der Genossinnen beschlossen wurde.

## Gerichts-Zeitung.

### Stadtverordneter Fühndrich unter Anklage.

Unter der Anklage des Betruges hatte sich der frühere langjährige Stadtverordnete Stephan Fühndrich gestern vor der Strafkammer zu verantworten. Er hat sein Mandat niedergelegt, als die Angelegenheit, um die es sich hier handelt, der Staatsanwaltschaft übergeben worden war. Der Angeklagte Fühndrich war seit Anfang der neunziger Jahre Mitglied der städtischen Grundeigentumsdeputation. Zu seinen Obliegenheiten gehörte auch die Erledigung der Vorarbeiten bei der Verpachtung städtischer Grundstücke. Im Mai 1907 waren in Rummelsburg drei städtische Wassergrundstücke zu vermieten, darunter eine Parzelle 63, die bis dahin an einen gewissen Hanne vermielet gewesen war. Dieser ging in Konkurs. Es hatte der Schiffwerftbesitzer Friesede, der in der Hanneschen Anlage eine größere Geldsumme investiert hatte, ein sehr lebhaftes Interesse daran, daß nunmehr ihm die Parzelle 63 zur Pacht überlassen würde. Außer ihm reflektierten noch zwei andere Personen auf diese Parzelle, nämlich der frühere Pächter Hanne und der Rentier Otto Rindow. Letzterer hatte nachherweise auf eine der drei in Frage stehenden Parzellen reflektiert und für die Parzelle ein Gebot von 1800 M. abgegeben. Als Herr Friesede seinerseits zu dem Angeklagten kam, um mit ihm Rücksprache über die Verpachtung zu nehmen, machte er ein Gebot von 1500 M. und erhielt vom Angeklagten die Antwort, daß auch ein anderes Gebot mit einer höheren Summe vorliege. Bei wiederholten weiteren Verhandlungen hatte der Angeklagte, der inzwischen aus den Akten erfahren hatte, daß ein Gebot des Herrn Rindow von 1800 M. vorlag, Herrn Friesede zugeredet, sein Gebot doch zu erhöhen. Dieser erklärte aber, daß er unmöglich bis auf 1800 M. gehen könne, nun verlangte der Angeklagte, daß



Heute Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend!

Am heutigen Zahlabend gelangen die Protestbogen, auf welchen Unterschriften gegen die drohende Erhöhung der Tabaksteuer gesammelt werden sollen, zur Ausgabe. Wir bitten die Genossen Groß-Berlins, denen es möglich ist, bei Arbeitskollegen, Freunden und Bekannten Unterschriften zu sammeln, für Einzeichnung in die Protestlisten eifrig tätig zu sein. Die Bogen sind dann an die Kreisleitungen zurückzuliefern.

Gemäß früherem Beschlusse soll zugunsten der im Handels- und Transportgewerbe Beschäftigten ein Flugblatt über die Sonntagsarbeit verbreitet werden und zwar nur in den sechs Berliner Kreisen.

Das Flugblatt wird heute an die Kreise versandt und bitten wir, dafür Sorge zu tragen, daß die Verbreitung noch in dieser Woche stattfindet. Die Fragebogen des Magistrats, auf welche das Flugblatt Bezug nimmt, sind seit gestern ausgegeben.

Da nur offene Verkaufsstellen, Läden oder Keller in Frage kommen, so wird sich dies leicht ermöglichen lassen, umso mehr als eine Abholung oder Einlieferung von Unterschriften diesmal fortfällt.

Auf die gewohnte Arbeitsfreudigkeit der Genossen rechnen wir auch diesmal.

Mit Parteigruß!

Der Aktionsausschuß.

Vierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 14. März, findet in Kellers Festsaal, Kappensstr. 29, ein Kammermusikabend, verbunden mit Gesang und Rezitationen, statt. Das Arrangement verspricht einen gemächlichen Abend. Billets à 60 Pf., einschließlich Garderobe, sind zu haben bei den Bezirksführern sowie im Bureau des Wahlvereins, Stralauer Platz 1/2.

Billet zur Matinee am ersten Osterfeiertage kostet 30 Pf., nicht 60 Pf., wie irrtümlicherweise im Mitteilungsblatt steht. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Zum heutigen in sämtlichen Bezirken stattfindenden Zahlabend werden die Genossen ersucht, zwecks Neuordnung der Hauptnummer ihre Mitgliedsbücher mitzubringen. Der Vorstand.

Erster. Heute, Mittwoch, findet die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Stellungnahme zur Matinee. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Mit-Gliedern. Heute, Mittwoch, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Genossen Joch, Köpenicker Str. 43, ein Zahlabend statt. Der Vorstand.

Friedrichsdorf-Petershagen. Donnerstag abend 8 Uhr Zahlabend im Lokale von Max Giese, Friedrichsdorf.

Hohen-Neudorf. Der Zahlabend findet im Lokal von P. Schmitz, Ruchwoldstr. 45, statt. Die Sammelisten sind mitzubringen und abzurechnen. Der Vorstand.

Bernau. Morgen, Donnerstag, Zahlabend in den bekannten Lokalen. Des weiteren weisen wir darauf hin, daß die Bibliothek jetzt Montags von 8 bis 9 Uhr abends für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder geöffnet ist.

Berliner Nachrichten.

Warnung!

Auf einer mit dem Stempel der Berliner Gewerkschaftskommission versehenen Liste suchte gestern ein Mann im Hause Viehbrichstr. 9 in Nixdorf für bedürftige Arbeitslose Geldbeiträge einzusammeln. Die Berliner Gewerkschaftskommission ersucht und mitzuteilen, daß es sich hier um einen Schwindler handelt. Da derselbe auch anderswo sein Treiben fortsetzen dürfte, so sei hiermit vor ihm gewarnt.

Schulkinder speisung und Privatwohltätigkeit.

Die Veranstaltungen zur Schulkinder speisung, die vom Magistrat für das bevorstehende Etatsjahr geplant werden, sind von der Stadtverordnetenversammlung am vorigen Donnerstag nicht sofort gutgeheißen worden. Die Vorlage des Magistrats wird geprüft werden in einem Ausschuss, dessen Einsetzung beschlossen wurde. Der Magistrat will einweisen es in der Hauptsache noch bei dem bisherigen Zustand belassen, daß der Verein für Kinderwohltätigkeit die Speisung bedürftiger Schulkinder ausführt und hierfür von der Stadt Bezahlung erhält. Der Verein besitzt seit langem die erforderlichen Einrichtungen und hat daher durchzuführen vermocht, daß der Magistrat sich ihm fügte. Ob es dem Magistrat so sehr schwer geworden ist, sich zu fügen, das wollen wir ununterjocht lassen. Daneben wünscht aber die Magistratsvorlage, daß in einer Gemeindefschule die Probe gemacht werde, ob eine Speisung im Schulhause selber möglich ist. Hoffentlich werden diese Versuche nicht so arrangiert, daß sie unfehlbar — mißlingen müssen. Im Verein für Kinderwohltätigkeit scheint man allerdings schon jetzt der Meinung zu sein, daß die Sache so enden werde. In der Generalversammlung des Vereins, die vor einigen Tagen stattfand, wurde auch der den Stadtverordneten vom Magistrat vorgelegte Plan erörtert, und es wurde — noch ehe die Stadtverordnetenversammlung ihn angenommen hat — in vollen Tönen der Sieg der Privatwohltätigkeit gefeiert. Der Vereinvorsitzende Herr Abraham bezeichnete es als bedenklich, die Speisung bedürftiger Kinder in enge Verbindung mit der Schule zu bringen. Es könne da leicht, meinte er, in weiten Kreisen der Bevölkerung die Meinung entstehen, daß die Schule geradezu die Verpflichtung habe, neben feinem Unterricht auch noch freie Speisung zu gewähren. Dadurch werde das Verantwortlichkeitsgefühl der Eltern herabgemindert, ja, es müsse das zu einer vollständigen Umwälzung der Anschauungen über die Pflichten der Eltern gegen ihre Kinder führen. Das sind dieselben Redensarten, wie wir sie vom Berliner Kreisrat so oft in Stadtverordnetenversammlungen gehört haben. Herr Abraham und seine Leute bliesen früher nicht so sehr in dieses Horn. Sie haben sich nunmehr als gelehrige Schüler der Wortführer des unentwegten Stadtfreiwills bewährt und sprechen gläubig nach, was von jener Seite über die angelegliche Gefahr, durch solche Veranstaltungen die „Wegehrlichkeit“ des Volkes zu feigern, geschwätzt worden ist. Herr Abraham äußerte die Befürchtung, wenn die Stadt durch Vermittlung der Schule den Kindern die Nahrung liefere, so würden viele Eltern dadurch veranlaßt werden, auch noch die Kleidung der Kinder von der Stadt zu fordern. Das erinnert an jene berühmte Aeußerung des schiffreifeinnigen Stadtverordneten Jacobi, der einmal vor seinen

wohlhabenden Wählern dieses Zukunftsbild ausmalte und zornig klagte, dann bleibe der Arbeiterbevölkerung, die für alles das nicht einmal „danke“ sage, schließlich nur noch die Erzeugung der Kinder. Zu dem Plan, zunächst probeweise in einer Schule eine Speisung der Kinder vorzunehmen und den Versuch ein Jahr lang durchzuführen, machte Herr Abraham die Bemerkung, er hoffe besonnen zu sein, daß die Tätigkeit des Vereins nicht aufhören werde und daß noch auf lange Zeit hinaus die Ansicht sich behaupten werde, die Schulkinder speisung sei der Privatwohltätigkeit zu überlassen. Der Leiter des Vereins für Kinderwohltätigkeit glaubt offenbar, die freisinnigen Pappenheimer zu kennen und ihrer sicher zu sein.

Die Brommbrücke. An der Stelle der alten Eisenbahnbrücke, die im Zuge der Eisenbahntrasse über die Spreche hinüber führte und wenigstens für den Fußgängerverkehr eine Verbindung zwischen Köpenicker Straße und Mühlentstraße bildete, ist eine neue Brücke errichtet worden, die nun auch dem Wagenverkehr dienen wird. Die Brücke, die noch während der Bauausführung die neue Bezeichnung „Brommbrücke“ erhielt, geht jetzt ihrer Vollendung entgegen und wird hoffentlich noch in diesem Jahre dem Verkehr übergeben werden können. Die schmalen Zugänge, die von der Köpenicker Straße wie von der Mühlentstraße zur Brücke hinleiteten, mußten in eine breite, sich der Fahrbahn anpassende Zufahrtstraße umgewandelt werden. Auf der Seite der Mühlentstraße stellten sich der Verbreiterung des Brückenüberganges keine erheblichen Schwierigkeiten entgegen; dort ist bereits vor einigen Jahren in der Baufluchtlinie der künftigen Zufahrtstraße, die übrigens im voraus den Namen „Brommstraße“ erhielt, ein neues Wohnhaus errichtet worden. Länger dauerten die Vorarbeiten zur Verbreiterung des Brückenüberganges an der Köpenicker Straße, weil hier mit dem Militärstützpunkt wegen Vergabe eines Teiles der alten Pionierkaserne verhandelt werden mußte. Der erforderliche Streifen des Kasernengrundstückes wurde schließlich (auf Grund eines von dem Gemeindebehörden im Jahre 1907 gefaßten Beschlusses) ausgetauscht gegen ein Stück des Plänterwaldes, das als Pionierübungsgelände gebraucht wurde. Der in die künftige Zufahrtstraße hineinragende Teil des Kasernengebäudes ist bereits vor längerer Zeit geräumt worden und soll nun endlich fallen. In der neuen Baufluchtlinie ist eine neue Siedelwand aufgeführt worden, die den zu befeitigenden Teil des Gebäudes abtrennt. Der Abbruch dieses Gebäudeteiles ist von der Stadtbauverwaltung öffentlich ausgeschrieben worden und wird demnächst erfolgen.

Fernsprechtelegramme in den Berliner Vororten. Die Uebermittlung von Telegrammen durch den Fernsprecher ist im Publikum immer noch so wenig bekannt, daß die Postverwaltung erst vor wenigen Tagen darauf hinweisen ließ. Es werden auf Antrag sowohl ankommende Telegramme an die Teilnehmer zugesprochen, als auch Telegramme durch den Fernsprecher aufgegeben kann. Besondere Einrichtungen bestehen für die Nachbar- und Vorort-Verbindungen. Hier ist das Verfahren nicht nur für den Verkehr der Fernsprechteilnehmer mit ihrer eigenen Vermittlungsstelle, sondern auch für den unmittelbaren Verkehr mit dem Haupttelegraphenamt in Berlin zulässig. Die Teilnehmer in den Nachbar- und Vororten können also ihre Telegramme zur Weiterbeförderung gleich unmittelbar beim Haupttelegraphenamt in Berlin am Fernsprecher aufgeben und sich die für sie eingehenden Telegramme von da aus zusprechen lassen. Die Anträge sind an das Haupttelegraphenamt in Berlin oder an die Vermittlungsanstalt des Orts zu richten. Die Beförderung der Telegramme wird dadurch wesentlich beschleunigt. Die Gebühren sind dieselben wie für Berlin selbst. Die zugesprochenen Telegramme werden den Empfängern außerdem in einem verschlossenen Umschlag durch die Post überandt, wobei die Aufpreisgebühr zur Einziehung gelangt. Für abgehende Telegramme beträgt die Aufnahmegebühr 1 Pfennig für das Wort, mindestens 20 Pfennig. Die Gebühren werden monatlich von den Teilnehmern eingezogen.

Die Erkrankungen im Rudolf-Virchow-Krankenhaus, über die wir berichtet haben, geben zu keinerlei Beunruhigung Anlaß. Alle Wärter und Pflegerinnen, die von dem Unwohlsein befallen wurden, sind dienstfähig geblieben. Die eingehenden bakteriologischen Untersuchungen haben ein negatives Ergebnis gehabt, so daß sich der Verdacht verflüchtigt, daß die Erkrankungen nicht vom Fleisch her rühren, sondern von den Mordeln, die dem Frischfleisch zugeführt waren. Die Mordeln selbst sind zwar durchaus vorchriftsmäßig behandelt worden, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß ihnen einzelne von ihnen schwer zu unterscheidende und bekannteren gesundheitsschädliche Mordeln versehenlich von den Sammlern beigemischt waren. Die Untersuchungen darüber sind noch nicht abgeschlossen. Bei dieser Gelegenheit wird mitgeteilt, daß vor einiger Zeit eine eingehende Besichtigung des Virchow-Krankenhauses, ohne daß eine vorüberige Anstalt erfolgt war, durch Vertreter des Ministeriums für Medizinalangelegenheiten vorgenommen wurde. Die Besichtigung hat am 10. Dezember stattgefunden. An ihr nahmen vom Ministerium teil der Geheimne Obermedizinalrat Dr. Dietrich und der Geheimne Oberregierungsrat Frhr. v. Redlig und Reukirch, ferner vom Polizeipräsidium der Geheimne Medizinalrat Dr. Rehmer. Die Besichtigung dauerte 3 1/2 Stunden. Es wurden neben verschiedenen Krankeinstationen besonders die Küche mit Fleischkeller, das Metzgerasino, das Schwesterheim nebst den Räumen für den Schwesternunterricht und die staatliche Prüfung befragt. In dem darüber erstatteten Bericht wird bezeugt, daß sämtliche Kranken- und Wirtschaftsräume Ordnung und Sauberkeit zeigten. Die Revisoren ließen sich in der Küche das große Fleischhakenmesser auseinandernehmen und in allen Einzelheiten vorzeigen; sie fanden es sauber, obwohl es eben gebraucht war. Auch dem Fleischkeller sagen sie die peinlichste Sauberkeit und Trockenheit nach. Sie heben hervor, daß an der Spitze des Verpflegungsbetriebes jetzt ein Magazinsverwalter steht, der jahrelang bei Borchardt und Adlon angestellt gewesen ist; unter ihm stehe eine Oberkassierin dem eigentlichen Küchenbetriebe vor, in dem drei weitere Köchinnen, 28 Hausmädchen und 7 Hausdiener beschäftigt seien. Die Fleischkammer werde durch einen Oberschlächter und eine Anzahl Gefellen besorgt. Die Inspektoren kosteten das Essen, sowohl der Kranken wie der Schwestern, und fanden es schmackhaft und auch in den Pabillons ausreichend warm.

Der Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Casfel und Genossen von der Fraktion der Linken haben der Stadtverordnetenversammlung folgenden dringlichen Antrag unterbreitet: Die Versammlung ersucht den Magistrat um Auskunft, ob die Nachricht von der Erkrankung mehrerer Wärter und Wärterinnen im Rudolf-Virchow-Krankenhaus infolge des Genusses von Speisen auf Wahrheit beruht, und welche Schritte der Magistrat, falls sich diese Nachricht bestätigen sollte, zu unternehmen beabsichtigt, um in Zukunft derartige Uebelstände zu beseitigen.

Ein Unfall, der noch der Aufklärung bedarf, ereignete sich am 20. Februar (Sonntag) etwa gegen 9 Uhr abends in der Badstraße. Der Schloffer H. hatte einen Schuhmann, dessen Verhalten

ihm nicht korrekt erschienen war, um Rennung seiner Nummer ersucht. Der Schuhmann beeilte sich, den Spieß umzudrehen und den neugierigen Frager zu fixieren. Auf dem Wege zur Polizeiwache geriet H. vor dem Hause Badstraße 62-63 an einen vorüberfahrenden Straßenbahnwagen und erlitt dabei einen doppelten Schenkelbruch. Zeugen des Unfalles werden gebeten, ihre Adresse abzugeben in der „Vorwärts“-Expedition, Stettiner Str. 10, parterre, bei Krapp. Es soll eine Entschädigungsklage angestrengt werden.

Die Straßenhändler setzen sich gegen die neue, von den Hausbesitzern in Szene gesetzte Beerdigung ihrer Existenz zur Wehre. Zu diesem Zwecke findet am Donnerstag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus in der Schulstraße 29 eine Versammlung sämtlicher Straßenhändler statt mit der Tagesordnung: Der Vernichtungskampf der Hausbesitzer gegen die Straßenhändler und wie stellen wir uns dazu?

Eine Brandstiftung verurteilte in der vorletzten Nacht allgemeine Aufregung unter den Hausbewohnern des Hauses Teilsstr. 46. Dort bewohnt im zweiten Stockwerk eine Opernsängerin namens Wabe eine größere Wohnung. Straßenpostanten und Hausbesitzer bemerkten um 3 Uhr Feuerchein und Rauch aus der Wohnung dringen. Sofort wurde die Feuerwehr alarmiert. Diese war unter Brandinspektor Julius schnell zur Stelle. Da trotz des Feuerlärms die Wohnung nicht geöffnet wurde, drang die Wehr mit Gewalt in die brennende Wohnung ein. Den Feuerwehrlern bot sich nun ein Anblick, wie er zum Glück nicht häufig in Berlin vorlauft. In vier verschiedenen, getrennt von einander liegenden Räumen, sowohl nach der Straße, als auch nach dem Hofe hinaus waren Möbel, Betten, Kleider, Holz, Kohlen usw. zusammengetragen und dann angezündet. Anfänglich hinderte unburdbringlicher Rauch die Ueberblick. Als dann Luft gemacht worden war, konnte man die nette Feuerung übersehen. Durch kräftiges Wassergeben konnten dann die Flammen auf die Wohnung der Frau Opernsängerin Wabe beschränkt werden. Diese wurde nicht angetroffen, auch sonst niemand in der Wohnung gesehen, der Auskunft erteilen konnte. Die Benachrichtigte Polizei nahm sofort Recherchen vor, die aber bis gestern früh noch kein greifbares Ergebnis hatten. Die Wohnungseinrichtung ist mit mehreren Tausend Mark bei einer hiesigen Versicherungsgesellschaft versichert. Daß die Brandstiftung noch rechtzeitig entdeckt worden ist, ist den Hausbewohnern zuzuschreiben, die gleich Alarm schlugen, als Qualm im Hause bemerkt wurde.

Wegen eines Dachstuhlbrandes wurde die 4. Kompanie nach der Invalidenstr. 156 alarmiert. Hier gelang es dem schnellen Einschreiten und energischen Löschen der Wehr, den Brand in kurzer Zeit auf den Dachstuhl zu beschränken. Die Entstehung dieses Brandes konnte nicht aufgeklärt werden. Schaldecken und Balken u. a. brannten in der Jägerstr. 11 und Luppen usw. in der Godowickstraße 4. Mit Erfolg wurde ein Sauerstoffapparat bei einem Kranken in der Winterfeldstr. 13 benutzt. Außerdem mußten noch mehrere kleine Brände an verschiedenen Stellen gelöscht werden.

Im Bürgerlichen Schauspiellhaus gelangt am Freitag, 12. März, abends 8 1/2 Uhr, die Novität: „Schlagwetter“, Bergwerksdrama von Jul. Hirsch, zum erstenmal zur Aufführung.

„Auf den Trümmern Messias“ lautet der neue Vortrag, der am Montag zum ersten Male in der „Urania“ in der Landenstraße gehalten wurde. Kurz nach Bekanntwerden des schrecklichen Unglücks hat sich der Direktor der Urania, Herr Dr. P. Schwahn, nach den Unglücksstätten begeben und es ist ihm dank beschleunigter Entgegenkommen gelungen, an Ort und Stelle zu kommen und tagelang Beobachtungen zu machen. An der Hand zahlreicher Lichtbilder schildert Dr. Schwahn seine Eindrücke und Einblicke aus der Ruinenstadt. Unsere Leser sind ja unterrichtet über das Wüten der Naturkräfte und deren Folgen in Südtal. Das Herr Schwahn hier aber im Bilde festgehalten, übertrifft alle Vorstellungen, die wir uns bisher über die Wirkung dieses Lebens machen konnten. Herr Schwahn hat sich einer wenn auch traurigen und schweren, so doch nicht unbedeutenden Aufgabe unterzogen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung. Zu Beginn der letzten Sitzung gab es umfangreiche Debatten über die unzureichende Schneesabfuhr in den Straßen Schönebergs. Ein Dringlichkeitsantrag der liberalen Fraktion richtete die Aufforderung an den Magistrat, für die schleunige Fortschaffung der Schneemassen in Schöneberg Sorge zu tragen. Stadtv. Wendmann (lib. Vereinig.) führte aus, daß bisher so gut wie gar nichts geschehen sei. Man müsse sich fragen, wie derartige Verhältnisse acht Tage lang bestehen können. Stadtv. Samberg (lib. Frakt.) hält die geübte Sparsamkeit für nicht am Platze, da genügend Arbeitslose vorhanden sind. Stadtv. Kubig (Unabh. Vereinig.) sprang dem Magistrat bei und erklärte, daß die Arbeiter für 3 R. ja gar nicht arbeiten wollen.

Stadtv. Küter (Sos.) wies die Versammlung darauf hin, daß es besser gewesen wäre, die Herren hätten sich bereits vor acht Tagen der sozialdemokratischen Kritik angeschlossen. Damals habe niemand von bürgerlicher Seite eingegriffen, während man heute nicht laut genug lärren kann. Die Zustände auf den Straßen seien unhaltbar. Man könne es den Rührleuten schließlich nicht verdenken, wenn sie die Stadt für Unfälle verantwortlich machen. Vom Magistrat ist die Devisse ausgegeben, möglichst wenig Leute einzustellen. Man hätte gehofft, daß ein Regen den Schnee wieder beseitigen wird. Arbeitslose hätten sich auf jeden Fall genügend gefunden, selbst für den Zimmerlohn von 30 Pf. pro Stunde.

Stadtv. Bergmann sucht den Zustand mit den eingetretenen Naturereignissen zu entschuldigen. Vom Magistrat sei angeordnet worden, 250 Mann einzustellen, und das sei dem Verhältnis unserer Nachbarkorte entsprechend gewesen. Um die Straßen für den Verkehr freizumachen, sei so wenig wie möglich Geld aufzuwenden. Redner kommt dann mit allerhand Ausflüchten, die von der Versammlung mit schallender Heiterkeit aufgenommen wurden. Seiner Meinung nach habe es auch an dem nötigen Handwerkszeug gefehlt.

Den Vorredner noch zu übertreffen suchte ein weiterer Vertreter des Magistrats, der Stadtv. Walger. Er meinte, das Grob der Arbeitslosen freut sich, für 3 R. den Tag arbeiten zu können. Aber es gibt viel Arbeitslose, die für 3 R. nicht arbeiten wollen, sondern lieber die Unterstützungen der Gewerkschaften nehmen. Um nun aber der Sache noch die Krone aufzusetzen, berichtete der Herr mit großem Ernst, daß die Arbeitslosen, die in einem Fall nach dem Krankenhaus zum Schneeschippen beordert wurden, sogar verlangten, daß ihnen vor Beginn mit der Arbeit erst die Schippenstiele aufgewärmt werden müßten.

Unsere Genossen Täumig, Obst und Kollendubur gingen mit den beiden Magistratsvertretern scharf ins Gericht. Sie wiesen nach, daß von einer Einstellung in dem geschätzten Umfang gar nicht die Rede sein kann. Viele Arbeitslose haben sich geradezu beschwert, daß sie nicht einmal beim Schneeschippen Verwendung gefunden haben. Man solle auch den Arbeitern nach-

tuhlen, wie schwer es ihnen wird, für 3 W. den ganzen Tag im Schnee zu arbeiten. Die Stadt könne ohne weiteres dafür einen höheren Lohn zahlen. Die Privatunternehmer bekommen auch keine Arbeitskräfte für 30 Pf. die Stunde. Der Magistrat scheint eben in solchen Fällen nicht Herr der Situation werden zu können.

Nachdem auch noch einige bürgerliche Redner den Ausführungen der beiden Magistratsvertreter entgegengetreten waren, wird der gestellte Dringlichkeitsantrag angenommen. Zugelassen wurde auch ein weiterer Antrag, wonach der Polizeipräsident ersucht werden sollte, bei großen Schneefällen genehmigen zu wollen, den Schnee in geeigneter Weise auf den Bürgersteig aufzuschichten, damit der Fahrdamm für den Verkehr frei wird. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, für die Ausbesserarbeiten bei der Schneebeseitigung 4 M. pro Tag zu zahlen, wird bis zur Beratung des Budgets zurückgestellt.

Die Versammlung ging dann zur Etatsberatung über. Ohne wesentliche Debatte genehmigt wird der Etat der Mittelschule (Einnahmen 24566 M., Ausgaben 85871 M.).

Beim Etat der Gemeindefschulen hatte die Liberale Fraktion beantragt:

„Der Magistrat wird um eine Vorlage ersucht zwecks Lieferung unentgeltlicher Lernmittel für Schüler und Schülerinnen der Oberstufe auf deren Antrag beim Rektor.“

Die sozialdemokratische Fraktion dagegen beantragte: „Der Magistrat wird um eine Vorlage ersucht zwecks Lieferung unentgeltlicher Lehr- und Lernmittel für alle Schüler und Schülerinnen der Gemeindefschulen.“

Stadtv. Magnan (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Er weist darauf hin, daß der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion alljährlich zu den Etatsberatungen gestellt worden ist und er wäre im vergangenen Jahre beinahe zur Bewilligung gelangt. Den jetzigen liberalen Antrag hält die sozialdemokratische Fraktion nicht für genügend. Die Gewährung der freien Lehr- und Lernmittel ist die logische Folge des Schulmangels, genau so wie die Schulgeldbefreiung. Die letzteres eingetretene ist, so wird früher oder später auch die Gewährung unentgeltlicher Lehr- und Lernmittel überall durchgeführt werden. Die Behauptungen, daß bei unentgeltlicher Lieferung die Bücher nicht mit der nötigen Sorgfalt behandelt werden, sind längst widerlegt. Denn überall, wo die Unentgeltlichkeit eingeführt ist, und die Zahl dieser Gemeinden erhöht sich alljährlich, erklären die Pädagogen, daß diese Einführung einen unerschöpfbar guten Einfluß auf den Ordnungssinn der Kinder ausübt. Redner bittet, dem sozialdemokratischen Antrag zuzustimmen, da der liberale Antrag den Stempel einer Armenunterstützung trägt.

Stadtv. Jöbel (lib. Frakt.) begründet den Antrag seiner Fraktion, mit dem wenigstens erst etwas erreicht werde. Er gibt namens seiner Fraktion die Erklärung ab, daß sie gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmen werden, weil sie hoffen, daß dadurch ihr Antrag die Mehrheit der Versammlung finden wird.

Stadtv. Lütke (lib. Vereinig.) ist gegen beide Anträge. Der in der Lage ist, die Bücher zu bezahlen, der muß das tun.

Nachdem die Stadtv. Kütter und Kollendörfer (Soz.) nochmals für den Antrag eingetreten, wird der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und zweier Liberalen abgelehnt. Weiter wird dann auch der liberale Antrag mit 29 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Der Magistrat wird sodann ersucht, jährlich viermal eine Uebersicht über die Frequenz der Schulen zu geben.

Weiter wird beschlossen, an zuständiger Stelle dahin zu wirken, daß die Lernmittel in den Gemeindefschulen Groß-Berlins einheitlich gestaltet werden.

Der Etat der Gemeindefschulen schließt somit ab: Einnahmen 25670 M., Ausgaben 1400830 M.

Bei den Bauestats wird ein Antrag angenommen, wonach der Magistrat verpflichtet wird, alljährlich im Juni Vorlagen über etwaige Notstandsarbeiten im Winter der Versammlung zu unterbreiten.

Beim Krankenhausetat bringt Stadtv. Kütter (Soz.) eine Reihe von Beschwerden vor, die von Patienten erhoben worden sind. Namentlich ist vielfach eine gewisse Bevorgung in der Behandlung und Beschäftigung einzelner Kranken geübt worden. Die einzelnen Beschwerdeführer hat man dann kurzerhand entlassen. Auch das Koalitionsrecht der Angestellten wird im Krankenhaus nicht gewahrt. Der Dienstvertrag der Angestellten entspricht keineswegs menschenwürdigen Grundsätzen.

Der Magistratsvertreter sucht sich damit zu entschuldigen, daß die Beschwerden nicht an die Verwaltung gelangt seien.

Der Magistrat beantragt sodann, die Verpflegungssätze um 50 Pf. zu erhöhen, für Einheimische also 3 M., für Auswärtige 3,50 M. pro Tag.

Stadtv. Magnan (Soz.) wendet sich gegen diese Erhöhung, wenn auch zugegeben werden muß, daß die Kosten nicht gedeckt werden. Im Interesse der Hygiene ist die Erhöhung jedoch unangebracht, noch dazu in der jetzigen Zeit. Die Krankenkassen werden dadurch höher belastet und das kann dazu führen, daß dieselben die volle Zahlung der Kur- und Verpflegungskosten werden ablehnen müssen. Schließlich würde doch nur die Armenverwaltung die höhere Belastung zu tragen haben.

Auch Stadtv. Kütter (Soz.) ersucht, die geplante Erhöhung nicht zu genehmigen. Die Schneberger Ordtkrankenkasse würde dadurch allein 25000 M. mehr ausgeben haben.

Stadtrat Dr. Wagner erklärt, daß der Magistrat mit schwerem Herzen an die Erhöhung herangegangen sei. Augenblicklich habe die Stadt für jeden einzelnen Kranken 5,28 M. zuzahlen.

Die Abstimmung ergibt die Zustimmung zu der vorgeschlagenen Erhöhung. Dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten und ein Liberaler.

Der Krankenhausetat schließt ab: Einnahmen 318103 M., Ausgaben 823133 M.

**Rixdorf.**

Der Magistrat scheint sich bei der Konzeptionssteuer noch einmal überlegt zu haben, ob er die kleinen Geschäftsteile durch diese ungerechte Steuer bis zum Ankerstein reißen soll. In der am Montag stattgehabten Sitzung des Stadtausschusses wurde bereits erklärt, der Magistrat habe beschlossen, diese Steuerordnung dahin abzuändern, daß von den Geschäftsinhabern die keine Gast- oder Schankwirtschaft, aber doch konzeptionspflichtige Geschäfte betreiben, nur ein Viertel der vorgesehenen Steuererlöse erhoben werden solle. Offenbar ist dem Magistrat nach einiger Ueberlegung die in Aussicht gestellte Besteuerung der kleinen Geschäftsteile selbst zu ungeheuerlich erschienen. Auch bei der jetzt geplanten Höhe wird also ein kleines Geschäft, in dem nebenbei der Kleinhandel mit Spirituosen betrieben wird, und das mehr als 1500 M. jährlich abwirft, bei der Neueinrichtung neben allen anderen Abgaben mit 125 M. Konzeptionssteuer belastet werden. Angehends der Tatsache, daß der Magistrat durch die Ablehnung der Wertzuwachssteuer die zahlungsfähigen Spekulationen anglisch verschont hat, bleibt diese Steuer immer noch eine Ungeheuerlichkeit.

**Tempelhof.**

„Die herrschende Arbeitslosigkeit und was bedenken Staat und Kommune dagegen zu tun?“ lautet das Thema einer gutbesuchten Volksversammlung, in welcher Stadtverordneter Genosse Grogger Rixdorf referierte. Treffend zeigte der Redner den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die trotz fortschreitender Entwicklung auf allen Gebieten der Technik und Wissenschaft die Lage der arbeitenden Klassen immer trostloser und unsicherer gestaltet. Ohne Rücksicht auf die wirklichen Bedürfnisse des Volkes, nur von der Sucht nach Profit getrieben, wird planlos draußes produziert. Die notwendige Folge sind Krise und Arbeitslosigkeit. Können man nun innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Arbeitslosigkeit und deren Folgen auch nicht vollständig beseitigen, so müßten doch die Vertreter der Arbeiterschaft in den

Parlamenten im Staat und Kommune immer wieder versuchen, wenigstens die schlimmsten Folgen zu mildern. Um zu verhindern, daß die Arbeitslosen der Krampflege anheimfallen und dadurch ihrer bürgerlichen Rechte verlustig gehen, müßten schleunigt Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden, die sich bei einigermaßen gutem Willen wohl auch überall finden. Ferner ist eine Unterstützung der Arbeitslosen durch Staat oder Gemeinde anzustreben, wozu sich im Genter System vorläufig der gangbarste Weg zeige. Jedoch bedarf es zur Durchführung dieser Forderungen eines größeren Einflusses der arbeitenden Klasse als sie ihn jetzt ausübt. Das könne nur durch weiteren Ausbau der Organisationen geschehen. Mit der Aufforderung, fleißiger denn je für die Ausbreitung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu agitieren, schloß der Referent unter lebhaftem Beifall seinen lehrreichen Vortrag.

In der Diskussion bedauert Genosse M. Schmidt, daß von den schriftlich eingeladenen Gemeindevertretern nur einer erschienen sei und auch dieser Herr leider schon die Versammlung verlassen habe. Gern hätte man mal seine Meinung gehört und ihm ein paar Forderungen, die wir stellen, mit auf dem Weg gegeben. Fast allgemein würde eine Regulierung der Germaniastraße verlangt, sei doch dieselbe bei ungenügender Bitterung fast unpassierbar. Da auch der Gemeindefriedhof an der Straße liege, hätte die Gemeinde um so mehr Veranlassung, dieser Forderung baldigt nachzukommen. Schon vor Jahren sei ferner der Ausbau des Feuerweh-Depots angeregt, das bei dem Aufschwung unseres Ortes seinen Anforderungen schon lange nicht mehr genügt. Auch das Gemeindeparkhaus befindet sich in einer Verfassung, die den Ansprüchen, die man an eine Gemeinde wie Tempelhof stellen kann, absolut nicht gerecht wird. Für die Armen der Armen ist auch hier nichts übrig. Nachdem der Redner noch mehrere ähnliche Beispiele angeführt hatte, forderte er die Anwesenden auf, recht bald dafür zu sorgen, daß auch die arbeitende Bevölkerung Tempelhofs eine Vertretung in der Gemeinde erhält.

Hierauf gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die heute Mittwoch, den 3. März, im „Wilhelmshof“ zu Tempelhof tagende Volksversammlung nimmt Kenntnis von der herrschenden großen Arbeitslosigkeit und fordert den Gemeindevorstand und die Gemeindevertretung auf, zu beraten, welche dringenden Arbeiten sofort vorzunehmen sind, um die herrschende Arbeitslosigkeit und die dadurch entstehende Not zu lindern. Die heutige Versammlung fordert:

1. Beschleunigte Inangriffnahme aller Gemeinbearbeiten sowie außerordentlicher Notstandsarbeiten.

2. Rechtzeitige Vorfrage zu treffen zum Schutz und Unterkunft Obdachloser.

3. Speisung bedürftiger Schulkinder.

4. Als Äquivalent für die Entlastung des Armenetats durch die Gewerkschaften, Zuschüsse zu ihren Arbeitslosenunterstützungseinrichtungen zu gewähren.

5. Zur dauernden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Wirkung

a) in den Etat künftig eine angemessene Summe für Notstandsarbeiten einzulegen und Bildung eines Fonds für Notstands- und Winterarbeiten.

b) Schaffung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung.

Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden Genossen Raabe, in dem er die Versammelten aufforderte, unablässig für die Organisation zu wirken, schloß die Versammlung mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie.

**Wannsee.**

Der Etat für 1909 sieht in Einnahme und Ausgabe die Summe von 332500 M. vor. Die Gemeindesteuer ist von 90 auf 88 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer festgesetzt. Die Ausgaben an den Kreis betragen 116000 M.; an Jütten sind 58000 M. zu zahlen. Für den Ausbau der Frieden- und Schäferstraße sind 60000 M. festgesetzt. Da mit vier Eigentümern bisher eine Einigung wegen Abtretens des erforderlichen Geländes nicht erzielt worden ist, beschloß die Gemeindevertretung — vorausgesetzt, daß die weiteren Verhandlungen zwischen den betreffenden Eigentümern und der Begeleitungsmission resultatlos bleiben — das Enteignungsverfahren einzuleiten. Für die Pflasterung der Charlottenstraße wurden 1200 M. eingelegt.

Der Antrag des Pfarrers, eine Kleinkinderschule zu errichten, wurde angenommen.

**Mariefelde.**

Das Stiftungsfest des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 18. März, im Lokal des Genossen Adolf Berger, Berliner Straße 114 statt. Da weder Nähe noch Kosten gespart worden sind, um den Genossen mit ihren Familien, Freunden und Bekannten einige angenehme Stunden zu bereiten, wird reger Besuch erwartet.

**Steglich.**

Ein würdiges Seitenstück zu unserer Badeanstalt scheint der Regenwasserkanal zu werden, den die Gemeinde mit einem Kostenaufwand von circa 1 1/2 Millionen Mark bauen läßt. Infolge einer Interpellation eines Gemeindevorstehers in der Gemeindeversammlung erfuhr die Öffentlichkeit, daß eine größere Strecke dieses Kanals in der Nähe der Pankeschen Badeanstalt gebrochen ist. Fehlerhafte Projektierung und Ausführung soll die Ursache sein. Ein Sachverständigengutachten erklärt den völligen Abbruch und Neubau der schadhaften Strecke für geboten. Die Bauverwaltung, zu der man allerdings nach den bisherigen Leistungen wenig Zuvertrauen haben kann, glaubt mit einem Kostenaufwand von circa 2000 M. die Risse verkleistern zu können. — Wie vorausgesehen war, haben die hohen Preise in unserem „Stadtbad“ bewirkt, daß die Benutzung eine sehr spärliche war. Festhalt sah sich der Gemeindevorstand gezwungen, eine Herabsetzung der Preise zu beantragen, die auch angenommen wurde. Es kostet nunmehr ein Schwimmbad 40 Pf., 10 Karten 8 M., ein Wannenbad 60 Pf., 10 Karten 4 M. Dafür sind aber die ermäßigten Preise Mittwochs und Sonnabends, die nur 30 resp. 40 Pf. betragen, in Wegfall gekommen. Das nennt man in Steglich „Herabsetzung der Preise“! — Den Betrieb der der Gemeinde gehörigen Grunewaldsbahn hatte bisher die Firma Siemens u. Halske. Mit dem 1. April d. J. tritt der Kreis Teltow an deren Stelle. Die Gemeinde zahlt für die ersten 120000 Wagenkilometer 27 1/2 Pf. per Kilometer, darüber hinaus 25 1/2 Pf. Der Vertrag läuft bis 1. April 1912. Die Beschlüsse wurde weiter die Pflasterung der Schützenstraße zwischen Wirtshausstraße und Richterfelder Grenze, so daß auch dieser Schandfleck endlich verschwindet, und die Durchlegung und Pflasterung der Mittelstraße.

Die Wahlvereinsversammlung am 3. d. Mts. hörte mit großem Interesse einen Vortrag des Genossen Sturm über „Darwin und Darwinismus“. Nach Besichtigung von sieben Aufnahmegegenden teilte der Vorsitzende, Genosse Ahmann, das Resultat der Arbeitslosenzählung mit, wie es schon im „Vorwärts“ veröffentlicht ist. Bei der kürzlich aufgenommenen Statistik wurden 452 Wahlvereinsmitglieder befragt, von denen 337 gewerkschaftlich organisiert und 166 aus der Landstrecke ausgeschieden sind. Der siebente Bezirk steht bei dieser Aufstellung noch. Unter den 115 Abstrahanten befinden sich eine größere Zahl Selbständige. In den 115 Abstrahanten wurden folgende Gewerkschaften genannt: Genossin Schulz und die Genossen Fenske, Lindner, Schmidt, Spitzhagen, Winkelmann und Diebold. Zur Generalversammlung von Groß-Berlin wurden delegiert die Genossen Borchardt, Höhn und Franz Krug. Der Antrag des Vorstandes, unsere Versammlungen in Zukunft am letzten Dienstag jeden Monats abzuhalten, wurde einstimmig angenommen. Die nächste Versammlung findet bereits am Dienstag, den 8. März, statt. Nach Mitteilung des Vorsitzenden findet am Dienstag, den 15. März, eine öffentliche Frauenversammlung, zu der auch die Genossen eingeladen sind, im „Viereckswalden“ statt. Frau Weiß hat das Referat übernommen. Zur Agitation zu dieser Versammlung wird am Sonntag, den 14. März, ein Flugblatt verbreitet. Bis auf

den 4. Bezirk sind nunmehr die Reuwahlen der Bezirksführer erfolgt, die Bewählten wurden vom Vorstand bestätigt. Gelegentlich geplante Tabaksteuer wurde eine Protestresolution einstimmig angenommen.

**Großer Umzug.** Am 28. März wird die Post ihren gesamten Dienstbetrieb nach dem neuen Postgebäude, Poststraße 1, verlegen. An diesem Tage wird das bisherige Hauptpostamt: Albrechtstraße 14a, das schon längst den Bedürfnissen nicht mehr genügt, geschlossen. Auch das im Hause Schloßstraße 25 befindliche Zweigpostamt nimmt seinen Dienstbetrieb vor. Vom 10. März ab wird es sich Feldstraße 24/25 (Ecke Schloßstraße) befinden. Es ist nur von 8 bis 11 Uhr tagtäglich von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends geöffnet. Palettaufnahme nur im Hauptpostamt.

**Zernsdorf.**

Ueber die gegenwärtige politische Lage referierte am Sonntag in einer Volksversammlung im Anronischen Lokale Genosse Fritz Jüdel. Die Versammelten nahmen die eingehenden und trefflichen Ausführungen des Redners mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall entgegen. Zum Schluß richtete der Vorsitzende an die Anwesenden die Mahnung, für die Organisation und die Arbeiterpresse zu agitieren. Der Gesangsverein „Freie Sänger“ hatte die Versammlung durch Gesang eingeleitet und auch beendet.

**Weißensee.**

Auf der Straße erschossen hat sich der Kohlleger Wilhelm George, Wilhelmstraße 27. Als Grund der Tat werden geschäftliche Verluste angegeben.

**Tegel.**

Auf schreckliche Weise ist der 35 Jahre alte Schirmeister Schwinne, der in den Postämtern beschäftigt war, um seine rechte Hand gekommen. Er wollte auf dem Dampfhammer eine Eisenplatte zerschneiden. Der zehn Zentner schwere Hammer sank aber hernieder, ehe er die rechte Hand von der Platte wegzog konnte. Infolgedessen wurde sie vollständig zermalmt. Nach Anlegung eines Notverbandes fand der Verunglückte im Paul-Verhardt-Spital Aufnahme.

**Schönwalde (Bezirk Pankow).**

Die Erziehung zur Gemeindevertretung findet morgen, Donnerstag, den 11. März, nachmittags von 2—4 Uhr, im Lokal von Stech statt. Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind die Genossen

Gerhard Ernst, Löpfer und Wilhelm Roth, Maurer.

Parteilosen! Trotz der unglückigen Wählzeit ist es Pflicht eines jeden Genossen zur Wahl zu erscheinen und seine Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie zu geben.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

**Wilhelmsruh-Niederschönhausen-West.**

Die Konsumvereinsbewegung, ihre Zwecke und Ziele behandelte in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Langhammer. Nach dem mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrage traten sämtliche Diskussionsredner dafür ein, daß auch am hiesigen Orte durch rührige Agitation die Eröffnung einer Verkaufsstelle erfolgen müsse. Eine diesbezügliche Resolution fand einstimmige Annahme. Der Bericht des Gemeindevorstehers Genossen Jachak löste eine lebhafteste Diskussion aus. Nachdem noch unter Vereinsangelegenheiten interne Angelegenheiten des Wahlvereins erledigt worden, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Nowatze.**

Bei der Gemeindevorstandswahl erhielten die Kandidaten der Sozialdemokratie 1171 Stimmen, während auf die bürgerlichen Kandidaten ganze 76 Stimmen entfielen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Montagnachmittag in der Lokomotivfabrik von Oranien u. Köpenick. Der Arbeiter Haffelberg, Lindenstr. 41 wohnhaft, war in der Refektorie mit einer Reparatur der elektrischen Leitung beschäftigt, als er plötzlich von einem herankommenden Kran erfaßt und an die Wand gedrückt wurde. Er erlitt hierbei schwere innere Verletzungen, daß seine Ueberführung ins Oberlin-Krankenhaus notwendig wurde. Sein Zustand ist bedenklich. Da sich ein ähnlicher Unglücksfall bereits früher ereignet hat, dürfte es an der Zeit sein, daß die Verlebensleitung diese Arbeiten unter Anwendung größerer Vorsichtsmaßregeln ausführen läßt.

**Spandau.**

Die letzte Kreisversammlung hat einen Antrag von Spandau angenommen, der sich auf gemeinsame Veranstaltungen mit bestimmten Aktionen in Groß-Berlin bezog. Um Missdeutungen dieses Beschlusses vorzubeugen, geben wir auf Wunsch des Wortlaut des Antrages wieder; er lautet:

Bei allen Aktionen, welche über Groß-Berlin stattfinden, das sind Demonstrationen, Protest- und Massenversammlungen, ist das dazu erforderliche Material direkt vom Brandenburgischen Provinzialsekretariat an den Vorsitzenden des Spandauer Wahlvereins zu übermitteln, damit diese Veranstaltungen an demselben Tage stattfinden können wie die in Groß-Berlin. Da Spandau mit „Groß-Berlin“ wirtschaftlich eng verbunden ist, desgleichen fordern die Genossen von Spandau, daß bei solchen Anlässen die Verammlungsanzeigen unter denen von Groß-Berlin im „Vorwärts“ mit veröffentlicht werden.

Der Konsumverein Merkur hielt vergangene Woche seine Generalversammlung ab. Der Bericht des Vorstandes über die Geschäftstätigkeit vom ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres, den der Geschäftsführer Genosse Hornig erstattete, ergab, daß sich der Umsatz von 10724 M. im Vorjahre auf 11344 M. erhöht, wodurch sich die Verluste von 10,7 Proz. im Vorjahre auf 9,9 Proz. erniedrigten. Die Spareinlagen erhöhten sich um 300 M., ein Darlehen von 1255 M. wurde gekündigt und zurückgezahlt. Es wurde vom Geschäftsführer festgestellt, daß der Verein zwar langsam, aber sicher vorwärts komme. Interesse erregte die Mitteilung, daß es der Großindustriellgesellschaft gelungen ist, die Erlösüberschüsse zum Bau einer Seitenfabrik zu erhalten. Dieselbe soll noch in diesem Jahre in Gröba (Sachsen) errichtet werden. Es wird zu diesem Zweck eine Anleihe von 1 Million Mark ausgeschrieben. Jeder Genossenschaftler kann Anteilscheine von 500, 1000 und 5000 M. erwerben. Es wurde beschlossen, das Eintrittsgeld von 1 M. auf 50 Pf. herabzusetzen.

**Potsdam.**

In der letzten Wahlvereinsversammlung gab der Vorsitzende, Genosse Jüdelmann, einen eingehenden Bericht über die letzte Kreisgeneralversammlung in Stollen. Genosse Staab behauptet, daß so wenig Gewerkschaftsmitglieder politisch organisiert sind. Gerade Potsdam ist infolge der Arbeit der Arbeiterschaft noch weit zurück. — Am 2. Osterfesttag veranstaltet der Wahlverein ein Vergnügen. — Zur Frage der Kaiserfeier soll erst in der nächsten Versammlung Stellung genommen werden, da seitens der Zentralstelle eine Resolution zu erwarten ist und die örtlichen Vertretungen dazu in gemeinsamer Sitzung erst Stellung nehmen wollen. — Der Vorsitzende macht zum Schluß auf den seitens des Bildungsausschusses am 14. März zu veranstaltenden Märzabend aufmerksam. Er ermahnt, eifrig für den Besuch dieses Abends zu agitieren. Eintrittskarten sind bei allen Gewerkschaftsvorständen zu haben.

**Bernau.**

Die Beschäftigung der Arbeitslosen fordert eine Magistratsvorfrage, die in der letzten Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung kam. Wie wir bereits berichteten, hatten sich eine große Zahl Arbeitsloser nach dem Rathaus begeben und Arbeit gefordert. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt 175. Die Versammlung wählte eine Notstandskommission, bestehend aus drei Magistratsmitgliedern

und vier Stadterordneten, welche für Arbeitsgelegenheit Sorge tragen soll. Von unseren Genossen gehören Helbig und Blinische der Kommission an. Bereits am Montag wurden 150 Arbeitslose eingestellt und einwilligen mit Reinigung der Strohen beschäftigt. Sodann wurde in die Beratung des Stabs für 1900/10 eingetreten. Um der Gemeinde größere Einnahmen zu verschaffen, beantragten unsere Genossen, der Magistrat möge in Wälde eine Vorlage betreffend die Einführung einer Wertzuwachssteuer der Verammlung unterbreiten. Der Antrag wurde gegen die fünf Stimmen unserer Genossen ab-

gelehnt. Demselben Schicksal verfiel ein weiterer Antrag unserer Genossen betreffend die Anstellung eines Schulrates. Der Etat, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 300.000 M. balanziert, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Alsdann wurde der Magistratsvorlage betreffend den Ankauf einer Borden-dammwiese zum Preise von 10.500 M. zugestimmt. Der Vertrag mit dem Jubilingenieur Prinz wegen der Vorarbeiten zur Anlage einer Wasserleitung, sowie die Herausgabe der Vork- und Erdarbeiten hierzu wurde von der Verammlung genehmigt.

### Eingegangene Druckschriften.

Handwerker und Handwerker-Kammer. 23 Bf. Eine Betrachtung von H. Bernis, Berlin SW., Köpenickerplatz 1.  
 Geflecht und Gesellschaft. Heft 12. Herausgegeben von A. Van-jelow, Selbstverlag, Berlin SW. 11.  
 Schriften der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiter. Heft 6. 4 M. G. Räder, Jena.  
 Geschäftsbericht 1905. Metallarbeiter-Verband Braunschweig. 111 Seiten. Selbstverlag.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Mittwoch, den 10. März.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Königl. Opernhaus. *Così fan tutte.*  
 Königl. Schauspielhaus. *Königliches Schauspielhaus. Köpenicker Platz. (Anf. 8 Uhr.)*  
 Sammer-Spiele. *Der Graf von Gleichen.* (Anf. 8 Uhr.)  
 Anfang 8 Uhr.  
 Festung. *Der König.*  
 Neues Schauspielhaus. *Alte Helberberg.*  
 Berliner. *Einmal von unsrer Leut'.*  
 Kathia. *Wo wohnt sie denn?*  
 Komische Oper. *Luzuli. Rita Sogheila.* (Anfang 7 1/2 Uhr.)  
 Neues. *Die fremde Frau.*  
 Kleines. *Koral.*  
 Hebbel. *Revolutionshochzeit.*  
 Lustspielhaus. *Im Klubstuhl.*  
 Festung. *Kammere dich um Amelie.*  
 Schiller. *Die drei Kisten (vier Bildern) von Georges Feydeau.*  
 Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.  
 Sonntag, 14. März, nachm. 3 Uhr: *Der Bräutigam.*

**Urania.**  
 Wissenschaftliches Theater.  
 Taubenstraße 43/49.  
 Abends 8 Uhr:  
**Auf den Trümmern Messinas.**  
 Hörsaal 8 Uhr:  
 Dr. W. Berndt: *Aus der Vergangenheit der Tierwelt.*

### Residenz-Theater.

— Direktion: Richard Alexander. —  
 Abends 8 Uhr:  
**„Kammere dich um Amelie.“**  
 Schwan in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.  
 Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.  
 Sonntag, 14. März, nachm. 3 Uhr: *Der Bräutigam.*

### Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Das Mädchen auf dem Weg.**  
 Donnerstag: *Die goldene Lebens-lage.*  
 Freitag: *Dorf und Stadt.*  
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: *Dorn-röschen.* 8 Uhr: *Rein Leopold.*  
 Sonntag nachm. 3 Uhr: *Das Mädchen auf dem Weg.* 8 Uhr: *Rein Leopold.*  
 Montag: *Der Störenfried und: Die Dienstboten.*

### DERNHARD ROSE THEATER

St. Franziskaner Str. 132  
 Wohlthätigkeit-Vorstellung  
 f. hilfsbedürftige Veteranen  
 von 64, 66, 70/71 und  
 deren Hinterbliebenen, veranstaltet  
 v. Kommissariat 6. Nationalbank  
**Krieg im Frieden.**  
 Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.

### Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:  
**Donnerwetter — tadello!**  
 Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.  
 Musik von Paul Lincke. Regie  
 Direktor Schultz.  
**Messary — Perry**  
**Holden — Bender**  
**Giampietro — Kettner**  
**Pfann — Thielscher.**

### Apollo Theater

**Der beispiellose Erfolg des März-Programms.**  
 10 Uhr: 10 Uhr:  
**Alice Norton**  
**Humpsti-Bomsti**  
**The Teleskos ? Stuart ?**  
**Gebert Bolling**  
**Der junge Papa.**

### WINTERGARTEN

**Robert Steidl**  
**Liane de Vriès**

### George Bonhair-Truppe.

iharische Spiele,  
 sowie  
 die hervorragenden Kunstkräfte  
 des neuen Programms!  
**Passage-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Tacianu.**  
 Piloty von Kaulbach  
 in ihrer indisch. Tempelzone.  
**The 6 Sisters Lorrison**  
 die englischen Schönheiten.  
 Das großartige  
**Variété-Programm!**  
 14 erstklassige Attraktionen.

### Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor.  
 Anfang 8 Uhr: *Das große März-Programm mit seinen Attraktionen.*  
 Im Tunnel: *Jap. Blumenfest, Regimentskap. Theater, bad. Fr. Cinti.*

### Passage-Panoptikum.

Zum ersten Male in Berlin die Amazonen-Königin mit ihrer  
**wilden Leibgarde**  
**Das blaue Weib,**  
 das Opfer unarmherz. Tätowation.  
 Alles ohne Extra-Entree.

### Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Das Erbe.**  
 Schwan in 4 Akten von Felix Philipp.  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Rechts herum.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Das Erbe.**  
 Schiller-Theater Charlottenburg.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Charleys Tante.**  
 Schwan in 3 Akten von Brandon Thomas.  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Karollinger.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Rechts herum.**

### XIV. Saison! Zirkus Busch.

Mittwoch, 10. März, ab. 7 1/2 Uhr:  
**Große Galavorstellung.**  
**Kurzes Gastspiel!**  
 Herr Otto Schumann als Schulkolleg.  
 Die jugendlichen Reiter.  
 Künstlerinnen **Sigi Truzal!**  
 Sign. Corrado m. f. Wundererel.  
 Um 9 Uhr: *Der Original-Konsul Peter!*  
 Um 9 1/2 Uhr:  
**Auswanderer!**  
 Orig.-Prachtstück. Pant. d. Z. Busch.

### Casino-Theater

Goettinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Bis Freitag, den 2. April: RUBLAND.**  
 Sonnabend, den 3. April:  
 Zum erstenmal: **Ackermann.**  
 Sonntag 4 Uhr: *Mutter Gräber.*

### Bürgerliches Schauspielhaus

Kohlen-Am-See 7-9.  
**Die Räuber.**  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
 Donnerstag: *Der Salonkriter.*  
 Freitag: *Robitall*  
**Schlagwetter.**  
 Gebrüder  
**Herrnsfeld-Theater.**  
 Anfang Vorverk. 8 Uhr. 11-2 Uhr.  
 57 Kommandantenstr. 57.  
 Spielplan  
 Allabendlich:  
**Die beiden Bindelbands.**  
**Die Original-Klabrias-Partie.**  
 Beide Komödien mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.

### W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Oll. Oranienstr. 10.  
 Sensationserfolg!  
**Der Vampyr von London.**  
 Scherlock Holmes, Detektiv:  
 R. G. Lutz als Gast.  
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
 Sonnabend große Extravorstellung:  
**Die Geier-Wölfe.**  
**Palast-Theater**  
 Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Mitte.  
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.  
**Das großartige Märzprogr.**  
**Etelke Stell**  
**Georg Galler**  
**Marguerite u. Agriol**  
**12 Attraktionen 12 Seine Geliebte.**  
 Schwan in 1 Akt.  
 Familienfakten, wochentl. halbe Preise, überall gratis zu haben.

### Bücher zu billigen Preisen:

**Fauna und Flora des Meeres.**  
 Von Dr. Friedrich Stauer.  
**Von der Erdatmosphäre zum Himmelsraum.** Von Prof. Dr. Wilhelm Foerster.  
**Was wir vom Monde wissen.** Von Dr. Jantsh.  
**Von und Leben der Blüte.** Von Oscar Rege.  
**Jeder Band**  
 statt 1,50 M. nur **60 Pf.**  
 Der Jade. Historischer Roman von C. Spindler.  
 Das Halsband der Königin. Roman von Alexander Dumas.  
 Die Armen und Glenden. Roman von Viktor Hugo.  
 Die Mohikaner von Paris. Roman von Alexander Dumas.  
 Die Nonne von Guadenzell. Eitengenilde des 15. Jahrhunderts von C. Spindler.  
 Krieg und Frieden. Historischer Roman von Leo Tolstol.  
**Jeder Band**  
 groß. 90 Pf., geb. 1,30 M.  
 Bagabonden. Von Hans Othwald. Preis 1,20 M.  
 Der Giftkäufer. Roman von Georges Ohnet. Preis 1,20 M.  
 Durch das Land der Chinesen. Von E. Couderon-Kamot. Reich illustriert, gut gebunden.  
 Statt 5 M. nur 1 M.  
 Die Geschichte Ostasiens nach dem Frieden von Shimonoseki. Von E. Couderon-Kamot. Reich illustriert, gut gebunden.  
 Preis statt 5 M. nur 1 M.  
**Expedition des „Vorwärts“**  
 Berlin SW.,  
 Lindenstraße 69, Laden.

### Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.  
**Der geprellte Rechtsanwalt.**  
 Schwan in 1 Akt.  
**Das Schwalbennest.**  
 Operette  
 und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.  
 Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

### Ein Wort: „Goldperle“

Ein Wort:  
**„Goldperle“**  
 Cuffhelmet beim Einfaß von  
 Eisenpulver.  
 Jedes Paket enthält ein hüb-sches, praktisches Geschenk! —  
 Fabrikant:  
 Carl Genter, Göppingen.

### Phänomen Cigaretten.

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung

### Wer an Blutarmut, Schwäche, Schlaflosigkeit, Appetitlosigkeit etc.

leidet, dem seien nachstehende Urteile über den Lamsfelder Stahlbrunnen zur Beachtung empfohlen:  
 Kreibitz Dr. R. In allen Fällen sah ich die Symptome der Chlorose sehr bald verschwinden und einem körperlichen und geistlichen Wohlstand Platz machen, das um so schneller eintrat, je schwerer die einzelnen Fälle waren. Die Patienten erholten sich merkwürdig schnell. Dehene und Schmerzen in den Füßen verschwanden, der Appetit nahm zu, die Stoffschwächen liehen nach, gesunder Schlaf stellte sich ein, die Müdigkeit machte einer gewissen Arbeitsfähigkeit Platz.  
 Dr. med. B. Vor mir liegen eine Menge Berichte von Kranken, welche eine Kur mit Lamsfelder Stahlbrunnen auf mein Anraten, aber nicht unter meinen Augen gemacht haben. Wie diese Patienten rühmen übereinstimmend die sehr bald zu Tage tretende Um-timmung der Verdauungsorgane, die bedeutend ge-steigerte Schlaf, die Beseitigung der Darmauscheidung, und sind voll des Lobes über die merkwürdige Leichter-baulichkeit des Wassers. —  
 Trinkkuren im Hause warm empfohlen bei Blutarmut, Bleich-sucht, versch. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darm-leiden, Arterienkrankheiten, Blutarven Zuständen, bei denen eine Reinigung der Blutmenge und Beseitigung der Blut-überschussigkeit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach über-standenen erschöpfenden Infektionskrankheiten, wie Ruhsenja usw. — Proskuren kostenlos durch: Lamsfelder Stahlbrunnen, Düsseldorf, W. 164.

### Sanssouci, Kottbusser

Strasse 6.  
 Direktion Wilhelm Kömmer.  
 Heute Mittwoch:  
**Benefiz für die Hausangestellten von Sanssouci**  
 unter Mitwirkung d. Volks-Quartett **Gerhardy.**  
 (Reichhaltiges, inter-essantes Programm.)  
 Beg. Sonnt. 5. wochentl. 8 U.  
 Morgen: *Seires von Hoffmanns Norddeutschen Sänger.*  
 Freitag: *Extra-Theater-Abend.*

### Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.  
 Zum 121. Male:  
**Der Kompagnieball**  
 Anfang wochentl. 8 Uhr,  
 Sonntags 7 Uhr.

### Königstadt-Kasino.

Golzmarktstr. 72.  
**Günstigstes Programm mit Franz Sobanski**  
 Willy Jetha, Ernst Gras, Dr. Keller, Ella Wälden, Bernhard Marx, Lola Grass, **The Johnstons** (Quintett)  
 besterhaltenen Stücken-Bonglen-akt.  
**Stiegel steigt alles.**  
 Schwan mit Gesang von D. Richter.

### Theater Variété Brillant

(City-Passage)  
 Dresdenstr. 52/3 Ansonst. 42/3  
 Täglich: Auftritte von nur erst-klassigen Spezialitäten bei gän-zlich freiem Zutritt, auch Sonntags, Sonnabend und Sonntag nach der Postl. Gr. freitags.  
**Kinematograph.**

### Berliner Eis-Palast

**Ständige Eisbahn.**  
 Bis 12 Uhr nachts geöffnet.  
**Konzert und Kunstlaufen.**

### Möbel

Dresdenerstr. 16  
 Ob  
**Barzahlung**  
 oder  
**Teilzahlung**  
 stets in der besten Qualität!  
 Geduldet günstigste Bedingungen!  
**Siegmund Misch**

### Hühner

gar. leb. Anf. 11 Monat alt, sehr heilig legend, Farbe nach Wahl, tier-ärztlich untersucht, 15 St. in Kabin 32 M., 12 St. 22 M., 6 St. 12 M.  
**Streusand, Zistidie, Schellen.**

### Phänomen Cigaretten

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung



Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 6. März 1909.

Die Lage am Geldmarkt. — Ein Urteil über den Eisenmarkt. — Die Lage in der Kohlenindustrie. — Auf Kosten der Arbeiter.

Alle Hoffnungen auf baldige Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse beruht auf dem billigen Kredit. Dieser soll die Unternehmungslust anfeuern. Tatsächlich liegen die Verhältnisse am Geldmarkt aber noch gar nicht so günstig, als es nach dem Reichsbankdiskont erscheinen mag. Besonders auf dem Hypothekemarkt macht die Geldbeschaffung noch große Schwierigkeiten. Die Zinsrate, die für ersparliche Gelder verlangt wird, geht oft um 1 1/2 Proz. über den offiziellen Kurs hinaus. Das kann von einer besonderen Billigkeit, die zu spekulativen Unternehmungen in der Wohnungsherstellung anregen könnte, nicht gut die Rede sein. Und es kann fraglich erscheinen, ob sich die Geldverhältnisse noch viel günstiger gestalten werden. Die agrarische Wirtschaftspolitik hat auf der ganzen Linie, teilweise gefördert durch die Politik der Produzentenorganisationen, das Preisniveau fast sämtlicher Waren verschieblich ganz erheblich erhöht. Das hat mit den Verhältnissen, z. B. Vergrößerung der Lohnsumme und den sonstigen Selbstkosten, eine einschneidende Erhöhung des Umlaufkapitals im Gefolge. Das allein schon übt auf den Geldmarkt einen großen Einfluss aus. Hinzu kommt, daß einerseits aus denselben Ursachen, andererseits aus den ohnehin wachsenden Aufgaben der Kommunen auf sozialem und kulturellem Gebiet deren finanzielle Ansprüche an den Geldmarkt ganz enorm steigen. So treten nun schon wieder viele Stadtverwaltungen mit hohen Anleihen hervor. Während der Zeit des epochalen Kurstodes hat man sich eingeschränkt, teilweise die fahrende Schuld anschwelen lassen, nun, da sich für die Geldbeschaffung günstigere Ausichten eröffnen, wird versucht, für mehrere Jahre durch Stadtanleihen den voraussetzlichen Bedarf zu decken und zugleich die Lasten der Staatsschulden sowie der kurzfristigen, hochverzinslichen Anleihen abzulösen. Es kommen damit Ansprüche an den Markt, die in Verbindung mit der Erhöhung des in der Produktion und im Handel zu investierenden Kapitals eine noch größere Flüssigkeit am Geldmarkt mindestens außerordentlich erschweren.

Hochgepannte Erwartungen, die auf noch weitergehende Geldverbilligung sich gründen, werden sich wohl nicht verwirklichen. Somit erscheint die Lage wenig tröstlich. Bemerkenswert sind zwei Stimmen aus der Eisen- und Kohlenindustrie über die Aussichten für das laufende Jahr. Die Kattowitzer Eisenbahndirektion hatte für sich eine Konferenz mit Vertretern der eisernen Eisen- und Kohlenindustrie veranstaltet, um einen Überblick über die mutmaßliche Entwicklung des Güterverkehrs im Jahre 1909 zu gewinnen. Geheimrat Hilger von der Vereinigten Königs- und Laurahütte äußerte sich über die Lage am Eisenmarkt in der Hauptsache folgendermaßen: Der Ausblick in die Zukunft der deutschen Eisenindustrie sei wohl noch niemals so unklar gewesen wie gegenwärtig. Der Markt in Wäseisen habe eine ganz erhebliche Belebung erfahren. Der Bestand im Januar 1909 sei gegen Dezember 1908 um rund 64 000 Tonnen und gegen Januar 1908 um 63 000 Tonnen gestiegen. Da das nur künstlich zurückgehaltener einmaliger Bedarf oder der Bedarf einer natürlichen Entwicklung sei, müsse die Zeit lehren. Was die Aussichten für die Zukunft betreffe, so sei es keineswegs schwer zu prophezeien. In Formeisen dürfe man von dem billigen Geldstande einen weiteren Aufschwung erwarten. In Eisenbahnmaterialien hänge alles davon ab, welche Bestellungen seitens der Eisenbahnverwaltung herausgegeben würden. Dieser sei der Staat leider nur in den guten Jahren mit bedeutenden Anforderungen als Besteller aufgetreten, während er in den schlechten Perioden mit seinen Bestellungen sehr zurückgehalten habe. Die Industrie sei dadurch in eine sehr mißliche Lage geraten. Alles in allem möchte Redner seine Meinung dahin zusammenfassen, daß im ober-schlesischen Revier das laufende Jahr vielleicht eine unbedeutende Verminderung der Bestandsmengen der Eisenindustrie gegenüber dem Vorjahre bringen könne, daß aber, soweit die Voraussetzungen überhaupt reiche und die vorgetragenen Voraussetzungen sich bewirklichen, die Rohstoffherzeugung sich in Oberschlesien nicht allzuweit von 1 Million Tonnen und die Kohleerzeugung sich, obwohl mehrere Hochofen eingestellt seien, nicht allzuweit von 900 000 Tonnen entfernen werde. Im allgemeinen habe man, was die Eisenindustrie anbetrifft, in diesem Jahre mit den Bestandszahlen des Vorjahres zu rechnen. — Die Gestaltung der Verhältnisse in den letzten Wochen läßt leider kaum noch Zweifel, daß die von Herrn Hilger erwähnten Käufe tatsächlich in der Hauptsache nur Spekulationsordres waren, die die Hoffnung auf baldige starke Belebung am Baumarkt heraufgebrachte. Jetzt bleiben die Spezifikationen aus und die Verzugserklärungen haben bereits wieder begonnen, denen die Zwangsverkäufe folgen werden, die sicher nicht zur Stärkung des Vertrauens für die nächste Zukunft beitragen. Daß die auf den billigen Geldstand gegründeten Erwartungen gerade nicht auf sehr sicheren Füßen stehen, ist oben bereits dargelegt.

Weniger optimistisch als Herr Hilger beurteilte Vergat Williger von der Kattowitzer Aktiengesellschaft die Wirtschaftslage. Seine Hauptgedanken waren diese: Aus ganz allgemeinen Gründen müsse man annehmen, daß eigentlich die Situation im Jahre 1909 nicht schlechter werden könne, als sie sich in der letzten Zeit dargestellt habe, denn die Bevölkerung Deutschlands wachse und wolle leben und arbeiten; dazu sei die Lebenshaltung jedes Einzelnen und daraus müsse man schließen, daß der Absatz und der Verkehr sich doch mindestens auf der bisherigen Höhe halten würden. Für eine Verschlechterung des Geschäftsganges lämen folgende Momente in Betracht: Die allgemeine Konjunktur sei eine außerordentlich unbesiegbare, dabei drohen der Industrie wieder neue Lasten, und allgemein sei bekannt, wie einschneidend die neuesten Maßregeln der Gewerbeordnung auf die Selbstkostenbildung der Industrie wirken würden, dazu kamen noch außerordentliche Steuerlasten für die Industrie, was unsehbar auf einen Niedergang der Industrie und somit auf den Gesamtverbrauch von Kohlen einwirken würde. Unternehmungslust, um neue Gründungen und neue Betriebe in der Industrie anzuschmeißen, bestehe nicht und es erscheine sicher, daß viele Betriebe, die die fortgesetzten Verluste nicht mehr tragen können, schließlich zur Einstellung kommen müßten. In Deutschland könne man noch nicht das amerikanische System, wonach man in Zeiten des schlechten Geschäftsganges rückhaltlos die Arbeiter vor die Tür sehe und den Betrieb schließe, sondern man beschäftige auch jetzt noch trotz schwerer Verluste die Arbeiter fortgesetzt weiter. Das werde und müsse sich aber ändern, denn auf die Dauer seien eben Verluste, wie sie sich in vielen Industriezweigen jetzt schon zeigen, nicht zu ertragen. Die Vorräte an Kohlen auf den Gruben und bei den Verbrauchern in den Großstädten seien außerordentlich groß, die auf der Ober liegenden Mengen schätze man allein auf 120 000 Tons.

Bezüglich der in Anregung gebrachten deutschen Kohlenproduktionssteuer von 50 Pf. per Tonne meinte Herr Williger, daß sich für Oberschlesien ein bedeutender Teil dieser Steuer nicht auf den Konsum abwägen lasse, denn es sei klar, daß Oesterreich-Ungarn sie nicht übernehmen würde.

Die Hoffnung auf ein gutes Waagegeschäft dürfte nicht übertrieben werden. Ausschlaggebender für eine günstige Beurteilung der Situation als die vorigen sei aber der Gesichtspunkt, daß nach seiner Ansicht die innere Kraft des ober-schlesischen Bergbaues und die Zwangslage, in der er sich befände, allein dafür sorgen würde, den Absatz zu heben. Oberschlesien werde sich mit Gewalt, selbst mit Preisänderungen ausdehnen müssen, und daß man dies wohl vorhat, ergebe sich schon aus den Maßnahmen, die zur Bekämpfung der englischen Kohlenkrise bereits getroffen seien. Zunächst werde sich das Bestreben darauf richten müssen, wieder in Berlin festen Fuß zu fassen; daß die englische Einfuhr hier noch weiter steige, könne nicht gebüht werden. Sie sei binnen zehn

Jahren von 8 auf 36 Proz. der Beteiligung am Konsum gestiegen, während in gleicher Zeit Oberschlesien von 71 Proz. auf 44 Proz. heruntergegangen wäre. Zu helfen sei durch die Schaffung günstiger Prämien.

Herr Williger sieht wenige Lichtpunkte. Er rechnet auf die natürliche Steigerung der Bedürfnisse infolge der Volksvermehrung; weiter will er für Oberschlesien die Verhältnisse günstiger gestalten durch Verdrängung ausländischer Kohlen. Dieses Moment hat demnach hauptsächlich nur lokale Bedeutung. Anders verhält es sich mit dem zur Erreichung des Zieles in Aussicht genommenen Mittel. Durch Preisstöße soll event. der Markt für ober-schlesische Kohlen erweitert und Preissteigerungen sollen auf Kosten der Löhne gemacht werden. Herr Williger ist kein Gemütsmenschen. Ohne daß seine Ausführungen bisher irgendwo Protest hervorgerufen hätten, ist von ihm der Grundsatz vertreten worden „rückwärts“ auf Kosten der Arbeiter das Kapital vor Verlusten aus Krisenperioden zu schützen. Wenn lediglich das die Erwartung auf günstigere Verhältnisse rechtfertigt, dann hat die Arbeiterklasse sicher keine Ursache, in ergebener Hoffnung auf Besserung zu warten, dann hat sie alle Veranlassung, sich zu energischer Gegenwehr zu rufen. Auch die Vorgänge in anderen Bergbaubereichen lassen darauf schließen, daß man mit dem Plane umgeht, die Löhne ordentlich zu beschneiden. Im Ruhrrevier sind enorme Mengen Brennmaterialien aufgestapelt, an Kohle allein zirka 1/2 einer Jahresproduktion. Wie von dort berichtet, betrachtet man die Lager gewissermaßen als Reserve, falls es zu Konflikten mit den Arbeitern kommen sollte. Konflikte „befürchtet“ man wohl, weil die Absicht vorherrscht, die Arbeitsverhältnisse noch weiter zu verschlechtern. Das Unternehmertum treibt wieder mal ein gefährliches und schamloses Spiel.

Der Streit um die „Radbod“-Spende.

Was die bürgerliche Presse über die Klage der Witwen von Radbod mitgeteilt hat, ist größtenteils falsch. Es ist nicht richtig, daß die Klage sich gegen irgendeine Bank oder gegen den Kronprinzen richtet. Die Rechtsanwältin Franz und Elias in Dorimund haben Klage eingereicht gegen ein Lokalkomitee in Hamm. Es wird beantragt, das Landgericht wolle die Beklagten verurteilen: 1. prinzipiell: anzuerkennen, daß sie verpflichtet sind, die Beiträge, die für die Hinterbliebenen der Bergmännlichen der Zeche „Radbod“ bei ihnen gezahlt sind, anteilig an die Klägerinnen zu verteilen und die Beklagten zu verurteilen, die rechnungsmäßig auf die Klägerinnen entfallenden Anteile der Summe an diese zu zahlen; 2. eventualiter: die gesammelten Beiträge dergestalt zur Auszahlung einer Rente für die Hinterbliebenen zu verwenden, daß die Summe mit Ablauf der vermuthlichen Lebensdauer der in Betracht kommenden Hinterbliebenen ausgezahlt ist. Ferner wird beantragt, das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Ein frommes Zentrumblatt schrieb von rabiaten sozialistischen Witwen; die „Köln. Zig.“ meinte, daß durch das Vorgehen der Frauen jedes Sympathiegefühl für sie erstickt werden müsse. Solche Stimmungsmache wird am besten durch die Begründung der Klage gekennzeichnet. Diese weist darauf hin, daß etwa 1 1/2 Millionen Mark gesammelt worden seien. Die Unterstützung der Hinterbliebenen ist nun aber in der Form beschlossen, daß die Witwen eine Jahresrente von 150 M., die Halbwaisen von 75 M. und die Vollwaisen von 150 M. erhalten. Diese Beträge sollen gezahlt werden als Zusatzrente zur Unfallrente. Wenn eine Witwe sich verheiratet, soll die Rentenzahlung aufhören, jedoch eine Abfindung in Höhe von 300 M. gezahlt werden. Für die Waisen ist die Rente bis zu ihrem 16. Lebensjahre vorgesehen. Die Klage hebt hervor, daß Witwen vorhanden sind, die nur eine Monatsrente von 27 M. erhalten, ganze Familien, denen der Ernährer fehlt, nur 50—60 Mark! Was nützen hier die paar Mark Zufahrtene aus der Spende?

Die Klage verlangt Auszahlung des Kapitals, wenigstens zu Lebzeiten der Hinterbliebenen. Das Komitee hat verfügt, daß nur die Zinsen zu verteilen seien. Die Klage geht von folgendem Standpunkt aus: Zwischen den Spendern und Hinterbliebenen ist gewissermaßen ein Vertragsverhältnis entstanden. Die Sammler, also die Mitglieder des Lokalkomitees, das den Aufruf erlassen hat, sind als Beauftragte der Spender anzusehen. Sie können aber auch als Geschäftsführer der Hinterbliebenen betrachtet werden. Der Wille der Spender war, die Hinterbliebenen mit ihrer Gabe direkt zu versehen. Im Unterstützungsauftrag des Hammer Lokalkomitees ist ausdrücklich auf die „augenblickliche Notlage“ hingewiesen. Kein Spender dachte daran, zu einem Kapital beizutreten zu wollen, von dem den Hinterbliebenen nur die Zinsen zufließen sollten. Nach den Berechnungen eines Rademüllers ergebe sich, daß bei der beabsichtigten Rentenzahlung noch nach zwanzig Jahren das volle Kapital vorhanden sein werde. Bald komme dann die Zeit, daß kaum noch ein Bezugsberechtigter vorhanden sei. Der Wille der Spender werde dann nicht erfüllt; das Geld bleibe den Hinterbliebenen, den einzig Berechtigten, vorenthalten.

Wer weiß, wer dann später über das Geld verfügt, und wie darüber verfügt wird. Der Fonds wird schließlich zur Enge. Im Ruhrrevier wird schon von anderen Fonds erzählt, daß niemals Abrechnung erfolgt, von denen niemand sagen könne, wo sie sich befinden. Noch jüngst war von einem ähnlichen Fonds die Rede: von dem mehrere hunderttausend Mark bringenden Unterstützungsfonds der Zeche „Louise Tiefbau“. Viele Jahrzehnte lang dachte kein Mensch mehr an diesen Fonds, bis ein Beamter zufällig daran erinnerte. Heute ist die Sache stillgelegt, die Belegschaft längst entlassen, aber der Fonds ist nicht ausgezahlt worden. Wo ist er nun geblieben? Kein Mensch weiß das! Von anderen Fonds und Sammlungen werden ähnliche Geschichten erzählt. Wenn das bedacht wird, scheint schon darum die Klage der Witwen als durchaus berechtigt. Die beleidigenden Vorwürfe gegen sie entbehren jeder Grundlage. Das Geld ist für die Witwen und ihre Kinder gesammelt, nicht um einen Restriktionsfonds anzulegen.

Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie.

Im November 1906 hat der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes eine statistische Erhebung über die Arbeitsverhältnisse in der Holzindustrie veranstaltet. Die Ergebnisse dieser Arbeit sind nunmehr unter obigem Titel in Buchform erschienen. (Konmissionsbericht von J. D. W. Dieß Nachf., Stuttgart 1908.)

Die Bearbeitung gestaltete sich schwierig durch die große Anzahl der vertretenen Berufe. Dem Holzarbeiterverbande gehören an: Tischler, Drechsler, Bürsten- und Pinselmacher, Korbmacher, Korfschneider, Stellmacher, Segelruder, Pantinenmacher, Kistenmacher, Spielwarenarbeiter und eine als „Diverse“ bezeichnete Gruppe sonstiger Holzarbeiter. Die Berufe Tischler und Drechsler zerlegten sich wieder, letzterer in 16, letzterer in 4 Spezialberufen. Insgesamt wurden von der Erhebung betroffen: 15 168 Betriebe mit 211 450 Beschäftigten. Dabei sind Unternehmer, technisches Personal und Berufstätige nicht mitgezählt. Der tatsächliche Umfang der gesamten Holzindustrie ist auf Grund der Berichte der Berufsvereinigungen zu berechnen versucht.

Danach dürfte die Zahl der gesamten Holzarbeiter etwa 680 000 betragen; die Zahl der Ermittelten ist demnach groß genug, um aus den von diesen gemachten Angaben wertvolle Schlüsse auf die Verhältnisse in der Gesamtindustrie zu ziehen.

Die Untersuchungen über die Größe der Betriebe ergeben, daß fast die Hälfte aller Betriebe solche mit nur 1 bis 5 Beschäftigten sind. Das wirtschaftliche Schwergewicht ruht aber trotzdem in den größeren Betrieben, denn die größere Zahl der Arbeiter ist in Betrieben mit über 30 Beschäftigten tätig. Einzelne Berufsvereine, wie Waggonbranche, Nähmaschinenfabrikation und Bettfedern, werden fast nur großindustriell betrieben; in anderen, z. B. in denen der Stuhl-, Pantinenmacher und Korbmacher, haben Großbetriebe erst sehr wenig Fuß zu fassen vermocht.

Die beiden Hauptfragen der Statistik suchten die Arbeitszeit und den Lohn zu ermitteln. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit beträgt für alle Beteiligten zusammengenommen 57,0 Stunden. Die Entwicklung der Arbeitszeit nach den bisherigen Verbandsstatistiken spiegelt sich in folgenden Zahlen wieder:

Table with 4 columns: Year (1893, 1907, 1902, 1900) and Average hours per week (61.5, 59.3, 58.3, 57.0).

Im Jahre 1893 hat der Deutsche Holzarbeiterverband den Schwauplach der wirtschaftlichen Kämpfe betreten. Wie die gleichen Zahlen zeigen, hat seitdem unaufhörlich eine Verminderung der Arbeitszeit stattgefunden; in den 13 Jahren bis zur letzten Statistik beläuft sich die Verkürzung auf 4 1/2 Stunden in der Woche. Auf den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Organisation und Arbeitszeit braucht hier nicht besonders hingewiesen werden. Der Holzarbeiterverband ist hinlänglich dafür bekannt, daß er die Verkürzung der Arbeitszeit stets in die erste Reihe seiner Forderungen gestellt hat, und vornehmlich dieses Prinzip hat ihn in die schweren Kämpfe der letzten Jahre hineingestürzt. Um so erfreulicher ist es, daß, wie die Ergebnisse zeigen, die großen Opfer nicht vergeblich gebracht wurden.

In der Gesamtindustrie sind allerdings einige Berufsvereine, in denen die Arbeitszeit erheblich über den allgemeinen Durchschnitt hinausgeht. So beträgt der Durchschnitt bei den Säge- und Tischlerarbeitern 63,8, in der Spielwarenbranche 62,0, bei den Pantinenmachern 59,9 Stunden. Am günstigsten stehen die Musikinstrumentenarbeiter, die nur durchschnittlich 61,4 Stunden pro Woche arbeiten.

Unter den 694 Orten, die an der Statistik beteiligt sind, gibt es immer noch 73, in denen der Arbeitsdurchschnitt 63 Stunden pro Woche übersteigt; darunter sind noch 11 Orte, in denen der Durchschnitt sogar über 60 Stunden hinausgeht. Am meisten haben die Säge- und Tischlerarbeiter unter langen Arbeitszeiten zu leiden. Es gibt da eine Reihe von Betrieben, in denen die regelmäßige Arbeitsdauer 75, 78, 80, 84 und 88 Stunden beträgt; für eine Sägerei mit 24 Arbeitern in Jwiczell ist die Dauer der regulären Arbeitszeit sogar auf täglich 10, wöchentlich 96 Stunden angegeben.

Table showing average weekly working hours for different professions from 1906 to 1903. Columns include profession names and hours for each year.

Nach der letzten Statistik arbeiten 58,3 Proz. aller Beteiligten nur noch bis 57 Stunden die Woche, während es im Jahre 1893 erst 14,3 Proz. waren. Andererseits waren damals noch 37,7 Proz. der Erfahrenen über 60 Stunden beschäftigt, während dieser Prozentsatz diesmal auf 9,2 Proz. heruntergefallen ist.

Ueber ihren Lohn haben 167 277 erwachsene Arbeiter Angaben gemacht. Außerdem 7379 Arbeiterinnen und 2256 Jugendliche. Von den Arbeitern sind 76 121 = 45,5 Proz. im Afford und 91 156 = 54,5 Proz. im Lohn beschäftigt. Den stärksten Prozentsatz von Affordarbeitern, nämlich 89,8 haben die Pantinenmacher, denen die Korbmacher mit 89,1, Wurfmaschinenmacher mit 72,7, Drechsler mit 68,4 Proz. usw. folgen. Am wenigsten verbreitet ist die Affordarbeit bei den Musikinstrumentenarbeitern.

Der Durchschnittsverdienst für alle Beteiligten zusammengenommen beträgt 25,18 M. in der Woche und hat seit 1893 folgende Entwicklung genommen:

Table with 4 columns: Year (1893, 1907, 1902, 1906) and Average weekly wage (18.60, 19.96, 21.79, 25.18).

Das ist seit 1902 eine Steigerung um 3,30 M., während diese in den früheren Epochen nur 1,83 M. resp. 1,27 erreichte. Es war einerseits die unerhörte Preissteigerung in Lebensmitteln und Wohnungsmieten in den letzten Jahren, andererseits eine gute Geschäftskonjunktur, was uns unausgeseht Anlaß zu Lohnsteigerungen bot und Erfolge sicherte. In welchem Umfange die erzielte Lohnsteigerung nur die Verteuerung der Lebensbedürfnisse kompensiert, ist hier nicht zu untersuchen. Ohne Frage aber ist es immer erst die Macht der Organisation, die die Unternehmer zu Lohnsteigerungen veranlaßt. Aus diesem Grunde sind auch die Zahlen über die Lohnentwicklung ein Spiegel, in dem sich deutlich die Wirksamkeit der Organisation abzeichnet.

Fast durchweg in allen Berufen ist der Affordverdienst höher als der im Lohn. Für die Gesamtheit ist das Verhältnis: Afford 36,50 M., Lohn 24,09 M.

Ein lebendiges Bild von den tatsächlich gezahlten Löhnen gibt eine Zusammenstellung nach Lohnklassen. Danach verdienen:

Table showing number of workers in different wage classes. Columns include wage ranges and number of workers.

Die in () beigefügten Zahlen geben das Verhältnis von 1902 an. Aus der Aufstellung ist deutlich zu ersehen, wie der Lohnmarsch aus den unteren Klassen nach den oberen sich vollzieht. 1902 mußten noch 41,3 Proz. der Beteiligten mit einem Verdienst von 20 M. und weniger sich begnügen, nunmehr sind es nur noch 24,8 Proz.; auf der anderen Seite ist die Zahl der mit über 25 M. Entlohnenden von 23,1 auf 49,2 Proz. gestiegen.

Die Arbeiterinnen sind nur für einige Berufe von größerer Bedeutung; dazu gehören die Weisheitsindustrie, in der auf 100 Arbeiter 119,4 Arbeiterinnen entfallen, ferner die Wurfmaschinenindustrie (50,2), Korfschneiderei (38,5), Spielwarenindustrie (32,8) und andere. In der Tischlerei kommen auf 100 Männliche nur 1,0 Weibliche. Die Arbeitszeit ist durchweg die gleiche wie bei den Arbeitern, der Lohn dagegen erheblich niedriger. Bei 7379 Arbeiterinnen und 2256 Jugendlichen über ihren Verdienst machten, beträgt der Gesamtdurchschnitt 10,39 M. pro Woche. Von den Beteiligten hatten 195 = 2,6 Proz. einen Wochenverdienst von nur 5 M. und noch weniger, 3900 = 62,7 Proz. 5 bis 10 M., 2704 = 36,8 Proz. 10 bis 15 M., 583 = 7,2 Proz. 15 bis 20 M., und nur 66 = 0,9 M. verdienen mehr als 20 M. in der Woche.

Das sind die Hauptergebnisse der Statistik. Außerdem sind in zahlreichen Tabellen eine Menge von Einzelheiten dargestellt, die für die Berufsangehörigen von allergrößtem Interesse sein werden. Für die Allgemeinheit genügt es, einen summarischen Überblick über die Notwendigkeit in den Arbeitsverhältnissen zu bekommen. Für den Stammsitz des Holzarbeiterverbandes haben 13 Jahre Tätigkeit 4,5 Stunden Arbeitszeit, Verkürzung um 6,49 M. Lohnherabsetzung in der Woche gebracht. Hunderttausenden von Holzarbeitern sind diese Verbesserungen zugute gekommen. Und der Holzarbeiterverband, als treibende Kraft in dieser Entwicklung, darf mit Recht stolz auf die Kulturarbeit sein, die er damit leistet!

